

26. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 16. November 2000

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	1502	Frage 476 (Bleiberecht für Flüchtlingsfamilien) Minister des Innern Schönbohm	1505
I. Fragestunde		Frage 477 (IT-Ausbildung in der Lausitz) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	1507
Drucksache 3/1946		Frage 478 (Verfahrensdauer) Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	1508
Drucksache 3/1945	1502	Frage 479 (Auswirkungen der globalen Minder- ausgabe) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	1508
Frage 470 (Situation der Deutschen Bahn AG) Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	1502	Frage 480 (Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge) Minister des Innern Schönbohm	1510
Frage 471 (Die finanzielle Situation des Hoch- schulsports in Brandenburg) Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka	1503	Frage 481 (Nachrichtentechnische Überwachung von verfassungsfeindlichen Parteien im Land Bran- denburg) Minister des Innern Schönbohm	1511
Frage 472 (Regressansprüche Brandenburgs gegen CSFB und PPS) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	1503	Frage 482 (EDV-Einsatz im Bereich der Justiz) Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter	1511
Frage 473 (Politische Konsequenzen der Flucht des Sexualstraftäters Frank Schmökel) Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	1504	Frage 492 (Zukunft der Fürstenberger Fleisch- warenfabrik) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	1512
Frage 474 (Lebenslanges Lernen) Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche ...	1504		
Frage 475 (Touristische Radwege) Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß	1505		

	Seite		Seite
2. Aktuelle Stunde		Christoffers (PDS)	1529
Thema:		Müller (SPD)	1530
Stand und Perspektiven der brandenburgischen Hochschulen		Schuldt (DVU)	1531
		Dr. Ehler (CDU)	1532
Antrag der Fraktion der PDS	1514	6. Einsetzung einer Enquetekommission des Landtages Brandenburg „Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg und Reform des Föderalismus“	
Dr. Trümschke (PDS)	1514	Antrag der Fraktion der PDS	
Frau Müller (SPD)	1516	Drucksache 3/1962	1533
Frau Fechner (DVU)	1517	Frau Taack (PDS)	1533
Dr. Niekisch (CDU)	1518	Klein (SPD)	1535
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka	1521	Frau Hesselbarth (DVU)	1537
Dr. Sternagel (SPD)	1524	Lunacek (CDU)	1538
Prof. Dr. Bisky (PDS)	1524	Vietze (PDS)	1539
3. Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 15. November 2000 zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Bergbehörden		7. Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU	
Drucksache 3/1976 (Neudruck)		Drucksache 3/1965 (Neudruck)	1541
<u>1. Lesung</u>	1525	Karney (CDU)	1541
4. Bericht über die Wirksamkeit des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes		Frau Taack (PDS)	1542
Antrag der Fraktion der PDS		Müller (SPD)	1543
Drucksache 3/740		Frau Hesselbarth (DVU)	1544
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen		Minister für Wirtschaft Dr. Fümüß	1544
Drucksache 3/1944	1526	Schulze (SPD)	1546
Frau Birkholz (PDS)	1526	Minister Dr. Fümüß	1547
Dr. Kallenbach (SPD)	1527	8. Bericht über die Innovations-, Forschungs- und Technologieleistungen des Landes Brandenburg	
Dr. Wagner (CDU)	1527	Antrag der Fraktion der PDS	
Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	1528	Drucksache 3/1966	1548
5. Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Berlin-Brandenburg		9. Neuausschreibung und Neufestsetzung der Ausschreibungsziele für einen Flughafen in Schönefeld bei Berlin	
Bericht der Landesregierung		Antrag der Fraktion der PDS	
Drucksache 3/1974	1528	Drucksache 3/1967	1548
Minister für Wirtschaft Dr. Fümüß	1528	Frau Taack (PDS)	1548
		Bischoff (SPD)	1549
		Frau Hesselbarth (DVU)	1550
		Dr. Ehler (CDU)	1551
		Minister für Wirtschaft Dr. Fümüß	1552

	Seite		Seite
10. Veränderung von Verordnungen des Wohnungswesens		Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	1561
Antrag der Fraktion der PDS		12. Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit	
Drucksache 3/1969	1553	Antrag der Fraktion der PDS	
Warmick (PDS)	1553	Drucksache 3/1975	1562
Dellmann (SPD)	1555	Frau Kaiser-Nicht (PDS)	1562
Frau Hesselbarth (DVU)	1556	Kuhnert (SPD)	1563
Schrey (CDU)	1557	Frau Fechner (DVU)	1564
Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer	1557	Frau Schulz (CDU)	1564
11. Vorschlag einer öffentlichen Rahmensetzung für die Förderung innovativer Maßnahmen in der Region Brandenburg-Berlin auf Grundlage der „Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21.06.1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds“ - Kapitel 4, Artikel 22 (Innovative Maßnahmen)		Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel	1564
Antrag der Fraktion der PDS		Anlagen	
Drucksache 3/1970		Gefasste Beschlüsse	1566
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6 - Einsetzung einer Enquetekommission des Landtages Brandenburg „Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg und Reform des Föderalismus“ - Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1962	1567
Drucksache 3/2006	1558	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf Mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 16. November 2000	1568
Christoffers (PDS)	1558		
Müller (SPD)	1559		
Schuldt (DVU)	1559		
Dr. Ehler (CDU)	1560		
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsident Dr. Knoblich:**

Meine Damen und Herren, ich wünsche allerseits einen guten Morgen und uns heute eine interessante und zügige 26. Sitzung des Landtages in seiner 3. Wahlperiode.

Mit der Einladung ist Ihnen der Entwurf der Tagesordnung zugegangen. Gibt es von Ihrer Seite dazu Bemerkungen? - Dann darf ich eine machen: Gestern, am 15. November, ist das Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 15. November 2000 zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Bergbehörden - Drucksache 3/1976 - eingegangen. Die Geschäftsführer haben vorgeschlagen, den § 100 der Geschäftsordnung in Anspruch zu nehmen und dieses Gesetz heute auf die Tagesordnung zu bringen.

Ich verkneife mir einen Kommentar dazu insofern, als Staatsverträge ja nun nicht unbedingt Sternstunden für Parlamente sind, wenn sie zu verabschiedet sind. Ich verkneife mir auch einen Kommentar dazu, dass der Gesetzentwurf vom 15. November 2000, also von gestern, stammt und natürlich auch Fristen unterlegen hätte. Es bleibt an Ihnen, die Tagesordnung von heute um diesen Punkt zu erweitern.

Wenn Sie zustimmen, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist bei einigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Eine Reihe von Abwesenheitserklärungen liegt mir vor. So wird Frau Ministerin Ziegler durch Herrn Minister Ziel und Herr Minister BIRTHLER nachmittags durch Herrn Minister Meyer vertreten.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde

Drucksache 3/1946

Das Wort geht an den Abgeordneten Vogelsänger, der Gelegenheit hat, die **Frage 470** (Situation der Deutschen Bahn AG) zu formulieren.

Vogelsänger (SPD):

Die Deutsche Bahn AG steht nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums vor einem jährlichen Defizit von 0,8 bis 1,2 Milliarden DM pro Jahr bis 2003. Gestern haben wir wieder neue Zahlen vernehmen müssen. Der Vorstandsvorsitzende der DB AG sprach in diesem Zusammenhang von einer möglichen Lösung der finanziellen Krise durch einen Verkauf von bis zu einem Viertel des Unternehmens und kündigte darüber hinaus eine Sanierungsoffensive an.

Ich frage die Landesregierung, wie sie die Bemühungen zur Sanierung der Deutschen Bahn AG, insbesondere in Bezug auf einen Teilverkauf des Unternehmens, im Hinblick auf die Erhaltung und den Ausbau des Schienenverkehrs im Land Brandenburg beurteilt.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Meyer, Sie haben das Wort.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass die Deutsche Bahn AG in einer schweren Krise steckt, haben Fachleute schon lange vermutet, und spätestens seit der Anhörung der Sachverständigen am 11.10.2000 vor dem Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zum Thema „Bahnpolitik - Zwischenbilanz der Bahnreform“ ist klar, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Dabei werden Schuldzuweisungen nicht weiterhelfen. Alle Beteiligten - das Unternehmen wie der Eigentümer - müssen jetzt ihre Hausaufgaben machen. Letztlich müssen auch die Länder als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr wissen, woran sie sind.

Ein Teilverkauf zur Sanierung des Unternehmens könnte eine Lösung sein. Allerdings muss ein schlüssiges Konzept dahinter stehen. Es ist im Moment noch nicht erkennbar.

Für die Landesregierung haben in diesem Zusammenhang die Entwicklung und effektive Nutzung der Schieneninfrastruktur für die weitere Verbesserung des SPNV eine hohe Priorität. Brandenburg ist offen für zielführende Alternativen, die den SPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge auf Dauer sicherstellen und Voraussetzungen für einen möglichst optimalen Einsatz der für den SPNV zur Verfügung stehenden Mittel schaffen.

Ich bin bereit, die leider noch ausstehenden Ergebnisse des Deutschen Bahn Projektes „Mittelstandsoffensive“ vorbehaltlos zu diskutieren, und werde mich dafür einsetzen - und ich gehe davon aus, mit Ihnen, Herr Vogelsänger, und dem Ausschuss gemeinsam -, dass eine für das Land Brandenburg akzeptable Lösung erreicht wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind damit bei dem Abgeordneten Burkhard Schöps, der die **Frage 471** (Die finanzielle Situation des Hochschulsports in Brandenburg) formulieren kann.

Schöps (CDU):

Die Förderung des Hochschulsports ist in der Verfassung des Landes - Artikel 35 -, im Hochschulgesetz - §§ 3, 6 und 62 - und im Sportförderungsgesetz - § 7 - verankert. Mit der Flexibilisierung des Haushaltsrechts und der Einführung von Globalhaushalten wurde zugleich die Finanzierung des Hochschulsports für Universitäten und Fachhochschulen geändert.

Ich frage die Landesregierung, welche Möglichkeiten sie sieht, den Hochschulsport angemessen zu fördern.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur**Prof. Dr. Wanka:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Schöps, die Förderung des studentischen Sports ist natürlich nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz Aufgabe der Hochschulen.

Als die Hochschulen die Flexibilisierung und den Globalhaushalt bekamen, sind sie mit einem Schreiben meines Ministeriums - das war im Dezember 1997 - gebeten worden, den Hochschulsport sozusagen im Rahmen der Flexibilisierung und ihres Haushalts zu unterstützen und zu sichern. Vor allen Dingen sind sie aufgefordert worden, in Zusammenarbeit mit den Kommunen und mit den anderen Trägern von Sporteinrichtungen alle Möglichkeiten auszuloten, um unter den vorliegenden Bedingungen - auch bei Finanzzwängen - den Hochschulsport zu sichern.

Eine andere Möglichkeit, den Hochschulsport zu finanzieren, eine weitere Komponente, ist im Hochschulgesetz des Landes - § 62 - festgelegt. Es handelt sich auch um eine Aufgabe der Studierendenschaften. Die Studierendenschaften sind aus dem Ministerium zum selben Zeitpunkt mit der Bitte angeschrieben worden, mehr Mittel als bisher für den Hochschulsport aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen. Dieser Hinweis vonseiten des Ministeriums ist in den Folgejahren von allen Studierendenschaften unserer Hochschulen aufgegriffen worden.

Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, beim Studentenwerk Anträge auf Mittel für soziale, kulturelle und auch sportliche Aktivitäten zu stellen. Das ist in verstärktem Maße genutzt worden, sodass aus der Sicht der Landesregierung der Hochschulsport zurzeit eine angemessene Unterstützung erfährt und das Angebot, das wir an den Hochschulen vorfinden, auch unter den - das gestehe ich zu - komplizierter gewordenen Bedingungen sehr breit und sehr vielfältig ist und eine wichtige Komponente darstellt, um ausländische Studierende zu integrieren und einzubeziehen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Vielen Dank. - Wir sind damit bei der Abgeordneten Frau Tack, die Gelegenheit hat, die **Frage 472** (Regressansprüche Brandenburgs gegen CSFB und PPS) zu formulieren.

Frau Tack (PDS):

Das Oberlandesgericht Brandenburg hat am 13. Oktober dieses Jahres den Ausschluss des Hochtief-Konsortiums aus dem Bieterverfahren um den Großflughafen BBI als unwirksam bezeichnet. Ein Jahr zuvor hatte das Oberlandesgericht bei der Vergabeentscheidung für Hochtief eine Reihe von Regelverstößen festgestellt und diese Entscheidung daher aufgehoben. Die inzwischen auch in einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren festgestellten Verstöße im Vergabeverfahren seien aber nicht von solcher Schwere, die den Ausschluss von Hochtief rechtfertige.

Allein durch die beiden Gerichtsverfahren sind den BBF-Gesellschaftern erhebliche zusätzliche Kosten aus Verstößen im Privatisierungsverfahren entstanden, die in ihrem Ursprung durch die mit der Durchführung des Verfahrens beauftragten Firmen und Personen, nämlich die Investmentbank CSFB und die Geschäftsführer der Projekt-Planungsgesellschaft - PPS -, zu verantworten sind.

Außerdem ergeben sich aus den OLG-Interventionen im Vergabeverfahren erhebliche Folgekosten in Verbindung mit der Fortsetzung und Änderung oder dem Scheitern des Privatisierungsverfahrens, deren endgültiges Ausmaß zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist.

(Zwischenruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Ich frage daher, Herr Klein, die Landesregierung: Warum wurden vonseiten des Landes Brandenburg als Gesellschafter der BBF und der PPS nach den eindeutigen Feststellungen des Oberlandesgerichtes von Regelverstößen im oben genannten Vergabeverfahren bisher keine Regressansprüche gegen die Bank und die beiden Geschäftsführer der PPS gestellt?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Fürniß, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Tack, Regressansprüche setzen eine Pflichtverletzung und ein individuell schuldhaftes Verhalten voraus. Im Falle der Geschäftsführung der PPS gibt es dafür keine Anhaltspunkte. Deshalb sehe ich für Ansprüche gegen die Geschäftsführung der PPS keine Grundlage.

Mit der Prüfung und Sicherung möglicher Regressansprüche der BBF-Gesellschafter und der PPS gegen die CSFB wurde eine Anwaltskanzlei beauftragt. Das Prüfungsverfahren läuft. Die von Ihnen in Ihrer Frage angedeutete Untätigkeit trifft deshalb nicht zu.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Die Abgeordnete Hesselbarth hat Gelegenheit, die **Frage 473** (Politische Konsequenzen der Flucht des Sexualstraf Täters Frank Schmökel) zu formulieren.

Frau Hesselbarth (DVU):

Unsere Frage bezieht sich noch einmal auf die politischen Konsequenzen im Fall Schmökel. Ich lasse da nicht locker und frage daher die Landesregierung: Wann will der Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Alwin Ziel, die politischen Konsequenzen aus der Flucht des Sexualstraf Täters und Mörders Frank Schmökel ziehen und von seinem Amt zurücktreten?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe das Erforderliche veranlasst, den Maßregelvollzug in Brandenburg zu untersuchen und zu verbessern. Auch die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen gehören mit auf den Prüfstand. Wir müssen herausfinden, wo welche Fehler geschehen konnten, sowohl Fehler im System als auch Fehler von handelnden Personen.

Das sind die politischen Konsequenzen, die notwendig sind, und dieser Aufgabe stelle ich mich. Ich sage es noch einmal: Die Sicherheit der Menschen muss oberste Priorität vor Therapie und Resozialisierung genießen. Dies ist meine Maxime.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke sehr. - Bevor ich die nächste Frage aufrufe, begrüßen Sie mit mir 24 Schüler der Realschule „Käthe Kollwitz“ aus Potsdam. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Die Abgeordnete Frau Siebke hat Gelegenheit, ihre **Frage 474** (Lebenslanges Lernen) zu formulieren.

Frau Siebke (SPD):

Die Herausforderungen der Wissens- und Informationsgesellschaft nehmen weiter zu. Vor diesem Hintergrund wird es immer dringlicher, die Rahmenbedingungen des lebenslangen Lernens im Erwachsenenalter zu verbessern und weiter zu entwickeln. Die Attraktivität und Zukunft des Standortes Brandenburg werden immer stärker von der Lernbereitschaft und der Qualifikation der Erwachsenen abhängen.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Maßnahmen plant sie zur Erarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes „Lebenslanges Lernen“ im Erwachsenenalter?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Frau Siebke, früher - etwa noch vor zwanzig Jahren - hieß es, wenn man seine Lehre abgeschlossen hatte, man hätte ausgelernt. Die Schülerinnen und Schüler lernen heute in der Realschule, dass sie nur in einen Prozess einsteigen, der ein ganzes Leben lang dauern wird.

Deshalb geht die Landesregierung davon aus, dass die Notwendigkeit eines lebenslangen Weiterlernens im Erwachsenenalter unverzichtbar ist und in dem Maße zunimmt, in dem sich die Entwicklung der Wissensgesellschaft in allen Lebensbereichen beschleunigt und sich Menschen den veränderten Anforderungen in beruflichen, wirtschaftlichen, technischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Zusammenhängen immer wieder neu anpassen müssen.

Langfristig wird daher lebenslanges Lernen als **das** Leitprinzip der Bildungspolitik in alle Ebenen des Bildungsprozesses integriert werden. Angesichts der aktuellen Bedeutung des lebenslangen Lernens im Erwachsenenalter hat die Landesregierung deshalb verschiedene Initiativen ergriffen.

Um die strukturellen Rahmenbedingungen für das lebenslange Lernen Erwachsener transparent, nutzerfreundlich und lernförderlich zu gestalten, werden die Aktivitäten der in der Landesregierung mit Fragen der Weiterbildung befassten Ressorts im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Lebenslanges Lernen“ zielgerichtet aufeinander abgestimmt. Die IMAG, die - koordiniert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - ihre Arbeit im Dezember dieses Jahres aufnehmen wird, wird Vorschläge erarbeiten, die dazu dienen, die Weiterbildungsbeteiligung und -bereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen, die vorhandenen Rahmenbedingungen der Weiterbildung durch ressortabgestimmte Maßnahmen zu optimieren, Bildungsbereiche miteinander zu verzahnen und Mittel zur Förderung der Weiterbildung effizienter einzusetzen. Das Konzept des lebenslangen Lernens entwickelt eine neue Lernkultur, die die Eigenverantwortlichkeit aber eben auch die Autonomie der Lernenden sowie neue Lernformen auch insbesondere mit den neuen Medien stärkt.

Um neue Formen des selbst gesteuerten Lernens in Einrichtungen der Weiterbildung zu erproben, beteiligt sich das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport an dem Modellversuch „Lebenslanges Lernen“ der Bund-Länder-Kommission. Das auf drei Jahre angelegte Projekt „Selbstgesteuertes Lernen und Organisationsentwicklung in Weiterbildungseinrichtungen“ ist als Kooperationsprojekt mit dem Land Berlin geplant worden und wird länderübergreifend durchgeführt. Ergebnisse erwarten wir im August 2003.

Da es bundesweit bislang keine Projekte gibt, die im Kontext des selbst gesteuerten Lernens auch Aspekte der pädagogischen Organisationsentwicklung bearbeitet haben, übernimmt Brandenburg zusammen mit Berlin hier die Vorreiterrolle. Auch hinsichtlich der Länderkooperation Berlin und Brandenburg werden dabei einmal mehr neue Wege beschritten.

Auch das im Oktober dieses Jahres veröffentlichte Förderprogramm des Bundes „Lernende Region - Förderung von Netzwerken“ dient der Erprobung neuer Formen des lebenslangen Lernens durch den Auf- und Ausbau bildungsbereichs- und trägerübergreifender Netzwerke auf regionaler Ebene. Die mit Weiterbildung befassten Ressorts und Einrichtungen prüfen zurzeit die Teilnahme an diesem auf fünf Jahre ausgerichteten Förderprogramm.

In der beruflichen Bildung hat das Konzept des lebenslangen Lernens bereits Eingang in die innovative arbeitsmarktpolitische Schwerpunktförderung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen gefunden. Unter Einbeziehung der Ergebnisse des partnerschaftlichen Abstimmungsprozesses zum Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ wurden mit Blick auf das Themenfeld „Lebenslanges Lernen“ bislang zwei Förderschwerpunkte festgelegt, erstens die Unterstützung der Netzwerkbildung zwischen KMU, regionalen Arbeitsmarktakteuren sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen und zweitens Modellprojekte zu neuen Lehr- und Lernfor-

men unter Nutzung der modernen I- und K-Technologien. Weitere Förderschwerpunkte werden zurzeit abgestimmt.

Wie das lebenslange Lernen als durchgängiges Prinzip von Bildung und Qualifizierung verwirklicht werden kann, ist auch Thema einer Expertengruppe des Forums „Bildung“.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport auch im Rahmen der politischen Weiterbildung lebenslanges Lernen dadurch besonders fördert, indem Bildungsfreistellung bei Lohnfortzahlung aufgrund einer Änderungsverordnung nun auch für eintägige Veranstaltungen der politischen Bildung gewährt werden kann. Die Bundestagsabgeordneten bzw. die Europaabgeordneten aller Fraktionen nutzen dieses neue Angebot zum Wohl der Menschen in Brandenburg schon sehr intensiv. - Vielen Dank.

(Vereinzelte Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Wir sind damit bei der **Frage 475** (Touristische Radwege), gestellt vom Abgeordneten Uwe Bartsch.

Bartsch (CDU):

In der Antwort auf die Mündliche Anfrage berichtete der Minister für Wirtschaft, dass das Ministerium für Wirtschaft plant, einen Sachstandsbericht zur „Konzeption der Landesregierung für die touristischen Radwege“ zu veröffentlichen.

Ich frage die Landesregierung: Für wann steht die Veröffentlichung des Sachstandsberichtes an?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister für Wirtschaft, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Bartsch, es gibt zwei Möglichkeiten, zu antworten. Die erste Antwort lautet: im Frühjahr 2001.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Möglichkeit wäre zu erklären, was wir bisher in diesem Bereich getan haben. Ich gebe diese Erklärung zu Protokoll, denn sie ist so umfangreich, dass es den Rahmen der Fragestunde sprengen würde. - Vielen Dank.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Abgeordnete Kaiser-Nicht, die nun Gelegenheit hat, die **Frage 476** (Bleiberecht für Flüchtlingsfamilien) zu stellen.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Die Kreissynode des Kirchenkreises Oderbruch wandte sich am 4. November 2000 mit einem Offenen Brief an den Innenminis-

ter. Darin wird die Forderung erhoben, Flüchtlingsfamilien mit Kindern, die in Deutschland nach über sieben Jahren ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben und integriert sind, ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren. Angesichts der Tatsache, dass zehn andere Bundesländer modifizierte Ländererlasse zur so genannten Altfallregelung herausgegeben haben, welche unter anderem die Möglichkeit zur Gewährung einer befristeten Aufenthaltsbefugnis beinhaltet, wird auch für das Land Brandenburg ein solcher Landeserlass gefordert. Ich teile das Ansinnen des Offenen Briefes der Kreissynode des Kirchenkreises Oderbruch und dessen Wertung, dass eine humane Lösung im Sinne der oben genannten Familien ein klares Zeichen für ein tolerantes Brandenburg ist.

Meine Frage an die Landesregierung lautet: Welche Position bezieht sie zu den Forderungen der Kreissynode des Kirchenkreises Oderbruch?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Kaiser-Nicht, lassen Sie mich zunächst den Grundsatz feststellen, dass Asylbewerber nach erfolglosem Abschluss ihres Asylverfahrens grundsätzlich ausreisepflichtig sind, wobei der Abschluss des Asylverfahrens mit oder ohne gerichtliche Überprüfung stattfinden kann. Dieses sind bundeseinheitliche und bundesrechtliche Vorschriften.

Zu diesem Grundsatz haben wir in der Innenministerkonferenz mit der so genannten Altfallregelung gemeinsam eine Ausnahme beschlossen, in der es heißt, dass zur Vermeidung von besonderen Härten im Einzelfall die so genannte Altfallregelung genutzt werden kann. Diese Altfallregelung ermöglicht ausreisepflichtigen Asylbewerberfamilien mit langjährigem Aufenthalt und einer vollzogenen Integration in Deutschland außerhalb der bestehenden Rechtslage ein weiteres Bleiberecht im Bundesgebiet. Das ist auch die Forderung der Kreissynode. Ihre Forderung geht aber darüber hinaus, indem sie sagt, dass zehn Länder von dieser gemeinsam beschlossenen Altfallregelung abgewichen sind. Das ist so nicht richtig.

Die Integrationsbedingungen wurden eindeutig im Beschluss der Innenministerkonferenz festgelegt. Das Land Brandenburg sieht keine Veranlassung, von dem eindeutigen Beschluss der IMK abzuweichen, zumal wir in der Bewertung der Altfallregelung - verglichen mit anderen Bundesländern - einen relativ hohen Prozentsatz derer haben, denen stattgegeben worden ist. Die Altfallregelung sollte bewusst Einzelfälle auffangen und keine Pauschallösung für alle werden.

Wir haben im Rahmen dieser Altfallregelung eine gerichtliche Auseinandersetzung hinter uns. Ich möchte aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Brandenburg dazu Folgendes verlesen:

„Grund der humanitär bedingten Altfallregelung ist, dass von der Durchsetzung einer Ausreisepflicht abgesehen werden soll, weil und wenn sich der angesprochene Personenkreis infolge der langen Verweildauer in der Bundesre-

publik Deutschland in die hiesigen wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse eingefügt, mithin integriert hat. Die Altfallregelung soll erkennbar nicht erst die Grundlage dafür bieten, sich hier eine zum maßgeblichen Stichtag noch nicht vorhanden gewesene Existenz aufzubauen."

So weit aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtes vor dem Hintergrund des Erlasses, den wir herausgegeben haben.

Wie Sie vermutlich wissen, hat sich der Innenausschuss des Landtages mit dieser Altfallregelung am 9. November 2000 abschließend beschäftigt und zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung nicht beabsichtigt, eine Erweiterung der Altfallregelung vorzusehen. Damit ist für die Landesregierung die Altfallregelung abschließend geregelt. Die Ausländerbehörden werden bis zum 31. Dezember über die eingegangenen Anträge entscheiden.

Frau Kaiser-Nicht, lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung machen. Sie haben gesagt, dass das die Grundlage für ein „tolerantes Brandenburg“ sein soll. Ich glaube, ein wichtiger Punkt ist, dass die Grundlage für Toleranz die Rechtstreue ist. Rechtstreue bedeutet, dass wir gerichtliche Entscheidungen anerkennen, auch wenn sie uns nicht gefallen. Wir haben gestern darüber diskutiert. Dabei habe ich einiges gelernt und festgestellt, welchen hohen Stellenwert die Unabhängigkeit der Justiz für Sie besitzt. Wir sollten gerichtliche Entscheidungen zur Grundlage nehmen und nicht versuchen, sie durch moralisierende Ausführungen zu zerbröseln.

Von daher ist der Sachverhalt für mich abgeschlossen. Es wird in jedem Einzelfall nach Recht und Gesetz geprüft. Es wird eine Individualprüfung geben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt Klärungsbedarf. Frau Kaiser-Nicht, bitte!

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Ich habe zwei Nachfragen.

Erstens: Herr Minister, sind dem Ministerium des Innern Einzelfälle bekannt, die die Änderung der Erlasspraxis für das Land Brandenburg dennoch begründen könnten?

Zweitens: Diese Frage bezieht sich auf eine Information, die der Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland in der vorigen Woche den Abgeordneten des Kreistages gab. Es ging um Zweifelsfälle, die von der Ausländerbehörde des Landkreises an das Innenministerium weitergegeben und alle abschlägig beschieden worden sind.

Meine Frage in diesem Zusammenhang ist: Sehen Sie die Möglichkeit, dass die Ausländerbehörde des Kreises dennoch eine Einzelfallentscheidung zugunsten des Bleibens von Familien mit Kindern, wie zum Beispiel im Kreis Märkisch-Oderland die Familie Van Tuan Nguyen, trifft und das Ministerium des Innern diese Entscheidung dann auch akzeptiert?

Minister Schönbohm:

Beide Fragen sind eng verbunden. Frau Kollegin Kaiser-Nicht, Sie sprachen Einzelfälle an. Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Es handelt sich jeweils um menschliche Schicksale. Diese menschlichen Schicksale müssen irgendwann - das darf ich so sagen - einer Entscheidung zugeführt werden, damit die Ungewissheit beendet wird. Bei einem Teil der Fälle ist es so, dass die Asylsuchenden die Möglichkeiten, die unser Rechtsstaat bietet, genutzt und sich im Rahmen von Asylverfahren eine möglichst lange Aufenthaltsdauer erstritten haben. Dann ist das Asylverfahren zu einem Abschluss gekommen. Sie haben in diesem Asylstreitverfahren nicht obsiegt und müssen zurückkehren.

Jetzt geht es um die Frage: Wie bewertet man in diesem Einzelfall die persönliche Situation, die Frage der Integration und die Frage des Lebensunterhalts? Dafür haben wir in der Innenministerkonferenz mit der Altfallregelung Rahmenbedingungen geschaffen. Wir haben in Brandenburg verglichen mit anderen Bundesländern wenige dieser Altfälle. Es gibt Bundesländer, in denen es Tausende solcher Altfälle gibt. Die Bundesländer haben sich dafür ausgesprochen, dass sie einem Kompromiss nur dann zustimmen werden, wenn sie davon ausgehen können, dass diese Altfallregelung gemeinsam durchgesetzt wird. Es gibt in einem Bundesland eine Ausnahme, eine Änderung im Rahmen der Integration, wobei man den Stichtag auf einen späteren Zeitpunkt gesetzt hat. Das entspricht aber nicht der Vereinbarung.

In dem Augenblick, in dem es Zweifelsfälle gibt, müssen alle Faktoren bewertet werden. Ich kann nicht sagen, dass alle Zweifelsfälle positiv oder negativ beschieden werden. Ich kann nur sagen, dass über sie individuell entschieden werden wird.

Sie kennen zum Teil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden. Sie kennen die Schwierigkeiten, mit denen sie leben müssen, und Sie kennen zum Teil den Druck, unter dem sie stehen. Einige haben Schwierigkeiten, nach Recht und Gesetz zu entscheiden, da ihnen immer sehr schnell der Vorwurf gemacht wird, sie würden zu sehr nach dem Recht und zu bürokratisch entscheiden und seien nicht humanitär.

Ich möchte vor dem Landtag sagen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Ausländerbehörden arbeiten, leisten eine außerordentliche schwierige Arbeit unter menschlich schwierigen Bedingungen.

Ich möchte ihnen dafür danken.

(Beifall bei CDU und SPD)

Frau Kaiser-Nicht, wir liegen vermutlich gar nicht so weit auseinander. Ich würde sagen, sie nutzen die Möglichkeiten, die es gibt. Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wenn es Streitfälle gibt, dann lassen wir uns diese vorlegen und entscheiden darüber. Aber ich kann jetzt nicht sagen, dass allen entsprochen wird oder dass alle abgelehnt werden. Dafür gibt es keine Vorgabe.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Aber Sie würden es akzeptieren, wenn der Kreis das positiv bescheidet? Das war meine Frage.)

- Wenn der Kreis eine Vorlage macht, werden wir die natürlich bearbeiten; das ist vollkommen klar.

Präsident Dr. Knoblich:

Meine Herrschaften, wir führen keine Dialoge. Herr Sarrach, Sie erhalten das Wort für die nächste Frage.

Sarrach (PDS):

Herr Minister, ich habe zwei Nachfragen. Sie sprachen es an: Sie würden also Zweifelsfälle auch noch einmal ins Innenministerium hineinholen.

Ich frage Sie erstens: Wenn es allgemeine Kriterien gibt, die ein Asylbewerber für die Altfallregelung zu erfüllen hat, weshalb soll es dann diese untransparente, quasi wie in einem Gnadenakt noch einmal vorzunehmende ausgewählte Einzelfallprüfung geben und auf diesem Wege entschieden werden? Denn es zielt schließlich darauf, dass wir Erlasse wie in anderen Bundesländern bekommen.

Die zweite Frage: Sie sprachen das Oberverwaltungsgericht Brandenburg an. Können Sie die Lesart teilen, dass das Oberverwaltungsgericht nur festgestellt hat, dass es in anderen Bundesländern eine andere Erlasspraxis gibt, also die sechsmonatige befristete Aufenthaltsbefugnis, in der man die Integrationsvoraussetzungen wie Arbeiten, Wohnen und dergleichen mehr nachweisen kann, während in Brandenburg die Erlasspraxis in der Übernahme des Wortlautes der Innenministerkonferenz besteht, deswegen Erlasse anderer Bundesländer für Brandenburg nichts hergeben, aber es eine politische Entscheidung ist, diese Erlasspraxis in Brandenburg zu ändern?

Minister Schönbohm:

Zunächst einmal habe ich nicht gesagt, dass das Innenministerium sich Zweifelsfälle ins Ministerium hineinholt,

(Sarrach [PDS]: Im Innenausschuss ist das gesagt worden!)

damit da keine Unklarheit entsteht, sondern ich habe gesagt: Wenn sie vorgelegt werden, wird das Innenministerium sich - das war die Frage von Ihrer Kollegin Frau Kaiser-Nicht - diese Fälle ansehen und wir werden diese Fälle entscheiden.

Sie haben dann von einem Gnadenakt gesprochen. Ich weiß nicht, warum Sie immer eine solche Sprache benutzen. Es geht darum, dass im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern ein Rahmen geschaffen wurde, in dem die Verwaltung entscheidet. Natürlich müssen die Verwaltungen individuell entscheiden. Wenn sie dies nicht täten, käme doch auch der Vorwurf, sie würden nicht individuell entscheiden. Wenn die Voraussetzungen geprüft und bestätigt sind - und die Voraussetzungen müssen in jedem Fall geprüft werden, das erwarten Sie in allen anderen Fällen von Verwaltungen auch -, dann wird darüber entschieden. Das ist kein Gnadenakt, sondern das ist ein Verwaltungsakt im Rahmen der bestehenden Vorschriften. Es wird nach Recht und Gesetz entschieden.

Zum letzten Punkt: Es ist richtig, dass nach alledem, was ich bisher weiß, eine Landesregierung eine Ausnahme macht. Diese

Ausnahme wird Bestandteil der Absprache auf der Innenministerkonferenz sein, die am 23. und 24.11. stattfindet. In der Vorkonferenz der Staatssekretäre, die heute Nacht beendet wurde, zu dem ausländerrechtlichen Teil ist eindeutig festgestellt worden, dass dieser IMK-Beschluss die Grundlage aller Entscheidungen der Innenminister ist. Alle weiteren Einzelheiten werden wir politisch erörtern.

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Das Wort geht an Frau Konzack, die Gelegenheit hat, die **Frage 477** (IT-Ausbildung in der Lausitz) zu formulieren.

Frau Konzack (SPD):

Eine Billion DM wird der Gesamtumsatz der IT-Branche in diesem Jahr betragen. Die Wachstumsraten liegen in Deutschland bei 11 %. Im krassen Gegensatz dazu steht jedoch der hohe Fachkräftemangel auf dem Gebiet der Informationstechnologie, der langfristig nur zu beseitigen ist, wenn heute verstärkt Ausbildungsplätze in der IT-Branche geschaffen werden. Das gilt gerade für Brandenburg und speziell für die Lausitz, da der Strukturwandel in dieser Region maßgeblich davon abhängt, wie viele Ausbildungs- und daraus entstehende Arbeitsplätze in den „neuen Berufen“ geschaffen werden können. Die Schere zwischen Lehrstellenangeboten und -nachfrage ist hier allerdings besonders weit geöffnet: Im Arbeitsamtsbezirk Cottbus meldeten sich im August 376 Bewerber auf 36 offene Stellen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Maßnahmen kann sie ergreifen, um eine Erhöhung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Informationstechnologie zu unterstützen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Konzack, es ist vorrangig Aufgabe der Wirtschaft, für ihren Fachkräftebedarf und deren Nachwuchs selbst zu sorgen. Das gilt natürlich auch für die Informationstechnologie. Was sie dafür konkret unternehmen muss, richtet sich nach den differenzierten Entwicklungen und Bedürfnissen im Land.

Die Landesregierung will dies unterstützend fördern. Sie tut dies mit unterschiedlichen Maßnahmen. So fördert sie unter anderem seit fast drei Jahren betriebliche Ausbildungsverhältnisse in anerkannten und neuen Berufen wie zum Beispiel Informationselektroniker, Fachangestellte für Medien und Informationsdienste, Kaufleute für audiovisuelle Medien.

Seit November unterstützen wir in der Verbundausbildung solche Betriebe, die ohne Förderhilfe das Ausbildungsniveau in den neuen Berufen nicht vermitteln könnten. Gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer Cottbus bereiten wir eine Projektförderung zum Ausbildungsmanagement vor. Damit wollen wir Betriebe, die kaum über entsprechende Erfahrungen verfügen, fit machen für die zukunftssträchtigen Branchen und Berufe. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich bedanke mich auch. - Das Wort geht an den Abgeordneten Senftleben, der die **Frage 478** (Verfahrensdauer), formulieren wird.

Senftleben (CDU):

Das Verwaltungsgericht Cottbus terminiert nach eigenen Angaben derzeit Verfahren aus den Jahren 1995, 1996 und 1997. Mit einer kurzfristigen Abarbeitung aktueller Fälle ist somit nicht zu rechnen. In einem mir vorliegenden Fall kann eine Familie eine durch den Landkreis erteilte Baugenehmigung nicht nutzen, da die Stadt gegen diese beim Verwaltungsgericht Cottbus klagt. Zwischenzeitlich hat die Stadt in einem Verfahren auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz einen Beschluss des Verwaltungsgerichtes Cottbus erwirkt, in dem die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs der Stadt gegen die erteilte Baugenehmigung angeordnet worden ist. Dies hat zur Folge, dass bis zum Ende des Hauptsachverfahrens nicht weitergebaut werden kann. Die Familie kann somit das Grundstück nicht nutzen, muss aber die bereits abgeschlossenen Arbeiten bezahlen.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, die Verfahrensdauer bei den Verwaltungsgerichten möglichst zeitnah zu verkürzen?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben das Wort.

**Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
Prof. Dr. Schelter:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Senftleben, ich muss Ihnen beipflichten, noch immer sind die Verfahrenslaufzeiten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit unseres Landes zu hoch. Deshalb müssen nicht nur neu eingehende Verfahren rasch erledigt werden, es ist auch dringend erforderlich, den noch vorhandenen Altbestand abzubauen, das heißt, die Verfahren rasch zu erledigen, die bereits seit längerem bei den Verwaltungsgerichten anhängig sind. Um dies sicherzustellen, ist für einen gewissen Zeitraum eine personelle Verstärkung der Verwaltungsgerichtsbarkeit unerlässlich. Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass es trotz der angespannten Lage des brandenburgischen Haushalts gelungen ist, im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit eine erhebliche Anzahl neuer Stellen für Richterinnen und Richter zu schaffen. Bereits zum 1. Juli dieses Jahres wurden zehn neue Richterinnen und Richter für die Verwaltungsgerichtsbarkeit eingestellt. Fünf weitere sollen zu Beginn des nächsten Jahres folgen. Dies ist dem Beschluss des Landtages über den Haushalt zu verdanken.

Verständlicherweise hat sich der Einsatz der neuen Richter innerhalb von nur drei Monaten noch nicht nachhaltig auswirken können. Erste positive Ergebnisse liegen darin, dass im dritten Quartal des Jahres 2000 weitere Erfolge beim Abbau von Altverfahren erzielt und die Erledigungen trotz Urlaubszeit gegenüber dem zweiten Quartal 2000 um 5,5 % gesteigert werden konnten.

Soweit in der Anfrage auch die Terminierungspraxis beim Verwaltungsgericht Cottbus angesprochen wird, möchte ich Folgendes anmerken: Das Verwaltungsgericht Cottbus ist wie die Verwaltungsgerichte in Frankfurt (Oder) und Potsdam mit gutem Erfolg bestrebt, Altbestände abzubauen, die sich in der hiesigen Verwaltungsgerichtsbarkeit angehäuft hatten. Deshalb werden verstärkt auch solche überjährigen - wie man das nennt - Verfahren terminiert, um sie endlich zum Abschluss bringen zu können. Es werden aber durchgängig auch neuere Sachen in die Terminierung einbezogen. - Vielen Dank!

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Zur Formulierung der **Frage 479** (Auswirkungen der globalen Minderausgabe) erhält die Abgeordnete Frau Osten Gelegenheit.

Frau Osten (PDS):

Mit monatelanger Verspätung liegt den Abgeordneten nun die Übersicht über die haushaltswirtschaftliche Sperre vor, allerdings in unterschiedlicher Qualität. Ich vermute deshalb, dass der Schluss zugelassen ist, dass es, wenn nur Titelnummern angegeben werden, uns Abgeordneten reichlich schwer fallen wird zu verstehen, an welchen Stellen Sperrungen vorgenommen werden.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Auswirkungen hat diese Sperre auf den Bereich der Jugendhilfe sowie für freie Träger und Vereine der Frauen-, Familien- und Gleichstellungsarbeit?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Reiche, Sie haben das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Reiche:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Osten, die Qualität ist überall dieselbe; denn es handelt sich immer um DM-Beträge.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass insbesondere den Mitgliedern des Haushaltsausschusses alle haushaltsmäßigen Informationen offen standen und stehen, um die Auswirkungen der haushaltswirtschaftlichen Sperre mit Blick auf die angespannte Haushaltslage des Landes Brandenburg nachvollziehen zu können. Der Haushaltsplan für die Jahre 2000 und 2001 ist ganz eingehend auch hier diskutiert und dann vom Landtag verabschiedet worden. In den Haushaltsplänen sind, wie Sie wissen, alle Haushaltstitel und die daraus zu finanzierenden Leistungen bzw. auch der Verwendungszweck mit Erläuterungen aufgeführt und können also von jedermann nachgelesen werden.

Zu Ihrer Frage nach den Auswirkungen im Bereich der Jugendhilfe möchte ich jetzt gleich ergänzend mitteilen, dass im Jugendbereich Mittel von drei Haushaltsansätzen in Höhe von insgesamt 2,6 Millionen DM gesperrt worden sind. Ich kann Ihnen nachher gern die einzelnen Titel nennen.

Der erste Bereich: Die Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sind zunächst gesperrt und dann in Höhe von 1,5 Millionen DM gekürzt worden. Hieraus ergeben sich keine Auswirkungen, da es sich um eine Leistungsgewährung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz handelt und die Berechtigten einen gesetzlichen Anspruch haben. Die Minderausgaben resultieren also aus dem Rückgang der Fallzahlen der Berechtigten, die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in Anspruch nehmen können. Berechtig sind Kinder unter 12 Jahren, die bei einem allein erziehenden Elternteil leben und keine Unterhaltsleistungen von dem anderen Elternteil erhalten. Wir sollten also froh sein, dass wir in diesem Jahr in diesem Bereich merklich weniger ausgeben müssen als im vergangenen Jahr. Sie wissen, dass wir den Haushaltsansatz schon im Entwurf für das Parlament im Vergleich mit dem Haushaltsjahr 1999 erheblich gekürzt haben.

Zuschüsse für laufende Zwecke an Träger der freien Jugendhilfe sind in Höhe von 700 000 DM gesperrt worden. In der Jugendabteilung meines Hauses ist ganz intensiv geprüft worden, ob und inwieweit die verbleibenden Mittel ausreichen, um die bereits begonnenen Maßnahmen bis zum Jahresende fortführen und die entsprechenden Mittel bewilligen zu können. Dadurch sollte verhindert werden, dass freie Träger finanziell belastet oder gar existenziell gefährdet werden. Notwendige Kürzungen wurden auf noch in der Planung befindliche Projekte und ausschließlich auf neue Fördervorhaben konzentriert. So konnten die laufenden Maßnahmen und Projekte im Jugendbereich auch unter ganz schwierigen finanziellen Bedingungen samt und sonders gesichert werden. Dennoch war es bei dem Kürzungsvolumen unvermeidlich, einzelne Projekte nicht zu fördern oder auch Maßnahmen zurückzustellen, die für dieses Jahr vorgesehen waren. Das hat sich insbesondere beschränkt auf beispielsweise Begleitevaluationen oder zusätzliche Maßnahmen für die Sportjugend, da die Sportjugend ja über den Bereich des großen Sporttitels, der nicht gekürzt worden ist, finanziert wird und insofern auch dort keine Einschränkungen eintreten.

Eine Sperre in Höhe von 400 000 DM ist für Investitionszuschüsse ausgebracht worden. Aber auch zur Finanzierung des Gesamtvorhabens Ravensbrück konnte eine fachlich vertretbare Lösung gefunden werden. Analog zum vorgesehenen Bauablauf wurde der Anteil für das Jahr 2000 zwar gekürzt, aber nur insoweit, als dieser Betrag dann im Jahr 2002 für Ravensbrück zusätzlich zur Verfügung gestellt wird. Wenn Sie sich vor Augen halten, dass wir diese Baumaßnahme erst im Dezember dieses Jahres mit dem ersten Spatenstich bzw. dem Startschuss für dieses große Investitionsvorhaben beginnen, erkennen Sie un-
schwer, dass eine Kürzung um 400 000 DM für das Projekt verträglich ist, da es damit nicht gefährdet ist.

Der Bereich der Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik ist nach Informationen meines Kollegen Ziel nicht von den Auswirkungen der Sperre betroffen. Ich möchte deshalb abschließend darauf hinweisen, dass bis zum Jahresende die Möglichkeit besteht, bei nachgewiesenem Mehrbedarf Veränderungen der gesperrten Beträge innerhalb des Einzelplanes 05 vorzunehmen. So konnte bei einzelnen Kapiteln bereits die Sperre erhöht werden, was dann zur Entlastung an anderer, sensiblerer Stelle im Haushalt geführt hat. Insofern habe ich hier auch noch Spielräume bis zum Ende dieses Jahres. - Vielen Dank.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt Klärungsbedarf. Wir beginnen mit Frau Osten.

Frau Osten (PDS):

Herr Minister, kann ich Sie so verstehen, dass Projekte der Jugendhilfe, die sozusagen in Gang sind, durch diese Sperre nicht abgebrochen bzw. eingeschränkt werden müssen?

Meine zweite Frage: Können Sie sich vorstellen, dass ich unter Qualität von Vorlagen für den Haushaltsausschuss nicht verstehe, dass es darin nur Zahlen gibt? Es sollte auch verständlich formuliert sein, was der Titel umfasst - denn ein Haushaltsplan besteht nicht nur aus Titelnummern, sondern auch aus Angaben zu den Titeln. Es fehlte in diesem Jahr überhaupt eine termingerechte Untersetzung dieser Haushaltssperre. Die Haushaltssperre wurde im Sommer verfügt und lag untersetzt erst im Oktober vor.

Minister Reiche:

Erstens kann ich sagen, dass laufende Maßnahmen nicht gekürzt worden sind, also weiter durchgeführt werden. Zur ersten Frage also ein ganz deutliches Ja.

Zur zweiten Frage: Wir haben in der Tat drei Monate gebraucht; denn in einem gerade beschlossenen Haushalt, der uns allen schmerzhaft Einschnitte zugemutet hat, konnten die Ressorts nicht innerhalb von Tagen bestimmte Maßnahmen kürzen, sondern als Ressorts sind wir in unserer Verantwortung gegenüber dem Parlament und gegenüber der Bevölkerung des Landes Brandenburg gehalten gewesen, möglichst sensibel die Haushaltsentwicklung zu beobachten und aufgrund einer festgestellten Haushaltsentwicklung dann die entsprechenden Einschnitte vorzunehmen. Ich habe Ihnen das gerade in Bezug auf das Unterhaltsvorschussgesetz dargestellt, wo wir gekürzt haben, nachdem wir die Haushaltsentwicklung genügend beobachtet hatten.

Ihre Anregung will ich gern an die Kollegin Finanzministerin weitergeben, dass in Zukunft zu den Zahlen auch die entsprechenden Haushaltsvermerke angegeben werden. Ich stimme Ihnen zu: Das macht die ganze Sache einfacher lesbar.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete Birkholz, bitte!

Frau Birkholz (PDS):

Herr Minister, mich irritiert sehr, dass Sie sagen, auf die Titelnummern der Frauenarbeit werde es keine Auswirkungen geben.

Präsident Dr. Knoblich:

Sie denken daran, dass Sie eine Frage stellen müssen?

Frau Birkholz (PDS):

Uns liegt die Liste vor, wonach zu diesen Titeln 5,4 Millionen

DM gesperrt sind. Ich frage: Wie erklären Sie sich, dass das keine Auswirkungen haben soll?

Zweitens frage ich Sie: Warum erscheint in dem Mittelabfluss kein veränderter Ansatz mit den genannten 5,4 Millionen DM?

Minister Reiche:

Ich gebe zu, dass diese Frage für mich zu hoch ist, weil sie ein Ressort betrifft, in das ich nicht genügend Einblick habe.

(Frau Birkholz [PDS]: Der Minister ist doch da! Dann kann doch der Minister antworten!)

Präsident Dr. Knoblich:

Natürlich, Herr Minister Ziel, Sie haben die Möglichkeit, diese Frage zu beantworten.

(Minister Reiche: Wunderbar, danke.)

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Reiche hat schon die richtige Auskunft gegeben. Wir haben durch Umschichtungen genau den Bereich, den Herr Reiche angesprochen hat, von den Sparmaßnahmen ausgenommen, weil wir ihn als prioritär angesehen haben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Herzlichen Dank. - Wir sind damit bei der **Frage 480** (Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge), die der Abgeordnete Bochow formulieren wird.

Bochow (SPD):

Ursprünglich war geplant, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo bis Ende des Jahres 2000 in ihre Heimat zurückkehren. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat jetzt erklärt, dass die Flüchtlinge unter bestimmten Voraussetzungen bis zum 31. Juli 2001 bleiben dürfen. Beim nächsten Treffen der Innenminister am 23./24. November dieses Jahres will sich der NRW-Innenminister Fritz Behrens dafür einsetzen, dass diese Regelung bundesweit praktiziert wird.

Ich frage die Landesregierung: Welche grundsätzliche Position vertritt sie in dieser Frage?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Bochow, um zunächst einmal die Größenordnung zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zu nennen: Wir haben in Brandenburg nur 15 Kontingentflüchtlinge und 19 illegal Emigrierte, also 34 Personen, um die es geht. Das Land Nordrhein-Westfalen hatte 57 000 Flüchtlinge und hat noch weit

über 30 000. Daraus ergibt sich die Problematik in Nordrhein-Westfalen. Für uns stellt sich diese Frage nicht. Die Entscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Sie referiert haben, hängt zusammen mit der Frage, wie die Rückführung oder die freiwillige Rückkehr möglich ist. Von daher gesehen gibt es für uns in Brandenburg in diesem Punkt keine Notwendigkeit, dies organisatorisch zu regeln.

Wenn eine IMK-Befassung erforderlich wird, würden wir uns dem Votum der Länder anschließen, die unverschuldet noch diese Schwierigkeiten haben. Das sind die großen Bundesländer mit einer großen Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen. Ich nenne Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg. Aus unserer Sicht ist die Lösung nicht notwendig, aber aus deren Sicht, und dafür müssen wir Sympathie haben.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister, es gibt noch Klärungsbedarf.

Sarrach (PDS):

Herr Minister, hängen die Zahlen für Brandenburg damit zusammen, dass Sie im Frühjahr und im Sommer die Rückführung besonders energisch betrieben haben? Ich erinnere nur an die Pressemitteilungen, die regelmäßig über die Herausstellung der Kostengesichtspunkte ergangen sind, was es das Land Brandenburg kostet, die Bürgerkriegsflüchtlinge noch einige Wochen länger im Land zu haben.

Minister Schönbohm:

Herr Sarrach, ich nahm an, dass Sie ein kenntnisreicher Innenpolitiker sind und die Zahlen kennen. Sie wissen doch vielleicht, dass wir in Brandenburg sehr viel weniger Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen haben als dies in Nordrhein-Westfalen der Fall war. Wenn Ihnen das nicht bekannt ist, kann ich Ihnen die Zahlen gern noch einmal zustellen, damit Sie vergleichen können.

(Sarrach [PDS]: Es geht mir nur um die Brandenburger Zahlen!)

damit der Sachverhalt deutlich wird.

Den zweiten Punkt möchte ich auch sehr deutlich machen. Ich bekenne mich dazu, dass nach Beendigung des Bürgerkrieges die Flüchtlinge zurückkehren und zu Hause das Land aufbauen. Wenn wir in Zukunft Bürgerkriegsflüchtlinge aufnehmen wollen, dann müssen diejenigen, die geflohen sind, wieder in ihre Heimat zurückkehren, nachdem der Fluchtgrund entfallen ist. Das ist doch vollkommen klar.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wenn wir darüber streiten wollen, dann können wir das gerne einmal tun. Das müssen wir doch einmal herausarbeiten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Schuldt, der die Gelegen-

heit hat, die **Frage 481** (Nachrichtentechnische Überwachung von verfassungsfeindlichen Parteien im Land Brandenburg) zu formulieren.

Schuldt (DVU):

Ich habe auf meine Kleine Anfrage - Drucksache 3/1026 - von der Landesregierung die Antwort erhalten, dass die Deutsche Volkunion in ihrer Gesamtheit nachrichtendienstlich überprüft wird, genau wie die Aktivisten der DVU, obwohl die DVU sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Warum wird die SED-Nachfolgepartei PDS, welche durch ihre Forderung nach Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und durch Verbindung zu Gruppierungen wie der Kommunistischen Plattform deutlich gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes und des Landes Brandenburg verstößt, nicht nachrichtendienstlich überprüft?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Innenminister, Sie haben erneut das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Abgeordneter Schuldt, wir haben in der Antwort auf Ihre Anfrage schon darauf hingewiesen, dass im Land Brandenburg mit Blick auf die PDS und ihre Teilorganisationen keine tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gemäß § 3 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ersichtlich sind. Diese schriftliche Antwort kann ich auch mündlich wiederholen: es hat sich nichts daran geändert. Es bleibt Ihnen selbstverständlich unbenommen, Ihre politische Auffassung zu äußern. Aber sie kann nicht Grundlage der Tätigkeit des Verfassungsschutzes sein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Es gibt noch Klärungsbedarf, Herr Minister.

Schuldt (DVU):

Herr Minister, wie grenzt die Landesregierung die nachrichtendienstliche Überprüfung der PDS und der Gruppierungen wie der Kommunistischen Plattform von der nachrichtendienstlichen Überwachung der Gesamtpartei ab? Das möchte ich gern noch von Ihnen wissen.

Zweitens: Zu welchen nachrichtendienstlich überwachten Organisationen unterhält die PDS nach Kenntnis der Landesregierung Kontakte?

Darf ich drittens noch anfügen: Wie gestaltet sich nach Erkenntnissen der Landesregierung die nachrichtendienstliche Überwachung der DVU bzw. ihrer Aktivisten im Land Brandenburg technisch?

(Heiterkeit)

Minister Schönbohm:

Herr Abgeordneter Schuldt, ich fühle mich ein bisschen daran erinnert, dass Sie etwas versuchen, was beim Deich interessant ist: Ein kleines Ding rein picken, Wasser hineinspülen und den Deich sprengen. Das gelingt Ihnen nicht. Das können Sie vergessen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber zur Sache selbst: Ich bin bekannt dafür, dass ich in diesen Fragen sehr konsequent bin. Als ich Innensenator von Berlin war, haben wir Teile der PDS in Berlin überwacht. Ich habe mich dafür eingesetzt. Wir haben das auch immer lebhaft diskutiert. Aber die Lage in Berlin ist anders als die in Brandenburg. Sie können nur überwachen, was vorhanden ist. Eine Organisation Kreuzberg, die wir in Berlin überwacht haben, gibt es nur in Kreuzberg, wie der Name schon sagt. So könnte ich die Dinge einzeln aufzählen.

Von daher gesehen gibt es für mich gar keinen Anlass, darauf weiter einzugehen. Wenn Sie weiterführende Fragen haben und es für wichtig halten, schlage ich vor, dass Sie das im Innenausschuss ansprechen. Ansonsten werde ich Ihnen das im Einzelnen schriftlich beantworten. Wie Sie wissen, werden Mitglieder des Parlaments - um das auch klar zu stellen - vom Verfassungsschutz nicht überwacht.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Danke sehr. - Wir sind bei der **Frage 482** (EDV-Einsatz im Bereich der Justiz), die vom Abgeordneten Petke gestellt wird.

Petke (CDU):

Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe und damit zur Verkürzung der Verfahrensdauer wurden im Bereich der Justiz des Landes Brandenburg die EDV-Systeme MEGA und MESTA eingeführt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erfahrungen mit den beiden Systemen liegen bisher vor?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Minister Schelter, Sie haben das Wort.

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Petke, die Antwort auf diese Frage ist sicher nicht sehr unterhaltsam, aber interessant. Die MESTA-Grundausrüstungen in allen Staatsanwaltschaften sind Ende 1999 abgeschlossen worden. MESTA - die Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation - ist eine umfassende Software-Lösung für die Unterstützung aller Arbeitsvorgänge in einer Staatsanwaltschaft.

Sowohl bei der Erfassung von Taten, Delikten und Beschuldigten als auch bei Auskünften, Gesetzesrecherchen und der fach-

spezifischen Korrespondenz assistiert MESTA leistungsstark und professionell.

Die von den Polizeibehörden erstmals eingehenden Vorgänge werden bei den Staatsanwaltschaften durch speziell geschulte Mitarbeiter zentral erfasst, wobei zugleich schon die Anfragen an die elektronischen Verfahrensregister ausgelöst werden. Dadurch konnte die Bearbeitungszeit der einfach gelagerten Ermittlungsverfahren erheblich verkürzt werden, weil Anfragen an das Bundeszentralregister meistens am nächsten Werktag und solche an das Verkehrszentralregister etwa innerhalb einer Woche beantwortet werden.

Die Geschäftsstellenarbeit ist in MESTA vollständig automationsgestützt. Der für eine effektive Strafverfolgung auch erforderliche Informationsfluss innerhalb der Staatsanwaltschaften konnte durch die jederzeit sekundenschnell zur Verfügung stehenden Angaben zum Verfahrensstand in den bei den hiesigen Staatsanwaltschaften erfassten weiteren Verfahren gegen denselben Beschuldigten erheblich gesteigert werden.

Kurz vor der Vollendung ist derzeit der Programmteil für die Generalstaatsanwaltschaft. In Bearbeitung und Programmierung befindet sich die Schnittstelle zwischen MESTA und dem polizeilichen Informationssystem, das „PASS“ heißt. Die Akzeptanz bei den Mitarbeitern in allen Bereichen ist gut.

Das Programm MESTA wird derzeit außer in Brandenburg auch in Hamburg, Schleswig-Holstein und Hessen sowie künftig auch in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Auch mit Berlin wurden hinsichtlich eines möglichen Einsatzes von MESTA bereits erste Kontakte auf Arbeitsebene geknüpft.

Die so genannte MEGA-Grundausstattung in den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Für den Einsatz des Programms MEGA sind 1 623 Arbeitsplätze geeignet. Zum Stichtag 31. Oktober 2000 sind bereits 840 Arbeitsplätze mit dem Programm ausgerüstet. Hinzu kommen 46 Arbeitsplätze, an denen das Insolvenzmodul von MEGA installiert ist.

Die Ausstattung der weiteren Arbeitsplätze mit MEGA läuft und wird im Laufe des Jahres 2001 abgeschlossen sein. Der Herr Ministerpräsident konnte gestern darauf hinweisen, dass wir in diesem Jahr noch einmal 300 Arbeitsplätze mit MEGA ausstatten werden.

MEGA ist ein Programm zur Unterstützung des Geschäftsstellen- und Kanzleibetriebes. Seine wesentliche Funktion besteht in einer automatischen Kalender- und Registerführung und in der Erstellung von Routineschreibwerk. Die Akzeptanz der Mitarbeiter gegenüber dem Programm MEGA ist ebenfalls sehr gut. MEGA bringt den Gerichten wesentliche Erleichterungen. Einfaches Schreibwerk, wie Terminbestimmungen, Ladungen, Eröffnungsbeschlüsse usw., können mit deutlich verringertem Aufwand erstellt werden. Die Möglichkeit, Texte in vernetzten Rechnersystemen zu bearbeiten, bringt Vereinfachungen und Beschleunigungen.

Ich bin zuversichtlich, dass eine Vollausrüstung der Gerichte mit Informationstechnik im Laufe des Jahres 2001 erreicht werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich danke auch. - Unter den Gästen begrüße ich herzlich die Rektoren der Fachhochschule Potsdam und der Brandenburgischen Technischen Hochschule in Cottbus, die Professoren Knüppel und Siegmund. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Durch die PDS-Fraktion ist gebeten worden, die Fragen 483 und 492 zu tauschen. Ich rufe als letzte Frage die **Frage 492** (Zukunft der Fürstenberger Fleischwarenfabrik) auf. Bitte sehr, Frau Abgeordnete Osten!

Frau Osten (PDS):

Im Land gibt es zunehmend mittelständische Unternehmen, die insolvenzgefährdet sind.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Was tut sie dagegen und wie konkret ist sie in die Arbeit gegen den Konkurs der Fürstenberger und der Eberswalder Fleischfabriken eingebunden?

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fűrniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Osten, die Hauptursache der Insolvenzzgefährdung mittelständischer Unternehmen in Brandenburg liegt im Moment weitgehend in den Überkapazitäten der Bauwirtschaft begründet. Das ist das Hauptproblem, welches wir haben. Sie wissen, dass wir im Einzelfall, wenn eine Insolvenz droht, nicht eingreifen dürfen - das wäre Konkursverschleppung - und zum Zweiten müsste jede Beihilfe, die dann gegeben wird, bei der Europäischen Gemeinschaft zur Notifizierung angemeldet werden. Beihilfen in aktueller Finanznot sind nicht zulässig. Von daher sind die Möglichkeiten des Eingreifens außerordentlich stark beeinträchtigt.

Was die Fürstenberger Fleischwaren GmbH betrifft, so hat es ein Restrukturierungskonzept gegeben, das im Wesentlichen von den finanzierenden Banken getragen wurde. Dieses Konzept konnte nicht umgesetzt werden. Das Ergebnis ist, dass die Fürstenberger Fleischwaren in der vergangenen Woche Insolvenz angemeldet haben. Sie wissen, dass sich das inzwischen auf beide Standorte und auf beide Produktionsbetriebe erstreckt.

Sie haben sicher Verständnis dafür, dass ich wegen der Schutzwürdigkeit der Unternehmensdaten in der Öffentlichkeit keine Einzelheiten nennen kann. Grundsätzlich gilt aber: In der Fleisch- und Wurstbranche gibt es insbesondere im Osten Deutschlands erhebliche Überkapazitäten, die mit denen der Bauwirtschaft durchaus vergleichbar sind.

Es kommt hinzu, dass der Handel in diesem Raum einen nahezu ruinösen Preiswettbewerb entfacht hat, und darunter leiden insbesondere mittelständische Unternehmen, die dann mit ihren Preisen nicht mehr im Wettbewerb mithalten können.

Was die Situation der beiden Firmen anbetrifft, so ist Herr des Verfahrens der Insolvenzverwalter.

Das Wirtschaftsministerium steht, wie Sie sicher verstehen werden, in sehr engem Kontakt mit dem Verwalter, um auszuloten, welche Möglichkeiten er für die Fürstenberger Fleischwaren GmbH an beiden Standorten sieht und wie wir ihm bei der Verfolgung seiner Ziele helfen können, denn dann, wenn das Insolvenzverfahren läuft, haben wir wieder neue Möglichkeiten einzugreifen.

Im Moment läuft die Frist, in der geprüft wird, ob das Konkursverfahren eröffnet wird. Ich hoffe sehr, dass wir im Rahmen dieser Frist zu einer Lösung beitragen können. Ich kann es Ihnen nicht zusagen, aber wir arbeiten insgesamt und alle miteinander an einer solchen Lösung.

Präsident Dr. Knoblich:

Vielen Dank. Es gibt noch Klärungsbedarf, Herr Minister.

Minister Dr. Fűrniß:

Gern, ja.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Osten, bitte!

Frau Osten (PDS):

Herr Minister, ich hätte gern gewusst, ob Ihnen die Problematik, bevor es zum Insolvenzverfahren gekommen ist, bekannt war und ob es Aktivitäten der Landesregierung gab.

Ist es richtig, dass es heute ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und den Vertretern des Eberswalder Betriebes gibt? Könnte es eventuell doch Hilfeleistungen für den Erhalt der Arbeitsplätze geben?

Minister Dr. Fűrniß:

Zur Frage 1: Wir haben in einer zweistelligen Größenordnung, glaube ich, Bankengespräche unter Einschluss der Landesregierung geführt. Ich habe einige davon geleitet und weiß, wovon ich spreche.

Ich muss bei dieser Gelegenheit auch sagen, dass ich kein Verständnis für Gewerkschaftsvertreter habe, die jetzt sagen, dass sich der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister endlich einmal kümmern sollten.

(Zustimmendes Klopfen des Abgeordneten von Amim [CDU].)

Dieselben Gewerkschaftsvertreter haben vor sechs Wochen in diesem Betrieb in einem Arbeitskampf noch eine Lohnerhöhung durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite ist: Heute Abend findet ein Gespräch des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers mit dem Betriebsrat, nicht mit der Unternehmensleitung, statt. Mit der Unternehmensleitung sind wir seit Monaten im Gespräch mit den Banken, um das auszuloten. Es wird in diesem Gespräch keine Pa-

tentrezepte geben können, aber ich wiederhole noch einmal, was ich vorher gesagt habe: Wenn wir eine Auffanglösung schaffen, dann haben wir vonseiten des Landes auch wieder neue Spielräume. Deswegen arbeiten wir an einer solchen Auffanglösung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Dr. Enkelmann, bitte!

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Da ich mich gemeldet habe, bevor der Minister antwortete, würde ich gern nachfragen, wie konkret die Vorstellungen über die Bildung einer Auffanggesellschaft in Eberswalde-Britz sind.

Minister Dr. Fűrniß:

Das überlassen wir einmal bitte den Gesprächen.

(Homeyer [CDU]: Sehr richtig!)

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Christoffers, bitte!

Christoffers (PDS):

Herr Minister, da mir bekannt ist, dass seit mehreren Wochen intensive Gespräche und Kontakte gelaufen sind, um zumindest in Eberswalde-Britz eine Übergangslösung zu schaffen, habe ich zwei Fragen.

Erstens: Wie ist der Stand der Sicherung der Beendigung der Auszubildendenverhältnisse von 35 Lehrlingen, die in Eberswalde-Britz ausgebildet werden und im Dezember/Januar ihre Lehre beenden würden?

Zweitens: Herr Minister, wie ist der Stand der Bewilligung des Bürgschaftsprogramms in Brüssel, welches ja wesentlich die Handlungsfähigkeit des Landes in solchen Fällen unterstützen würde?

Minister Dr. Fűrniß:

Zur zweiten Frage: Diese Frage muss man eigentlich im Zusammenhang mit den gesamten Genehmigungsverfahren in Brüssel für alle Programme, die wir eingereicht haben, sehen. Ich denke, dass es noch nie eine so schleppende Art der Genehmigung gegeben hat wie dieses Mal. Ich würde gern einmal im Wirtschaftsausschuss das Thema insgesamt aufgreifen, weil wir nicht nur in diesem Bereich, sondern auch in anderen Bereichen darunter leiden, dass das nur so schleppend und mühsam geht.

Was die erste Frage betrifft: Das ist einer der Punkte, an denen wir intensiv arbeiten. Der erste Versuch ist, die Lehrlinge im Betrieb zu halten und auszubilden. Ich bin nicht ganz ohne Optimismus, was dieses anbelangt. Wenn das nicht klappt, sind wir im Gespräch, um alternativ Betriebe zu finden, die bereit sind, die Ausbildung zu Ende zu führen.

(Beifall des Abgeordneten von Amim [CDU])

Präsident Dr. Knoblich:

Schönen Dank. - Wir sind damit am Ende der Fragestunde. Ich beende den Tagesordnungspunkt 1 und rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf.

Aktuelle Stunde**Thema:****Stand und Perspektiven der brandenburgischen Hochschulen**

Antrag
der Fraktion der PDS

Das Wort geht an den Vertreter der beantragenden Fraktion, Herr Dr. Trunschke, bitte!

Dr. Trunschke (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Prof. Siegmund! Sehr geehrter Herr Prof. Knüppe! 1989 ein dünn besiedeltes armes Land am Rande der Europäischen Union mit vielfach noch unberührter Natur und - anders als sein großer Nachbar - ohne nennenswerte Großindustrie und obwohl sehr viel Geld aus Brüssel fließt, beträgt die Arbeitslosigkeit 17 %. Die Bevölkerung verlässt seit Jahrzehnten das Land auf der Suche nach Arbeit und nach Ausbildung.

Dasselbe Land heute: Aus den reichsten Ländern Europas kommen Menschen, um dort zu arbeiten. Ausländische Investoren strömen in Scharen. Die Arbeitslosigkeit ist auf rund 4 % gesunken. Bauen und Babys boomen und die Manager einer Supermarktkette bitten höflich zum Krisengespräch. Sie bieten den Gewerkschaftern an, die Löhne der Beschäftigten deutlich zu erhöhen. - So märchenhaft das klingt - dieses Land gibt es wirklich. Man kann es nachlesen in der „Wirtschaftswoche“ vom 14. September. Es ist Irland.

(Dr. Ehler [CDU]: Weil sie die Steuern gesenkt haben!)

Die Frage muss erlaubt sein: Was ist in Brandenburg schief gelaufen? Was hat Irland gemacht, was wir nicht gemacht haben? Herr Ehler, da gibt es sehr viele Punkte. Einen Punkt möchte ich aber hervorheben. Irland hat konsequent auf Ausbildung, auf Forschung, auf Hochschulen gesetzt und damit bin ich mitten im Thema.

(Beifall bei der PDS)

Im Gegensatz zu Ländern wie den USA, Indien, Neuseeland, Finnland oder eben Irland hat Brandenburg die Herausforderungen der Wissensgesellschaft noch nicht wirklich angenommen. Das Land Brandenburg hat noch nicht wirklich erkannt, was es an den Hochschulen hat oder haben kann.

Damit wir uns richtig verstehen: Damit rede ich nicht das Geld klein, das bisher in die Hochschulen geflossen ist, und erst recht nicht die Leistungen der Hochschulen. Im Gegenteil.

Es geht mir auch nicht darum, dass es natürlich immer zu wenig Geld für die Hochschulen gibt. Der Punkt ist, dass wir es inzwi-

schen mit einer existenziellen Gefährdung der Hochschulen zu tun haben.

Aber ich frage auch: Wo sind die von den Hochschulen ausgehenden großen gesellschaftlichen Debatten? Warum gibt es noch relativ wenige Firmengründungen aus den Hochschulen heraus? Warum ist der heute stattfindende Tag der Wissenschaft keine Ganzjahresveranstaltung?

Wenn Sie sich von der Leistungsfähigkeit der Hochschulen überzeugen wollen, dann schlage ich Ihnen übrigens vor, die Mittagspause zu nutzen, um die 500 Meter - Luftlinie - hoch auf den Telegrafenberg zu gehen. Dort können Sie sich überzeugen - mehr will ich dazu nicht sagen.

Ist es normal, dass sich selbst ehemalige Hochschulangehörige - wie ich es in Cottbus erlebt habe - scheuen, einen Campus zu betreten?

Vor allen Dingen hat aber die Politik, das heißt konkret die Landesregierung und das Parlament, ungeachtet der unzähligen richtigen und wohlklingenden Reden noch nicht die Wissensgesellschaft angenommen und aufgebrochen. An Ihren Taten und nicht an Ihren Worten, meine Damen und Herren von der Landesregierung, werden Sie gemessen. Sie müssen Motor der Entwicklung sein und haben kaum im Beiwagen Platz gefunden. Charakteristisch ist Ihre Antwort auf die Große Anfrage zur Wissensgesellschaft, die wir gestern debattiert haben. Dort heißt es:

„Die Landesregierung sieht in der Gestaltung der Informations- und Wissensgesellschaft ein Politikfeld von Bedeutung.“

Meine Damen und Herren, von Bedeutung ist auch, was es heute Mittag in der Kantine zu essen gibt.

(Fritsch [SPD]: Das ist von geringerer Bedeutung!)

Brandenburg bildet hinsichtlich der Ausgaben für Hochschulen bei den Landeshaushalten aller Bundesländer das Schlusslicht. Was macht die Landesregierung dagegen? Sie zweifelt seit Jahren die Statistik an. Erst die neue Wissenschaftsministerin, Frau Prof. Wanka, hat den Rückstand klar als Rückstand benannt.

Der Präsident der Fachhochschule Brandenburg, Prof. Hofacker, schrieb uns allen: Die Hochschulhaushalte sind so gestaltet,

„... dass sich die Frage einer Neuordnung der brandenburgischen Hochschullandschaft zwangsläufig stellen wird. Ob sich die Stadt Brandenburg in der dann durchzuführenden Neuordnung als Hochschulstandort durchsetzen kann, wage ich angesichts der gescheiterten Ansiedlungsversuche von Behörden und Firmen in Ihrer und meiner Region zu bezweifeln.“

Ähnliche Alarmsignale erhalten wir von allen Hochschulen. Ich frage Sie: Was regt Sie noch auf, wenn nicht das? Oder, falls es Sie aufregt, warum merkt man das nicht?

Herr Minister Reiche, ein Wort zu Ihrem Hochschulgesetz: Warum haben Sie dieses Gesetz nicht mit, sondern gegen die

Mehrzahl der Hochschulangehörigen durchgesetzt? Glauben Sie ernsthaft, dass das der richtige Weg in eine Wissensgesellschaft ist, deren A und O Kommunikation ist?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gestern Abend mussten wir uns alle entscheiden, ob wir zum Empfang der Jäger und Angler gehen oder zu einem Empfang der Stadt Potsdam anlässlich des Tages der Wissenschaft oder zu sonstigen wichtigen Terminen. Wir sind 88 Abgeordnete. Drei - drei! - waren beim Empfang der Wissenschaft. Ist das nur eine Ressortangelegenheit?

(Zwischenruf bei der SPD: Das ist eine Frage dessen, wer eingeladen war!)

Herr Minister Fürniß, warum haben Sie zugelassen, dass über Monate Ihr Anteil an den Technologietransferstellen der Hochschulen nicht bezahlt wird, obwohl das Geld im Haushalt eingestellt ist? Warum haben so viele Dörfer einen eigenen Gewerbepark, nicht aber die Hochschulen?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie stimmen mir sicherlich zu, dass Wissenschaft vor allem mit Kreativität und Flexibilität zu tun hat. Dann erklären Sie mir bitte einmal: Wer in der Landesregierung ist auf die Idee gekommen, Wissenschaft als bloße Verwaltungssache abzutun? Im Koalitionsvertrag haben Sie sich selbst verpflichtet, den Hochschulbau auf der bisherigen Höhe weiter zu finanzieren. Tatsächlich haben Sie die Mittel jedoch um ein Drittel reduziert. Die Hörsäle der Hochschulen sind so voll wie nie und haben vielfach ihre Kapazitätsgrenzen erreicht oder sogar überschritten. Ausgerechnet in der Informatik gibt es Aufnahmebeschränkungen - und die Landesregierung schweigt.

Warum hat die Landesregierung beim Poker um die brandenburgische Zustimmung zur Steuerreform zwar für mehr Autobahnen, aber nicht mit gleichem Engagement für bessere Datenbahnen gekämpft? Ist es so, Herr Minister Meyer, weil es nicht Ihr Ressort ist? Den Hochschulen haben wir Globalhaushalte gegeben und wir wollen, dass sie das Geld selber verwalten. Und dann fordert die Finanzministerin wie eh und je eine titelscharfe Abrechnung ein. Das macht doch keinen Sinn. Wo bleibt der Aufschrei der Finanzministerin, wenn beispielsweise an der Fachhochschule Lausitz 8 Millionen DM für einen Reinraum ausgegeben werden und es dann an den bloßen Bewirtschaftungsmitteln fehlt, um ihn tatsächlich zu betreiben? Was beunruhigt unsere Finanzministerin mehr - dass man die Gelder für den Reinraum hätte sparen können oder dass Lehre und Forschung behindert sind?

Herr Ministerpräsident Stolpe, wie ernst nehmen Sie die Hochschulen, wenn Sie in einer Rede vor Hochschulangehörigen der Universität Potsdam „eine bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen“ versprechen und zeitgleich einen Hochschulhaushalt ohne ausreichende Personalmittel, ohne ausreichende Bewirtschaftungsmittel und mit einer geradezu beschämenden Reinvestitionsquote einbringen?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Ihnen wird aufgefallen sein, dass ich bisher weniger über mehr Geld für die Hochschulen geredet habe, sondern mehr über die Geisteshaltung der Koalition. Denn das Hauptproblem sind Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung. Der Punkt ist: Sie müssen sich

wieder klarmachen, was Sie mit den Hochschulen wollen. Wenn Sie wirklich begriffen haben, dass Brandenburg hervorragende Hochschulen braucht wie der Mensch Luft zum Atmen, wenn Sie verstehen, dass Brandenburg darauf unter keinen Umständen verzichten kann, dann werden Sie auch das Geld dazu finden, so wie Sie es für den Großflughafen, den Lausitzring, die Brandenburgtage, für die BUGA oder für irgendeinen Straßenbau gefunden haben.

Herr Niekisch, ich stimme Ihnen zu: Mittelfristig müssen die Ausgaben für die Hochschulen verdoppelt werden - keine Frage. Im Unterschied zu Ihnen, Herr Niekisch, werde ich aber in dieser Auffassung von meiner Fraktion unterstützt.

(Beifall bei der PDS)

Allerdings will ich noch hinzufügen: Die Holzhammermethode, mit der Sie vorgehen, schadet eher, und mit Ihren Finanzierungsvorschlägen reißen Sie hinten wieder ein, was Sie vorn für die Wissensgesellschaft aufbauen wollen.

(Beifall der Abgeordneten Frau Konzack [SPD])

Doch ich frage Sie, Herr Ministerpräsident - und damit komme ich zu unseren Vorschlägen -, warum sagen Sie nicht: Wir haben jetzt eine Steuerschätzung mit erheblichen Mehreinnahmen für das Land und das Geld nehmen wir und geben es, so schmerzlich das auch ist, den Hochschulen, damit ein Ruck durch das Land in Richtung Wissensgesellschaft geht?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hackel [CDU])

Oder, Herr Ministerpräsident, warum rufen Sie keine „Stiftung Wissensgesellschaft Brandenburg“ ins Leben? Sie haben doch das Talent, die Menschen davon zu überzeugen, dass künftig Wohlstand nur noch der haben wird, der über Wissen verfügt und es anwendet, und dass das für den Einzelnen und seine Kinder ebenso gilt wie für ein Land wie Brandenburg. Sie haben doch das Talent, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu überzeugen, Geld in eine solche Stiftung zu geben.

Ein dritter Vorschlag: Lassen Sie uns gemeinsam konsequent die Möglichkeit nutzen, Mittel der Europäischen Union aus dem EFRE-Programm für die Hochschulen umzuwidmen.

Frau Ministerin Wanka, Sie haben eine schöne, aber auch eine sehr anstrengende Aufgabe übernommen. Ich wünsche ihnen dazu viel Kraft und viel Erfolg. Dass diese Aktuelle Stunde so kurz nach Ihrem Amtsantritt stattfindet, heißt nicht, dass wir die üblichen 100 Tage Schonfrist nicht respektieren, sondern heißt, dass das Problem auf den Nägeln brennt und dass wir das Thema eben nicht nur als Ihre Aufgabe ansehen, sondern es für uns in entscheidender Hinsicht eine Frage der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten ist.

(Beifall bei der PDS)

Will Ministerpräsident Stolpe das Ruder herumreißen oder lässt er es auf die Schließung von Hochschulen ankommen? Eine entscheidende Frage dieser Aktuellen Stunde ist: Sind Sie, Herr Ministerpräsident, noch in der Lage, umzusteuern, oder sind Sie es nicht mehr? Nehmen Sie die Wissensgesellschaft an oder nicht?

Natürlich ist es auch eine Frage nach unserer eigenen Verantwortung als Parlament, denn den Haushalt beschließen schließlich wir und nicht die Regierung. Die PDS-Fraktion ist jedenfalls bereit, mit Ihnen, Frau Ministerin Wanka, an einem Strang zu ziehen - auch am selben Ende des Stranges -, wenn es darum geht, die Potenzen der Hochschulen für das Land in vollem Umfang zur Geltung zu bringen und die Herausforderungen der Wissensgesellschaft anzunehmen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Trunschke und gebe das Wort an die Fraktion der SPD, Frau Abgeordnete Müller.

Frau Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die PDS-Fraktion gibt uns mit ihrer beantragten Aktuellen Stunde Gelegenheit, das im Hochschulbereich Geleistete zu würdigen. Das hat sich im Redebeitrag des Kollegen Trunschke leider nicht so widerspiegelt.

(Dr. Trunschke [PDS]: Wir wussten, dass Sie das tun würden!)

Sie gibt uns auch Gelegenheit, kritisch mit Unzulänglichkeiten umzugehen und Aussagen zur weiteren politischen Schwerpunktsetzung zu treffen. Der Zeitpunkt für die Aussprache zum Thema „Stand und Perspektiven der brandenburgischen Hochschulen“ ist gut gewählt und trifft die SPD-Fraktion nicht unvorbereitet. In unserer Klausursitzung Ende Oktober stand gerade dieses Thema im Mittelpunkt der Beratung. Da wir den Rat und die Hinweise von Experten für unverzichtbar halten, haben wir zwei profilierte Vertreter der Hochschulen, Frau Prof. Kleine, designierte Präsidentin der Fachhochschule Potsdam, und Herrn Prof. Siegmund, Präsident der BTU Cottbus, gebeten, das Thema aus ihrer Sicht zu beleuchten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sehr anschaulichen und beeindruckenden Beispiele haben wesentlich dazu beigetragen, den hochschulpolitischen Kurs der SPD-Fraktion für den nächsten Zeitraum abzustecken.

Der Zeitpunkt für die Aussprache ist auch deshalb günstig, weil Frau Ministerin Prof. Wanka als ausgewiesene Kennerin der Hochschullandschaft am ehesten vorgesehene Lösungen für schwelende Probleme beurteilen kann. Das wird, so hoffe ich, entscheidend die künftige Arbeit im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur prägen und uns sinnvolle und nötige Kompromisse finden lassen.

Wie nicht anders zu erwarten und zu hören war, ist die Bewertung der Sachlage durch die Opposition eine völlig andere und wir dürfen gespannt sein, mit welchem Augenmaß und vor allem mit welchem Realitätssinn sie sich an den wirklich zukunftsweisenden Diskussionen beteiligen wird.

Es ist erst knapp zehn Jahre her, dass mit der kompletten Neugründung der brandenburgischen Hochschullandschaft begonnen wurde. Heute besitzt das Land Brandenburg mit seinen drei

Universitäten, den fünf Fachhochschulen und der Hochschule für Film und Fernsehen weit über die Landesgrenzen hinaus bekannte und renommierte Hochschulen. Darauf können wir stolz sein und das muss hier auch einmal gesagt werden.

Klar erkennbare Profile und unterschiedliche Konzepte unterscheiden unsere Hochschulen deutlich von den Berliner Massenuniversitäten. Es war nur konsequent, das Hochschulwesen auf die Erfordernisse der Wissens- und Informationsgesellschaft zuzuschneiden. Dabei fand der wirtschaftliche und gesellschaftliche Auf- und Umbau des Landes Berücksichtigung in anwendungsorientierten Studiengängen an den Fachhochschulen.

Brandenburg ist als Studienstandort begehrt. Über 30 000 Studierende haben sich im Wintersemester 2000/2001 eingeschrieben, im Jahr 1990/91 waren es lediglich etwa 5 500. Über die Hälfte der jetzt Studierenden sind junge Frauen, etwa 10 % sind ausländische Studenten. Seit Jahren hat Brandenburg den prozentual höchsten Zuwachs an Studienanfängern unter allen Bundesländern. Nicht nur gute Studien- und Lehrbedingungen locken, sondern auch die Nähe zu zahlreichen Forschungseinrichtungen wie dem Frankfurter Institut für Halbleiterphysik oder dem Potsdamer Geoforschungszentrum.

Die Universität Potsdam baut derzeit das Hasso-Plattner-Institut als Ausbildungszentrum für Softwarespezialisten auf. Eine Denkfabrik auf der grünen Wiese entsteht in Golm bei Potsdam. Dort siedeln sich neben Instituten der Potsdamer Universität vier außeruniversitäre Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer Gesellschaft an. Im Jahr 2003 werden dort rund 3 000 Menschen tätig sein.

Unsere Hochschulen sind nicht nur zu einer festen Größe für Forscher und Wissenschaftler geworden, sondern auch für Unternehmen. Hochschulen stellen einen Standortfaktor für die Stabilisierung bestehender und die Ansiedlung neuer Unternehmen dar. Sie sind Motor für die Herausbildung eines neuen innovativen Mittelstandes. Durch die Verknüpfung mit den Unternehmen der Region sind unsere Hochschulen zum unverzichtbaren Bestandteil des regionalen Wirtschaftsgefüges geworden.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Schließlich kommen die Forschungstätigkeiten der Hochschulen und die der Hochschulabsolventen unmittelbar den Unternehmen der Region zugute und stabilisieren den Arbeitsmarkt. Besonders kleine und mittlere Unternehmen profitieren zunehmend vom Know-how und den Forschungskapazitäten der Hochschulinstiute. Über Diplomarbeiten und Dissertationen sowie über Forschungs- und Entwicklungsaufträge werden konkrete Problemstellungen aufgegriffen und Lösungsvorschläge entwickelt.

In den meisten Regionen gehören Hochschulen zu den größten Arbeitgebern. Beispielsweise ist die BTU der drittgrößte Arbeitgeber in Cottbus. Allein 250 Beschäftigte der BTU werden über Drittmittelprojekte finanziert, 800 weitere Arbeitsplätze entstanden in der Region nur aus einem einzigen Grund: Die Unternehmen profitieren von der BTU. Diese 1 050 zusätzlichen Beschäftigten bewirken durch ihren privaten Konsum und ihre Tätigkeit einen Beschäftigungseffekt von 2 625 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Aber nicht nur die Angestellten der Hochschulen erzeugen durch ihren privaten Konsum eine wirtschaftliche Belebung der Region, auch die Studenten tragen dazu bei: Wissenschaftlich ermittelt wurde, dass 10 000 Studierende durch ihre Ausgaben einen Beschäftigungseffekt von 272 Arbeitsplätzen erzielen. Das ergibt auf das gesamte Land hochgerechnet über 800 Arbeitsplätze. Die Investitionen des Landes in Hochschulen sind daher keineswegs als bloße konsumtive Ausgaben zu betrachten - sie sind Wirtschaftsförderung im besten Sinne.

Meine Damen und Herren! Wirtschaft und Industrie benötigen gut ausgebildete Hochschulabsolventen und profitieren in besonderem Maße von der Forschung an den Hochschulen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle die Wirtschaft und die Verbände auffordern, verstärkt für die Entwicklung der Hochschulen im Land Brandenburg mit Sorge zu tragen. Durch vielfältige Kooperationen, durch die Finanzierung von Hochschulinstitutionen, Professoren- bzw. Mitarbeiterstellen oder der Geräteausstattung der Labore sowie durch die Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen an Hochschulen müssen Wirtschaftsunternehmen vermehrt ihrer Verantwortung gerecht werden. Gleichzeitig, meine ich, sollte die Landesregierung prüfen, wie die Förderung der anwendungsbezogenen Forschung an den Hochschulen als Bestandteil der regionalen Wirtschaftsförderung zu realisieren ist.

In den vergangenen Jahren wurden Schritt für Schritt die materiellen Bedingungen an den Hochschulen verbessert. Labore, Seminarräume und Bibliotheken wurden optimal hergerichtet und mit neuester Informationstechnologie ausgestattet. Nun gilt es, diese Einrichtungen für Lehre und Forschung zu nutzen und den Studierenden einen praxisnahen Umgang mit neuester Technologie zu vermitteln. Es darf nicht sein, dass Labore nach einem halben Semester geschlossen werden, da der Ansatz für Betriebskosten im Hochschulhaushalt erschöpft ist. Beispiele dafür gibt es.

(Dr. Trunschke [PDS]: Tun Sie etwas dagegen!)

Es kann auch nicht sein, dass Studenten ihr Studium an einer Brandenburger Hochschule abrechnen, um in einem anderen Bundesland weiter zu studieren, da Seminare, die der Studienplan zwingend vorschreibt, mangels Personalstellen nicht angeboten werden. Auch dafür gibt es Beispiele.

(Dr. Trunschke [PDS]: Was tun Sie denn dagegen?)

Hochschulen sind Meilensteine auf dem Weg in die Wissens- und Informationsgesellschaft. Die Nachfrage nach Arbeitskräften mit Hochschulabschluss wird weiter steigen. Jeder dritte Arbeitnehmer wird künftig einen Hochschulabschluss haben, ja haben müssen, um überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen. Deshalb bin ich der Meinung, dass die Bildungsoffensive der Landesregierung auf den Hochschulbereich ausgedehnt werden muss.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die unmittelbar nach Beendigung der Schule ein Studium beginnen, muss deutlich erhöht werden. Dazu müssen die weiterführenden Schulen im Land den Jugendlichen die notwendigen Kompetenzen zur Aufnahme eines Studiums vermitteln und verstärkt Informationen über Studienmöglichkeiten bereitstellen.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auch unsere Hochschulen ganz deutlich in die Pflicht nehmen. Diese müssen sich offensiv der Konkurrenz um wissenschaftliches Personal, um Studierende und um öffentliche und private Finanzmittel für Forschungs- und Entwicklungsaufträge stellen. Sie können sich langfristig nämlich nur behaupten, wenn sie ihr Profil schärfen, sich stärker mit außeruniversitären Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen vernetzen und in Forschung und Lehre Marktnischen ausloten und besetzen.

Die Hochschulen sind angehalten, Anwendungsorientierung und Praxisbezug konsequent auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und der Unternehmen der Region auszurichten sowie ihre Forschungsergebnisse marktgerecht zu verwerten. Gleichzeitig müssen sie das Studium und die Studienabschlüsse modularisieren und internationalisieren sowie durch die Entwicklung neuer innovativer Studiengänge Studierende aus dem In- und Ausland gewinnen.

Ein weiteres zukunfts- und gewinnträchtiges Betätigungsfeld der Hochschulen möchte ich ansprechen: den Weiter- und Fortbildungsmarkt. Hier sollten die Hochschulen verstärkt auftreten und entsprechende Angebote - auch für den nichtuniversitären berufspraktischen Bereich - unterbreiten. Kooperationsmöglichkeiten mit außeruniversitären Partnern bieten sich geradezu an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Erkenntnis über den Stellenwert einer intakten Hochschullandschaft für die Entwicklung unseres Landes in Richtung Wissens- und Informationsgesellschaft sind nichts wert, wenn wir nicht auch zu der Einsicht gelangen, dass sie langfristige Planungssicherheit benötigen, um erfolgreich arbeiten zu können. Der Horizont einer Legislaturperiode greift da zu kurz. Da es im Interesse unseres Landes keine Alternative zum Kurs der Stabilisierung und Stärkung der Hochschulen gibt, haben wir die entscheidende Voraussetzung zu schaffen, nämlich die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es gilt die schlichte Formel: Wer A sagt, muss auch B sagen. Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt es dann schließlich in unserer Hand, im zukünftigen Landeshaushalt die Prioritäten neu zu setzen und das Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft noch enger zu gestalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Müller, und gebe jetzt das Wort an die Fraktion der DVU, an die Abgeordnete Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Fraktion der Deutschen Volkunion in diesem Landtag begrüßen wir ausdrücklich die heutige Diskussion über den Stand und die Perspektiven der brandenburgischen Hochschulen.

Die Hochschulen des Landes Brandenburg spielen eine entscheidende Rolle für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Das Potenzial unserer Universitäten und Fachhochschulen kann nur voll zur Geltung kommen, wenn es gelingt, folgende Probleme zu lösen:

Die Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft muss besser koordiniert und auf Schwerpunktaufgaben konzentriert werden. Die wirtschaftsfördernde Wirkung der Hochschulen kann wesentlich gestärkt werden, wenn sich die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Hochschultypen von der Universität über die Fachhochschule bis hin zur Berufsakademie verbessert.

Die Abwanderung von Brandenburger Absolventen, besonders im Bereich der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, in andere, wirtschaftlich aufstrebende Regionen Deutschlands muss gestoppt und der Trend umgekehrt werden. Doch das wird nur möglich sein, wenn wir unseren Absolventen zukunftsfähige Netzwerke und wirtschaftliche Kondensationskerne anbieten können, verbunden mit einer wissenschafts- und wirtschaftsnahen Infrastruktur, um unsere Absolventen zum Bleiben im Land zu bewegen.

Der Aufbau unserer Hochschulen muss fortgesetzt werden. Strukturelle Defizite in der Personalausstattung bis hin zu Deckungslücken in den Betriebskosten sind jedoch inzwischen für alle Hochschulen des Landes zum Problem geworden und können teilweise nur durch den für Gründungszeiten typischen Enthusiasmus kompensiert werden. Doch besonders im wissenschaftlichen und Ausbildungsbereich gilt die These, dass halbe Investitionen doppelte Verluste sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zu drei konkreten Problemen im Bereich der Hochschullandschaft des Landes Brandenburg kommen, die unserer Fraktion als besonders dringlich erscheinen.

Ich meine damit zum einen den Neubau der Universitätsbibliothek für die BTU Cottbus. Seit Planung der Technischen Universität in Cottbus steht der Bibliotheksbau auf dem Programm. Nach Aussagen des ehemaligen Staatssekretärs Prof. Dr. Buttler könnte mit dem Bau bereits im Jahre 2000 begonnen werden. Der Wissenschaftsausschuss unterstützt den auf 40 Millionen DM veranschlagten Neubau, und auch die Planungen sind in der Zwischenzeit abgeschlossen. Aber mit dem Bau wurde noch nicht begonnen.

Meine Damen und Herren! Gerade angesichts der Tatsache, dass im Bereich der Informationstechnologie Fachkräfte ebenso wie im Bereich der Ingenieurwissenschaften, aber auch z. B. im Bereich der Sprachwissenschaften fehlen und gerade die Technische Universität in Cottbus auf solche Studiengänge spezialisiert ist, muss mit dem Bau einer modernen Bibliothek an dieser Hochschule endlich begonnen werden.

Ein zweites Problem, welches unserer Fraktion auf den Nägeln brennt und welches wir auch, wie Sie wissen, während der Haushaltsdebatte thematisiert haben, sind die zu Beginn dieses Semesters eingeführten Rückmelde- und Immatrikulationsgebühren für Studenten. Selbst der inzwischen entnervt zurückgetretene Wissenschaftsminister, Herr Hackel, begrüßte im Dezember vergangenen Jahres, also lange vor Verabschiedung des Haushaltsplanes für 2000/2001, die Studentenproteste gegen diese Immatrikulationsgebühren. Aber in der Zwischenzeit wurden sie eingeführt.

Ein drittes Problem, das ich noch kurz ansprechen möchte, ist

die personelle wie finanzielle Ausstattung der Fachhochschule Lausitz. Diese verfügt über ein hochmodernes Reinraumlabor zur Ausbildung von Studenten der Informationstechnologie. Es kann jedoch aufgrund der Mittelkürzung durch die Landesregierung um 3 Millionen DM und der damit verbundenen Planstellenkürzung um vier Stellen nur in jedem zweiten Semester anstatt durchgängig zweischichtig genutzt werden. So steht für elf Professoren nur ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Verfügung.

Das Ergebnis ist sichtbar. Während der Zeit der Vorlesung des Professors bleibt, da das notwendige Personal fehlt, dieses Hightech-Labor geschlossen. Dies führt natürlich zu einem erheblichen Mangel an Studienqualität gerade in diesem so wichtigen Bereich. Wenn man bedenkt, dass solche Labore nach fünf, spätestens 15 Jahren schon als Schrott anzusehen sind, fragen wir ganz ernsthaft: Warum werden hier nicht Prioritäten zugunsten der Zukunft gesetzt?

Erinnern Sie sich bitte, meine Damen und Herren: Als nach dem Zechensterben im Ruhrgebiet eine neue Industrie aufgebaut wurde, waren es die Hochschulen, die die führende Rolle übernahmen.

Bei einer vernünftigen Unterstützung kann die Fachhochschule Lausitz neben dem Lausitzring in dem industrieschwachen Gebiet der Motor sein. Vielleicht sollten Sie, Frau Ministerin, zusammen mit unserem Wirtschaftsminister eine Lösung dafür finden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich bedanke mich auch und gebe das Wort an die Fraktion der CDU, Herrn Abgeordneten Dr. Niekisch.

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS hat sich die Freiheit genommen, in der heutigen Aktuellen Stunde zu Stand und Perspektiven der brandenburgischen Hochschulen Auskunft zu verlangen und darüber zu diskutieren. Diese Freiheit steht Ihnen selbstverständlich zu, ich habe das grundsätzlich nicht zu kritisieren.

(Gelächter und Beifall bei der PDS)

Im Gegenteil, meine Damen und Herren, die Zeit und die Anlässe sind günstig, um über dieses für Brandenburg überlebenswichtige Politikfeld vertiefend zu sprechen. Eines muss ich jedoch feststellen: Wenn es Ihnen wirklich um die Sache und damit um die Zukunft des Landes ginge, hätten Sie sich, meine Damen und Herren von der PDS, für diese Aktuelle Stunde wenigstens noch ein oder zwei Monate Zeit gelassen; denn es ist nicht unbedingt fair und zeugt von politisch schlechtem menschlichem Stil, wenn Sie dieses Thema zu dem Zeitpunkt verlangen, da die neue Ministerin noch nicht einmal einen Monat im Amt ist. Ich glaube, die Auskünfte, die wir hier vom geben könnten, wären viel, viel umfassender.

(Zurufe von der PDS)

Aber Sie brauchen sich gar keinen falschen Hoffnungen hinzugeben - wir nehmen diese Herausforderung gern an.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Und wie ich Frau Ministerin Wanka kennen gelernt habe, wird sie dies ebenfalls mit großer Souveränität tun. Es hätte nur der Sache viel mehr gedient, wenn Sie den vordergründigen Wunsch, die Regierung und die Koalition aufs Glatteis zu führen, zurückgestellt hätten. Aber wir nehmen die Sache, wie gesagt, an.

(Unruhe bei der PDS)

Ansonsten bin ich der PDS durchaus dankbar, dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, denn dort gehört dieses Thema hin. Mehr noch: Das Thema Wissenschaft und Hochschulen muss auch in den Zeitungen aus den rein intellektuellen Wissenschaftsseiten und aus den Feuilletonabteilungen heraus. Der Stand und die Perspektiven der Hochschulen Brandenburgs müssen viel stärker publik gemacht werden, um endlich auch in Brandenburg populär zu werden. Daran mangelt es noch.

Worum geht es? Es steht ziemlich klar im Koalitionsvertrag:

„Ausbildung und Qualifikation sind die Schlüsselressourcen auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind in ihrer Rolle als strukturprägende Standortfaktoren zu stärken, deren Existenz die Attraktivität für die Ansiedlung von Unternehmen erhöht, indem sie insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den für erfolgreichen Wettbewerb notwendigen Anschluss an das wissenschaftliche Innovationspotenzial ermöglichen.“

Etwa vor einem Jahr sagte der Herr Ministerpräsident von diesem Platz aus in seiner Regierungserklärung:

„Wissen, Bildung, lebenslange Fortbildung sind Schlüssel zu persönlichem Erfolg. Aber nicht nur. Sie sind auch der Schlüssel dafür, dass unser Land schneller vorankommt. Hochschulen und eine differenzierte Forschungslandschaft sind wichtige wettbewerbs- und wachstumsbestimmende Faktoren.“

Um den Reigen voll zu machen - die Vorsitzende der CDU-Fraktion, Frau Blechinger, sagte in ihrer Rede zur 1. Lesung des Haushaltes 2000/2001:

„Der Bereich Wissenschaft und Forschung ist nicht nur einer der wichtigsten Standortfaktoren für das Land Brandenburg, sondern auch seine Lebensader.“

Die Lebensader, meine Damen und Herren! - Mit diesen wenigen Zitaten möchte ich für uns alle noch einmal unterstreichen, dass die Koalitionsfraktionen und die Regierung die Hochschulen und die Wissenschaft des Landes als das zentrale Zukunftsfeld der Politik erkannt, beschrieben und auch angepackt haben. Zahlen und Fakten zum Stand der brandenburgischen Hochschulen zeigen jedoch, dass wir uns noch auf der ersten Hälfte des Weges befinden, so wie wir immer noch am Anfang einer

guten, erfolgreichen und viel versprechenden Legislaturperiode stehen. Wir fangen jetzt erst richtig an - um es mit Willy Brandt zu sagen,

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung vor einem Jahr ebenso gesagt:

„Deshalb gleich zu Beginn der Regierungserklärung mein Appell an die Menschen im Lande wie auch an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete: Helfen Sie mit, Kräfte zu bündeln und Chancen für Brandenburg zu nutzen!“

Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer nähern wir uns der bundesdeutschen Normalität. Die begonnene Arbeit ist fortzusetzen. Neue Akzente und Prioritäten kommen hinzu.“

Kräfte zu bündeln und Prioritäten zu setzen, um Chancen für Brandenburg nutzen zu können, darauf kommt es an. Ich habe mir damals, vor einem Jahr vorgenommen, diesen Appell ernst zu nehmen und den Fachbereich und das Politikfeld, was ich zugesprochen bekommen habe, nicht nur zu verwalten, sondern zu gestalten.

Dies kostet Kraft, ist manchmal unpopulär. Man steht in der Gefahr, von der Opposition missbraucht oder instrumentalisiert zu werden.

(Unruhe bei der PDS)

Das ist ein Risiko. Doch ich sage immer: Welcher Weg, der zum Ziel führt, ist ohne Risiko? Meine Damen und Herren, bei diesem Weg stößt man an Tabus und natürlich auch auf heilige Kühe. Tabus und heilige Kühe haben sehr viele wachsamen Holzaugen und sehr viele Hühneraugen, auf die man zwangsläufig tritt. Das ist nun einmal so.

(Unruhe bei der PDS)

Mein lieber Herr Kollege Trunschke - Holzhammermethode. Wenn man nachdenkt und streitet, hat das nichts mit Holzhammermethode zu tun, sondern dient der Sache. Wenn Sie mit dem Holzhammer argumentieren, dann sprechen Sie dem Anderen die Denkfähigkeit ab und das tue ich nicht.

Zu Irland nur ein kurzer Satz. Wissen Sie, in Irland wird keine müde Mark in die Gewährung eines dritten oder künstlichen Arbeitsmarktes gesteckt. Es ist eine drastische Steuersenkung erfolgt und das Geld dieser drastischen Steuersenkung hat man in die Hochschulen gesteckt. Ob das der richtige Weg ist, darüber lassen Sie uns streiten. Ich denke, er ist mindestens bedenkenswert.

(Beifall bei der CDU)

Um in diesem Zusammenhang eines ganz unmissverständlich und klar zu sagen: Sie, meine Damen und Herren von der PDS, die Sie heute die Aktuelle Stunde zu Brandenburgs Hochschulen verlangt haben, sind leider nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Auch wenn Sie in Ihren Reihen fachlich kompetente Hochschulpolitiker haben, die ähnlich wie ich noch großen Investitionsbedarf, mehr Engagement und mehr politi-

sche Kreativität auf diesem Feld sehen und anmahnen, stehen Sie leider allein mit Ihrer Fraktion, denn eines können und wollen Sie nämlich nicht: Sie wollen keine Kräfte bündeln, Sie wollen keine Prioritäten setzen und damit können Sie auch keine Chancen für Brandenburg nutzen.

Sie von der PDS fordern wie ein Nimmersatt zwei- und dreistellige Millionenbeträge für viel zu viele Aufgaben und noch dazu für ausgeweitetes staatliches Handeln und Verwalten. Das ist nicht der Weg, womit wir diese alte Not zwingen.

(Zwischenruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Ich wäre ja froh, wenn wir diese alte Not vereint zwingen könnten. Deswegen wende ich mich jetzt wieder der Zukunft und auch den Koalitionsfraktionen zu. Und - wie bereits betont - wir befinden uns noch auf der ersten Hälfte des Weges. Die Koalition und die Legislaturperiode sind noch jung, frisch und dynamisch und darauf können Sie sich verlassen.

Sicherlich, die Lobby für diesen Bereich muss in der Regierung und auch im Parlament noch größer werden. Aber wenn ich vergleiche, wie die mittelfristige Finanzplanung des Jahres 1999 mit der Perspektive für das Jahr 2000 ausgesehen hatte und wie jetzt der Haushalt nach den Beschlüssen des Sommers für 2000/2001 tatsächlich aussieht, so denke ich, ist nicht nur das Schlimmste abgewendet worden, sondern es ist mit aller Vorsicht dennoch eine erkennbare Trendwende eingeleitet worden.

Meine Damen und Herren! In der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren wir leider im Bereich der Hochschulen fast an den Rand einer chronischen Mangelwirtschaft gekommen. Trotz großer Leistungen des Aufbaus - wir haben eine hervorragende Hochschullandschaft; technisch und architektonisch sucht das in Deutschland seinesgleichen - können und dürfen wir dabei jetzt nicht stehen bleiben.

Ich denke, es gibt eine großartige Bilanz des letzten Jahres; es ist eine Bilanz der CDU/SPD-Koalition. Und weil Sie auch den Rücktritt des bisherigen Ministers angesprochen haben, will ich das einmal ganz kurz zusammenfassen:

Erstens: Der notwendige Zuwachs des BAföG-Aufwuchses von 20 Millionen DM ist voll ausgeglichen worden. Zusammen mit dem Wirtschaftsminister wurden 500 000 Mark zusätzlich für die Förderung der Unternehmensgründung an Hochschulen locker gemacht. Nach Wochen der Auseinandersetzung haben wir 41 Millionen DM bis zum Jahr 2003 freibekommen, um an der BTU in Cottbus das dringend notwendige Informations- und Bibliothekszentrum zu bauen. Der Lehrstuhl für Leichtmetallstoffe und die dazugehörige Walzstraße sind für Cottbus und Ludwigsfelde erhalten geblieben und nicht in den Westen gegangen.

Auch auf dem Felde der Kultur gibt es von kleinen Beispielen wie mit dem Operettenfestival in Wittenberge bis zum Theater- und Konzertverbund großartige Leistungen der SPD/CDU-Koalition und - ich muss es an dieser Stelle einmal betonen - auch des Ministers, der von Oktober 1999 bis Oktober 2000 das Wissenschafts- und Kulturressort geführt hat, nämlich von Herrn Dr. Wolfgang Hackel. Ich denke, meine Damen und Herren, Sie sollten das hier in diesem Hause auch einmal dankbar

anerkennen und damit die Journalisten beschämen, die Herrn Dr. Hackel ständig fachlich abqualifiziert haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Bilanz kann sich sehen lassen. In einem Jahr haben wir sehr, sehr viel gemeinsam erreicht. Aber es gibt natürlich noch eine ganze Menge von Lücken, die wir auszufüllen haben, und Brandenburg ist noch nicht so fit und noch nicht so weit gekommen, wie es beim Wettbewerb um die Hochtechnologiestandorte in Deutschland eigentlich sein müsste.

Wir haben es auf der einen Seite geschafft, uns mit Blick auf Berlin von den teuren, kostspieligen medizinischen Fakultäten freizuhalten. Auf der anderen Seite haben wir die hervorragende Hochschule für Film und Fernsehen, deren Neu- und Ausbau uns aber auch über 100 Millionen Mark gekostet hat.

Aber es gibt auch zentrale Probleme, die ich Ihnen keinesfalls verschweigen möchte. Die Studentenzahlen sind in den letzten Jahren auf 30 000 gewachsen. Das ist erfreulich. Ob es einmal 40 000, 50 000 oder 60 000 sein werden oder müssen, darüber können wir streiten. Jedenfalls 30 000 sind zu wenig. Nicht gut ist, dass die Personalkosten im selben Zeitraum um 12 bis 16 % gestiegen sind.

30 % der wirklich Studierwilligen im Land Brandenburg können hier keine Studienplätze finden, vor allem in den Fächern moderne Informatik, moderne Ingenieurwissenschaften. Es gibt insgesamt eine negative Netto-Wanderungsbilanz von 800 bis 1 000 jungen Menschen pro Jahr. Das können wir nicht hinnehmen. Das sind Ressourcen, das ist Humankapital, das uns für immer verloren geht. Die jungen Menschen, die einmal in Aachen oder Düsseldorf gelandet sind, gründen dann dort ihre kleinen und mittelständischen Unternehmen und kommen nicht zurück.

Es gibt noch viele Beispiele. Bei uns studieren nur etwa 10 % der Bevölkerung, in Sachsen sind es 17 % und in Thüringen über 14 %.

Ich will Ihnen zum Schluss - auch das muss noch geschehen - die aktuellen Zahlen nennen. Insgesamt gibt Brandenburg für Hochschulen und für Kliniken etwa 573 Millionen DM aus. In Sachsen sind es 2 Milliarden DM, um nur zwei Zahlen zu nennen. Pro Kopf sind es 220 Mark in Brandenburg und 440 Mark in Sachsen. Ich denke, dabei kann es nicht bleiben.

Eine Aktivistin aus einem Textilkombinat in der Oberlausitz hat einmal gesagt:

„So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“

(Zuruf von der PDS: Frieda Hockauf!)

Lassen Sie uns gemeinsam arbeiten, damit Brandenburg leben kann, und ich will - besser - wir sollten nicht nur „Jubelperser“, sondern Förderer der Koalition und der Regierung sein, kraftvoll und mit Kreativität. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Nickisch. - Das Wort geht jetzt an die Landesregierung, Frau Ministerin Wanka.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung als Zukunftspotenzial für das Land haben erfreulicherweise alle heute schon gesprochen. Das muss ich nicht wiederholen. Ich möchte konkret auf das, was vorgegeben war, eingehen: Stand und Perspektiven der Hochschulen in Brandenburg.

Ich denke, den Stand der Hochschulentwicklung unseres Landes kann man durch zwei Feststellungen charakterisieren:

Erstens: Die Hochschulen des Landes Brandenburg haben sich seit ihrer Gründung erfolgreich entwickelt. Sie werden von Wissenschaft und Wirtschaft als leistungsstarke Partner geschätzt.

(Vereinzelt Beifall)

Einige wenige Faktoren als Beleg dafür:

Da ist zum einen - wie heute schon genannt - der stetige Zuwachs der Studierenden auch in diesem Wintersemester. Mit den rund 32 000, die jetzt an den Hochschulen sind, liegt das Land Brandenburg wieder über der Prognose der Studierendenzahlen. Das ist ein wohl tuender Unterschied zu anderen neuen Bundesländern. Zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen-Anhalt hat man sich verplant. Man hat mit weitaus höheren Zahlen, 40 000 und mehr, geplant und liegt so weit darunter, dass diese Planung korrigiert werden musste, weil man Investruinen hat.

Die Nachfrage ist also der Ausdruck einer vernünftigen Hochschulplanung bei uns. Wenn man die Studiennachfrage genauer anschaut, weil immer Zahlen genannt werden, wie viele Studierende weggehen, stellt man fest: Es gehen aus unserem Land über 50 % junge Leute in andere Länder zum Studium. Dabei muss man aber beachten, dass zum Beispiel die Entscheidung, die Studiengänge Medizin, Landwirtschaft und Pharmazie nicht in Brandenburg anzubieten, auch Konsequenzen hat. Ich finde diese Entscheidung aber trotzdem richtig; denn zum Beispiel in Sachsen-Anhalt gibt man 60 % aller Mittel im Hochschulbau nur für die Studienrichtung Medizin aus. Das sollte man herunterrechnen auf unser Land. Das sollte man beachten.

Diesem Export steht auch ein beachtlicher Import gegenüber. 45 % aller jungen Leute, die in Brandenburg studieren, kommen aus anderen Bundesländern. Das Studienangebot umfasst das, was ursprünglich geplant war; aber die Hochschulen sind sehr kreativ und haben gerade in Richtung der Internationalisierung der Studiengänge - Bachelor-/Master-Abschlüsse, Kreditpunktsystem - eine Menge Vorlauf. Das zahlt sich heute noch nicht in Studierendenzahlen aus, aber das kommt.

Genau wie die Zahl der Studierenden hat sich die Zahl der flächenbezogenen Studienplätze gut entwickelt. Wir haben jetzt 19 000 flächenbezogene Studienplätze. Wenn man mit Bundesschnitten rechnet, dann heißt das, dass wir für rund

25 000 Studierende ausgestattet sind. Wir haben 32 000 Studienplätze, somit eine Überlast.

Bauvorhaben, die begonnen oder gerade vollendet worden sind, wurden schon genannt. Ich nenne die Filmhochschule. Damit haben wir die modernste Filmhochschule Deutschlands in Brandenburg. Oder ich nenne den Standort Golm mit dem ersten Bauabschnitt, wo ein Teil der Universität Potsdams etabliert worden ist. Im nächsten Jahr werden Bauvorhaben, zum Beispiel in Frankfurt (Oder) oder in der Lausitz, begonnen. Das betrifft den Hörsaal und Seminarraumgebäude. Im Jahre 2001 stehen sechs neue Bauvorhaben an. Insgesamt kann man sagen, dass bis zum Jahre 2004 nach dem, was bereits geplant ist, 23 500 flächenbezogene Studienplätze geschaffen werden.

Herr Transchke, das mit der Reduzierung der Drittmittel für den Hochschulbau kann ich nicht nachvollziehen. Aber 23 500 flächenbezogene Studienplätze sind immer noch eine große Diskrepanz zu dem, was wir an Studenten haben.

(Zuruf von der PDS: Der Einzelplan für 2001!)

In der Forschung lässt sich sehr viel Positives konstatieren. Hier liegt Brandenburg - weil wir uns immer sehr gern mit Sachsen vergleichen; das machen übrigens alle neuen Bundesländer - an zweiter Stelle hinter Sachsen, was die Einwerbung von Drittmitteln pro Professor anbetrifft, bei 82 000 DM. Die jüngste Drittmittelstudie des Wissenschaftsrates zeigt, dass Brandenburg seit Anfang der 90er Jahre den größten Anstieg an eingeworbenen Drittmitteln hat. Frau Müller hat es erwähnt. Zurzeit sind 450 Personen über Drittmittel beschäftigt. Das ist mehr als die Viadrina an Personal hat.

Die Hochschulen kümmern sich um die Beratung kleiner und mittelständischer Unternehmen und fördern diese. Die Anzahl der Existenzgründungen darf nicht zu blauäugig gesehen werden. Es ist ein Wertewandel, der sich im Kopf vollziehen muss, der in der Schule beginnt, überhaupt in die Selbstständigkeit zu gehen. Die Bedingungen sind nicht schlecht. Da mangelnde Existenzgründungen angesprochen worden sind, möchte ich Folgendes sagen: Die größte Biotechnologieausgründung, die in Deutschland existiert, ist in Brandenburg entstanden, Brandenburg ist als Biotechnologieregion führend in Deutschland.

Da ich die Medizin erwähnte, ist noch ein anderer Punkt erwähnenswert. Wir haben ein großes Netz von außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen von einer Exzellenz, die es so woanders kaum gibt. Damit haben wir - das kann man als Vergleich heranziehen - Wissenschaftszentren, wie es sie in München und in Stuttgart gibt, in Golm im Entstehen. Dazu gehört natürlich, dass sich die Hochschullandschaft adäquat entwickelt und mitzieht. Ich denke, dass das Land nicht über zu viele Hochschulen verfügt, wie gelegentlich behauptet wird. Das war die Charakterisierung des Entwicklungsstandes der Hochschulen.

Meine zweite Feststellung - auch dies ist heute schon angedeutet worden, ich formuliere es etwas positiver -: Die Hochschulen in Brandenburg erbringen ihre Leistungen - die ich gerade versuchte zu charakterisieren - mit einem im Vergleich zu anderen Ländern niedrigeren Mitteleinsatz. Die Zahlen wurden genannt. Sie dürfen nicht glauben, dass hier eine weitere Reduzierung möglich ist und weitere Effektivitätssteigerungen durch Mittelreduktion denkbar sind. Aus diesem niedrigen Mittelansatz er-

geben sich Probleme. Ich denke an die Studierquote, an die Betreuungsrelation, an das wissenschaftliche Personal und an die Studenten. Wir liegen ungefähr im Bundesschnitt, aber das kann sich schnell verschlechtern. Von den 131 Studiengängen des Landes sind bereits 54 Studiengänge zulassungsbeschränkt. Dazu gehören alle Informatikstudiengänge im Land mit Ausnahme des Informatikstudienganges an der BTU Cottbus. Das heißt, von ungefähr 700 Informatikplätzen sind 500 Plätze zulassungsbeschränkt, wobei durch das Informatikprogramm des Bundes in diesem Jahr die Zahl derer, die in der Lausitz und in Wildau aufgenommen werden konnten, erhöht werden konnte.

Man sollte aber bei der Informatikproblematik nicht vorschnell werten. Erstens ist es eine aktuelle Entwicklung. Jahrelang war dieser Bereich unterbesetzt. Viele Länder haben Informatikfakultäten geschlossen. Auch im naturwissenschaftlich-technischen Bereich ist es so, dass wir noch längst nicht ausgelastet sind. Man kann nicht sofort auf jede temporäre Entwicklung reagieren, aber die Informatikschiene und andere Dinge müssen bei der weiteren Hochschulentwicklungsplanung ihren geeigneten Niederschlag finden.

Beim Mitteleinsatz haben wir - das sollte man auch aus Sicht der Landesregierung so klar formulieren - ein großes Problem im Jahr 2001. Sie wissen, dass der Einzelplan 06 um 23 Millionen DM abgesenkt worden ist. Das ist, wenn man die Milliarde sieht, nicht so entscheidend, aber durch die Festlegung außeruniversitärer Einrichtungen etc. konzentriert sich diese Absenkung auf den Personalbereich an den Hochschulen. Das ist das Problem. Wir bemühen uns gegenwärtig, alle vorhandenen Möglichkeiten - so viele sind es nicht - zu nutzen, um das Problem zu bewältigen.

Sich hier zu Einzelfragen zu äußern, ist, denke ich, an dieser Stelle nicht vernünftig. Ich gehe davon aus - man muss Realist bleiben -, dass wir im nächsten Jahr keine grundlegende Veränderung des Einzelplanes 06 haben werden. Das heißt, wir müssen mit den Hochschulen nach Wegen suchen, wie im nächsten Jahr die unbestritten knappen Mittel effektiver eingesetzt werden können. Es gibt verschiedene Schienen. Das hat nicht nur etwas mit der akuten Mittelsituation zu tun, sondern generell mit der Überprüfung des Lehrangebotes. Das heißt aber nicht, dass es automatisch zu viel Doppelangeboten sind, das heißt nicht, dass Studiengänge gestrichen werden, die nicht ausgelastet sind, sondern nur, dass man über Dinge, die längerfristig nicht ausgelastet sind, bei denen die Perspektive nicht klar ist, nachdenkt, sie zusammenlegt und die Gelder für mehr profilbestimmende Studiengänge einsetzt.

Wir brauchen - diesbezüglich gebe ich den Ball an die Hochschulen - noch mehr Hochschulkooperation im Land, auch mit Berlin. Wir brauchen Hochschulkooperation zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen. Überlegungen gibt es dazu. In der Realität können wir aber noch weiter gehen.

Bei den Möglichkeiten, die Schwierigkeiten im nächsten Jahr zu überwinden, muss ich auch die Überprüfung des Verwaltungshaushaltes nennen. Brandenburg hat sich bewusst dafür entschieden - das ist der Landesregierung klar -, kleinere Hochschulen zu haben. Das erfordert einen relativ hohen Verwaltungsaufwand. Davon ist nicht abzugehen. Das ist nicht die Richtung, die wir vertreten. Aber innerhalb dessen muss es legitim sein, nach Synergieeffekten zu fragen.

Ich komme zur Verbesserung der Einnahmesituation der Hochschulen. Dabei denke ich nicht nur an die Drittmittel, sondern auch an Geld für die Lehre, insbesondere im Weiterbildungsbereich, und an die Vermietung von Laboren etc., wo es sinnvoll ist.

Wir müssen im nächsten Jahr versuchen, mit Bundes- und EU-Mitteln Probleme, die dramatisch sind, in den Griff zu bekommen. Über die UMTS-Mittel des Bundes ist noch nicht endgültig entschieden worden. Wir können davon ausgehen, dass sie einen Beitrag liefern werden, damit wir die Probleme im nächsten Jahr vernünftig handeln können. Der Einsatz von EU-Mitteln heißt nicht nur Hochschulbau, sondern für mich heißt das auch Großgeräte. Das müssen wir schaffen, denn das wäre eine wichtige Finanzierungsquelle.

Bei den EU-Mitteln denke ich an Irland. Herr Trunschke, Irland hat EU-Mittel in beträchtlichem Maße. Das ist ein entscheidender Faktor für die von Ihnen genannten Dinge. Bei den EU-Mitteln sind die Hochschulen in der Einwerbung sehr unterschiedlich. Hierbei ist es die Aufgabe der Landesregierung, speziell meines Hauses, Mittel und Instrumentarien zu finden, wie man auch kleinere Hochschulen befähigen kann, effektiver einzuwerben, da der Aufwand sehr beträchtlich ist.

Ich denke auch an die gestrige Diskussion zum Thema Kooperation mit der Wirtschaft. Das heißt, nicht nur Geld von der Wirtschaft zu fordern, sondern dass man - was ich an meiner Hochschule immer favorisiert habe -, wenn man Professoren beruft, schaut, ob diese gute Kontakte zur Wirtschaft haben, und danach schaut, ob die Spitzentechnologie in der Wirtschaft für die Lehre eingesetzt wird. Das lässt sich nicht in Bargeld ausdrücken. Wir haben nächstes Jahr eine problematische Situation und bemühen uns um eine Lösung im Sinne der Hochschulen.

Nun zu den Perspektiven: Diese möchte ich in zwei Punkten zusammenfassen. Es gibt eine klare Aussage, dass die Landesregierung zu Beginn des nächsten Jahres eine Grundsatzentscheidung treffen muss und wird, was die Studierendenzahlen in Brandenburg betrifft. In der Koalitionsvereinbarung war vom Jahr 2005 die Rede. Wir müssen den Zeitraum bis 2010 im Auge behalten. Sie alle wissen, dass der Geburtenknick kommt. Die Personen, die dann studieren werden, sind jetzt geboren. Es ist klar, dass die Studierendenzahl nach der Prognose in Brandenburg bis 2009 sehr angenehm steigen wird. Nach dem Jahre 2009 haben wir in der Bundesrepublik überall einen Abbruch. In Brandenburg ist es der Prognose nach - das hängt mit Berlin und den dortigen Beschränkungen zusammen - wesentlich günstiger.

Wir müssen, egal wie diese Prognose aussieht, eine Festlegung für die Studienplatzzielzahl für das nächste Jahrzehnt treffen. Das ist die Grundsatzentscheidung, die im Januar fällt.

(Allgemeiner Beifall)

Dabei ist diese Grundsatzentscheidung auch ein Stück weit ein normaler Prozess. Nach zehn Jahren muss man schauen, wie die Lage ist; da sich viele Faktoren ergeben haben. Diese konnten 1990 oder 1992 nicht berücksichtigt werden. Damit meine ich nicht nur das Studierverhalten und die Prognose der Studierendenzahlen, sondern auch alle Aspekte der Globalisierung, die Trends zur Internationalität im Studienbereich. Damit meine ich

auch die Aspekte der Informations- und Wissensgesellschaft. Es müssen solche Dinge wie virtuelle Studiengänge etc. neu überdacht werden. Dort besteht dringender Handlungsbedarf und dafür ist jetzt der richtige Zeitpunkt.

Wenn wir diese Zahl haben, ist es wichtig, einen Hochschulentwicklungsplan - der jetzige ist bis zum Jahr 2001 gültig, der nächste bis zum Jahre 2005, und das sage ich als Verpflichtung - verbindlich festzuschreiben.

(Vereinzelte Beifall bei der PDS)

Dabei sind wichtige Fragen zu beantworten, die vorbereitet werden müssen, die ich jetzt auch nicht ad hoc beantworten kann, zum Beispiel: Wie steht Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern, was den Anteil der naturwissenschaftlich-technischen Studiengänge anbetrifft, da? Wie kommen wir mit Berlin klar - Hochschulverbände oder andere Formen der Zusammenarbeit? Wie kann man die Kooperation der Hochschulen untereinander verstärken?

Abgeleitet von der Zielzahl ist ein Finanzkorridor logisch. Ein Finanzkorridor muss, wenn er eng ist, längerfristig sein, nur dann können Hochschulen agieren. Hochschulen können keine Schwankungen und Unsicherheiten von Jahr zu Jahr vertragen.

Der zweite Punkt für die Perspektiven, der mir ganz wesentlich erscheint, ist die Stärkung der Autonomie der Hochschulen, das heißt in den Hochschulen. Autonomie wird immer sofort mit Finanzautonomie übersetzt, ist jedoch nicht nur das. Es gibt viele Regeln, die laufen über das Ministerium. Das verursacht längere Prozesse, die nicht nötig sind. Wir wollen alles, was machbar ist und sich mit den Gesetzen verträgt, an die Hochschulen verlagern. Das heißt, Entscheidungen können in der Regel vor Ort besser getroffen werden. Da gehen wir auch kein Risiko ein. Das sage ich aus der Sicht einer ehemaligen Rektorin. Ich denke, vor Ort kann man über Vertretungsprofessuren, über Freisemester, über andere Dinge schnell und unbürokratisch entscheiden, und es spart auch Mittel.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Herr Trunschke, das von Ihnen angesprochene Gesetz wird nach der Koalitionsvereinbarung in der Mitte der Legislatur angeschaut und kritisch hinterfragt. Bis dahin sollten wir warten. Es nützt nichts, ein Gesetz zu haben und es fünf Minuten später zu ändern. Jetzt muss man es erproben und dann werden wir Konsequenzen ziehen, wenn diese notwendig sind und sich so ergeben.

Zum Schwerpunkt Autonomie: Also institutionelle Autonomie so weit wie möglich und machbar. Damit hält sich auch das Ministerium den Rücken frei. Das ist eigentlich ein zweiseitiger Prozess, der uns allen nützt.

Der zweite wichtige Aspekt bei der Autonomie ist die Finanzautonomie. Da haben mir schon mehrere Abgeordnete gesagt: Wir haben doch schon Flexibilisierung. Das ist aber nur der allerallererste Schritt. Flexibilisierung, das ist klar, läuft jetzt bis in Richtung Globalhaushalt. Entscheidend für mich ist, auf welche Art und Weise die Hochschulen ihr Geld bekommen. In der Koalitionsvereinbarung steht, dass dies nach Leistungsindikatoren erfolgen soll. Leistungsindikatoren kann man so

oder so sehen. Man kann es so machen, wie viele alte Bundesländer, dass man jahrelang vergleicht und schaut und dann punktchenweise anfängt. So viel Zeit haben wir nicht. Wir müssen in relativ kurzen Zeiträumen zu einer Mittelvergabe kommen, die leistungsorientiert ist. Ich weiß, dass es da viele Probleme gibt. Man muss es vergleichbar machen. Man kann die Standorte nicht einfach gleichsetzen. Man muss den unterschiedlichen Ausstattungsgrad ansehen und viele andere Dinge.

Es ist auch schwierig, Leistung von Hochschule zu definieren. Es darf nicht so sein, dass diese Definition nur wirtschaftlich orientiert ist. Es muss auch Grundlagenforschung und Ähnliches in vernünftiger Form honoriert werden. Da probieren viele Länder herum. Es gibt aber auch Dinge, die man dort anschauen kann. Ich denke, wir werden gemeinsam mit den Rektoren - das geht nämlich nur, wenn man eine hohe Akzeptanz hat, ansonsten können Sie sich so etwas sparen - eine derartige Mittelzuweisung finden.

Das bedeutet dann, dass man dadurch eine Art Quantensprung in den Hochschulen bewirkt, wenn die Hochschulen so an ihre Leistungen gekoppelt sind - wobei Leistung ein breites Feld ist. Das sind nicht nur simple Studentenzahlen, das ist zu wenig. Wenn die Hochschulen in dieser Form an ihre Leistungen gekoppelt sind, dann gibt es zum Beispiel folgende Dinge. Ich bin noch nicht lange hier und habe schon mehrere Vorgänge gesehen. Sie wissen, wir haben im Landeshochschulgesetz die Befristung der Professuren auf fünf Jahre - was ich auch gut finde -, wobei da viele schreien. Was ich bisher bei Neuberufungen immer gesehen habe, sind Anträge auf Entfristung. Die Entfristung ist möglich, dann werden sie also sofort verbeamtet bis zur Rente. Das ist auch in einigen Fällen o.k. Sie bekommen keine Topleute, die über fünfzig sind, wenn Sie mit Fünfjahresverträgen oder Ähnlichem anfangen. Aber die Hochschulen nutzen das sehr konsequent und wollen alles entfristet haben. Das ist logisch. Wenn ich Rektor wäre, würde ich es auch so machen. Die Stelle habe ich sicher, der Professor hat sie besetzt, das Land hat eine Verpflichtung, es muss bezahlt werden.

Wenn wir aber zu einer anderen Haltung der Hochschulen zu dieser Finanzierungsförm kommen, dann muss sich die Hochschule überlegen, ob sie jeden entfristen will. Ich habe jetzt gerade Fälle aus einem Gebiet auf dem Tisch zu liegen, in dem es viele Leute gibt, die sich für ein Berufungsverfahren beworben haben. Wir haben also zurzeit eine gute Bewerbersituation. Wenn junge Leute ihren ersten Ruf haben wollen, kommen sie auch für fünf Jahre. Dafür muss die Hochschule motiviert sein und auch für viele andere Dinge. Dann verlagern wir Probleme, die wir jetzt administrativ verfügen wollen, an die Hochschulen. Dort können sie dann besser gelöst werden. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Natürlich hat das auch Verpflichtungen, Transparenz nach außen.

(Beifall bei CDU, SPD und PDS)

Die Redezeit ist zu Ende. Ich denke, wir hören zu diesem Themenbereich noch öfter voneinander. Ich hoffe, dass sich alle noch an ihre Worte von heute erinnern, wie wichtig das ist. Das würde mich sehr freuen.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Ministerin Wanka. - Ich gebe das Wort noch einmal an die Fraktion der SPD, an Herrn Abgeordneten Dr. Sternagel.

Dr. Sternagel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Humboldtische Leitbild der Einheit von Lehre und Forschung gilt nach wie vor sowohl für unsere Universitäten als auch für unsere Fachhochschulen.

Die Forschungslandschaft in Brandenburg hat jedoch, wie auch in den anderen neuen Bundesländern, eine besondere Spezifik, nämlich:

Erstens: Mit der Wende erfolgte in starkem Maße der Zusammenbruch der Industrieforschung.

Zweitens: Die vorhandenen und entstehenden kleinen und mittleren Unternehmen verfügen meist nicht über die Wirtschaftskraft, um eigenes F- und E-Potenzial aufzubauen.

Verehrter Herr Trunschke, hier möchte ich auch noch einmal differenzieren. Dieses Defizit trifft nicht in dem Maße für die erkenntnis- und anwendungsorientierte Grundlagenforschung zu, da viele Institutionen nach der Wende nach einer gewissen Evaluierung übernommen beziehungsweise neu aufgebaut wurden. So verfügt der engere Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg immerhin über die dichteste staatlich geförderte Forschungslandschaft von Gesamtdeutschland.

So wurden auch von Brandenburger Forschungseinrichtungen der Grundlagenforschung Ergebnisse erzielt, die international hohe Anerkennung finden.

Die Bundesregierung schätzt jedoch ein, und zwar wurde das in den letzten Tagen in einem Kanzlergespräch gesagt, dass wir in Deutschland kein Forschungsdefizit, sondern ein Verwertungsdefizit haben. Ich meine, das Verwertungsdefizit trifft durchaus auch für Brandenburg zu. Unsere Schwächen liegen nämlich neben anderen in einer unzureichenden Industrieforschung. So hat zum Beispiel Baden-Württemberg, das auch mehr Einwohner hat, eine 40fach größere Industrieforschung als Brandenburg. Dadurch kommt der praxisorientierten Hochschulforschung und hier besonders den Fachhochschulen eine wichtige Auffangfunktion zu. Ich möchte das ganz besonders unterstreichen. Das wurde auch schon von vielen meiner Vorredner dargestellt.

Die Hochschulen müssen im Rahmen dieser Auffangfunktion zu Motoren des Strukturwandels in Brandenburg werden. Die Brandenburger Hochschulen spielen besonders in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung eine immer größere Rolle. Uta Müller und die Ministerin haben bereits ausführlich darüber gesprochen. Wir waren auch ganz begeistert, als Prof. Siegmund von der Universität Cottbus auf unserer Klausurtagung viele Beispiele genannt hat.

Wegen ihres Praxisbezuges und ihrer regionalen Einbindung sind besonders die Fachhochschulen wichtige Bindeglieder zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft und die geborenen Partner insbesondere der kleinen und mittleren Unterneh-

men der Region, die keine eigene Forschungskapazität aufweisen.

Frau Wanka sprach bereits über die Drittmittelinwerbung und sagte, dass wir hier einen sehr guten Stand haben. Ich meine, dass wir das Einspielen von Drittmitteln in den nächsten Jahren weiter erhöhen müssen. Das setzt jedoch voraus, dass unsere Hochschulen über eine moderne Grundausstattung und ein Mindestmaß an personeller Infrastruktur verfügen.

An dieser Stelle wird von einigen Hochschulen, besonders den Fachhochschulen, signalisiert, dass zunehmend durch Sparzwänge die Mindestausstattung an personeller Infrastruktur und auch an Grundausstattung nicht mehr gewährleistet ist.

Wir sollten deswegen bei der nächsten Haushaltsberatung darüber nachdenken, wie wir diese Schwäche überwinden. Die Frau Ministerin hat bereits für nächstes Jahr Übergangslösungen genannt. Wir müssen diese sicherlich gemeinsam anpacken. Dabei müssen wir den Ausbau der anwendungsbezogenen Forschung an unseren Hochschulen, besonders auch an unseren Fachhochschulen, als einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der regionalen Infrastruktur in unserem Lande ansehen. Andererseits müssen aber auch die Hochschulen darüber nachdenken, wie ihre Effektivität weiter erhöht werden kann. Von Frau Wanka wurden hierzu einige Beispiele genannt - ich kann das nur unterstreichen -: gemeinsame Nutzung von Großforschungsgeräten, weitere Vernetzung der Hochschulen untereinander usw.

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter, führen Sie das nicht weiter aus; Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Sternagel (SPD):

Meine Damen und Herren, vom Wissenschaftsrat wurde in der Vergangenheit auch eine Vielzahl von Reformvorschlägen zur Erhöhung der Effektivität der Forschung und zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit in unserem Land erarbeitet. Diese sollten von der Landesregierung gründlich ausgewertet und, wenn sie für unsere Hochschulen sinnvoll sind, auch umgesetzt werden. Es muss unser Ziel sein, dass unsere Forschungseinrichtungen, besonders auch unsere Hochschulen, in Zukunft einen noch größeren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten. - Danke.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Sternagel, und gebe zum Schluss das Wort noch einmal an die Fraktion der PDS, an Herrn Prof. Dr. Bisky.

Prof. Dr. Bisky (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sprache der Politik und die Sprache der Wissenschaft kommen selten zusammen. Das ist vielleicht eine bittere Lebenserfahrung. Man meint über die gleichen Fragen zu reden und spricht doch über anderes. Ich glaube, es war richtig, heute auf die Wissenschaft zu sprechen zu kommen. Herr Niekisch, auch um der neuen Ministerin eine Chance zu geben. Und ich sage, sie hat eine gute

Rede gehalten; wir als Opposition werden sie allerdings weiter kritisch begleiten.

(Beifall bei der PDS)

Uns liegt die Wissenschaftsentwicklung sehr am Herzen. Wir hatten den Antrag schon um Monate verschoben, aber ich glaube, es ist die Frage: Wie wichtig ist dieses Thema? Dieses Thema ist so wichtig, dass wir nicht länger warten sollten.

Ich komme jetzt zu einigen wenigen Punkten. Der erste Punkt: Ich glaube, etwas mehr Realismus und mehr Kompetenz in der Wissenschaftspolitik sind zweckmäßig für das Land Brandenburg. Realismus, damit wir uns nicht allzu großen Träumen hingeben, die nicht machbar sind in einem Land mit diesem Haushalt. Und Sachkompetenz, damit wir nicht zu viel hineinreden in das, was nur autonom in den Forschungseinrichtungen, in den Universitäten und Hochschulen entschieden werden kann. Ich bin sehr froh, dass Sie die Autonomie dort als einen Schwerpunkt setzen.

Es ist richtig, es gibt große Leistungen, Frau Müller. Sie haben beklagt, dass wir das Geleistete nicht sehen. Doch, ich akzeptiere zum Beispiel uneingeschränkt den Genuss, den ich dadurch erlebe, dass die Hochschule für Film und Fernsehen ein neues Gebäude hat. Das ist ein wunderbarer Zustand, den hätte ich mir schon zehn oder zwölf Jahre früher gewünscht. Man mag über die Ästhetik streiten, wie man will; man kann über sie nur streiten, weil dieses wunderbare Gebäude da ist. Das sage ich uneingeschränkt und bedanke mich auch bei allen, die das möglich gemacht haben. Aber das Gebäude garantiert noch nicht, dass ein Regisseur von Weltgeltung dieses Haus verlässt. Das Gebäude garantiert noch nicht, dass Schauspieler mit Weltgeltung usw. usf. ... Deshalb mahne ich Realismus und Sachkompetenz an. Es bleibt schwierig in der Wissenschaft. Wir sollten auch aufpassen, uns das nicht selber schönzureden.

Da wir bei den Medien sind: Manches über Babelsberg Gesagte geht auch etwas zu schnell von den Lippen, was die Beschäftigtenzahlen betrifft. Ja, es gibt Firmen, aber erkundigen Sie sich doch einmal, wie es denen geht!

Es gibt viel Neues dort zu sehen und 3 000 Arbeitsplätze. Das ist ja wunderbar. Aber jetzt wird an einem Standort, der einst durch Filmkunst bestimmt war, schon gelobt, wenn wir Kulissen schieben dürfen für den großen Spielfilm über Stalingrad. Ich möchte, dass hier in Babelsberg mehr getan wird, als Kulissen für amerikanische oder andere Filme herzustellen. Ich möchte, dass hier Kunst wieder eine Chance hat.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb, meine ich, sollten wir versuchen, das, was dort an Potenzialen ist, auch zu nutzen.

Das Zweite, was ich sagen will, ist: Mut zu Prioritäten werden Sie brauchen und in der Wissenschaftspolitik im Lande müssen wir das durchsetzen. Man kann nicht alles gleichermaßen fördern. Auch Studentenzahlen müssen geprüft werden, das stimmt. Bei einem vernünftigen Realismus wird Ihnen die Opposition nicht in die Quere kommen, sondern ich meine, man

muss hier ehrlich sein. In der Ausbildung sind heutzutage Qualitäten und nicht Tonnen von Absolventen gefordert.

(Beifall bei der PDS)

Jedenfalls ist das für ein Land wie Brandenburg nicht das erstrebenswerte Ziel. Sie haben ja die Chance, Prioritäten in der Wissenschaftspolitik zu setzen.

Der dritte Punkt: Ich würde mich freuen, wenn in der Wissenschaftspolitik die Rektorenkonferenz und die Hochschulbeiräte eine größere Rolle spielen könnten. Viele gute Ratschläge von den Fachleuten werden zu wenig gehört. Hier trampelt die Politik etwas unsensibel auf den Vorschlägen herum. Ich sage: Lassen Sie uns das nutzen!

Und zum Schluss, da sich meine Redezeit allmählich dem Ende nähert, der vierte Punkt: Wer zu spät kommt, den bestraft, wie wir wissen ..., manchmal auch bestrafen ihn die Studenten und die Nichtbeachtung. Wir müssen weg vom Zustand der Unentschiedenheit und der Abwarterei in der Wissenschaftspolitik. Es sind kühne Entscheidungen gefordert. Wenn die Wissenschaftsgesellschaft von mehreren Rednern angesprochen wird, muss man die Entscheidungen dafür treffen, und die sind schwer zu treffen, eben weil man nicht alles gleichermaßen fördern kann. Wir müssen den Mut haben, uns darauf zu konzentrieren und auch die Prioritäten differenzierter zu sehen. Es geht nicht um die Wissenschaft, sondern es geht um ganz bestimmte Fachgebiete. Es geht um sehr spezifische Ausbildungen in den verschiedenen Bereichen, und da ist Qualität gefragt.

Zum Abschluss, Herr Niekisch, möchte ich doch noch einiges sagen. Ihre Polemik gegen die PDS nehme ich Ihnen nicht übel. Wenn es Sie erleichtert, machen Sie weiter!

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Ich will nur sagen: Sie fordern öffentlich den doppelten Haushalt für die Wissenschaft. Das ist ja wunderbar! Aber Sie sind an der Regierung. Sie regieren wie die Geizkragen und nehmen den Wissenschaftlern das Nötige. Diese Diskrepanz müssen Sie auflösen, die PDS kann es im Moment nicht. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Prof. Bisky.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache zur Aktuellen Stunde angekommen. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 15. November 2000 zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Bergbehörden

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 3/1976
(Neudruck)

1. Lesung

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf in Drucksache 3/1976 - Neudruck - an den Ausschuss für Wirtschaft zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3 und unterbreche die Sitzung. Sie wird um 13 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.19 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.00 Uhr)

Präsident Dr. Knoblich:

Ich eröffne den Nachmittagsteil der 26. Sitzung und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Bericht über die Wirksamkeit des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/740

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Frauen

Drucksache 3/1944

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS, Frau Abgeordnete Birkholz, Sie haben das Wort.

Frau Birkholz (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor gut einem halben Jahr hat meine Fraktion einen Antrag eingebracht, der darauf abzielte, das Rettungsdienstgesetz einer kritischen Prüfung im Hinblick auf Kosten und Kompetenzen zu unterziehen. Dies geschah vor dem Hintergrund eines überdurchschnittlichen Kostenniveaus in Brandenburg im Vergleich zu anderen Ländern. Mit diesem Problem plagen wir uns nun schon einige Jahre.

Eine Novellierung des Gesetzes aus dem Jahre 1999 wurde nicht nur von meiner Fraktion, sondern seinerzeit auch von der CDU-Fraktion sowie insbesondere von den Krankenkassen, die den Rettungsdienst bezahlen, als unzureichend bewertet. Ich möchte die Argumente dazu nicht wiederholen; Sie können diese im Protokoll nachlesen.

Wesentliches Ergebnis der Gesetzesänderung war die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung für den Rettungsdienst. Die Erarbeitung dieser Kosten- und Leistungsrechnung wurde in die Hände der Kreise als Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes und der Krankenkassen als Kostenträger gelegt. Das zuständige Gesundheitsministerium hat sich noch eine Hintertür offen gelassen, das heißt die Möglichkeit, die Kosten- und Leistungsrechnung selbst auf dem Wege einer Rechtsverordnung einzuführen.

Die Verhandlungen zwischen den Kreisen und den Krankenkassen sind, gelinde gesagt, sehr schleppend verlaufen. Erst vor einigen Wochen wurde die entsprechende Vereinbarung unterschrieben. Die Frage, die letztlich auch mit dem von uns geforderten Bericht beantwortet werden muss, ist: Reicht diese Vereinbarung aus, um die Kostenentwicklung zu stoppen und umzukehren?

Es geht nicht darum - das möchte ich noch einmal ganz deutlich betonen -, hier um jeden Preis etwas einzusparen, womöglich sogar auf Kosten der Qualität, also zum Beispiel der Hilfsfristen oder des Fachpersonals. Es geht darum, klar auseinander zu halten: Was sind die Kosten des Rettungsdienstes, die von den Krankenkassen zu bezahlen sind, und was sind andere Kosten, die dabei möglicherweise mit untergeschoben werden?

Letztlich - und das macht die politische Bedeutung des Themas aus - geht es um die Frage: Wie erreichen wir den für das gesamte Gesundheitswesen notwendigen Mitteltransfer von West nach Ost, wenn im Osten die gleiche Leistung bei gleicher Qualität um 25 % teurer als im Westen ist?

Meine Damen und Herren! Der Fachausschuss hat sich darauf verständigt, jetzt die ersten Erfahrungen mit der vereinbarten Kosten- und Leistungsrechnung abzuwarten. Die Beschlussempfehlung fordert die Landesregierung zu einem Bericht für Dezember nächsten Jahres auf. Im April 2001 soll dem Fachausschuss ein Zwischenbericht gegeben werden. Wir haben diesen Kompromiss mitgetragen.

Ich denke aber auch, wir dürfen das Thema Rettungsdienst jetzt nicht einfach wieder in der Schublade verschwinden lassen. Weitere Reformen sollten auch unabhängig von den Ergebnissen dieser Berichte vorbereitet werden. So hat zum Beispiel die langjährige Diskussion gezeigt, dass auch die Zahl und die Struktur der Leitstellen gründlich zu analysieren sind.

Wir haben mit dem Antrag auch die Frage des Wasserrettungsdienstes aufgeworfen. Hier sind wir zumindest mit den Verbänden, die diese wichtige Aufgabe wahrnehmen, in einem intensiven Dialog. Ich hoffe, dass wir wenigstens vor der nächsten Badesaison zu einer finanziellen Unterstützung kommen, mit der die Motivation der Mitarbeiter, die ehrenamtlich arbeiten, erhalten wird. Es kann einfach nicht sein, dass sie auch noch ihre Ausrüstung, die Betriebskosten, die Wartung der Boote usw. selbst bezahlen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, dieser veränderten Beschlussempfehlung zuzustimmen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Dr. Kallenbach. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Dr. Kallenbach (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein kosteneffizient und kostentransparent arbeitender Rettungsdienst bei gleichzeitiger Haltung der Qualitätsstandards liegt in unser aller Interesse. Besonders vor dem Hintergrund des von uns gewollten bundesweiten Risikostrukturausgleichs darf Brandenburg als neues Bundesland nicht in seinem Bestreben nachlassen, auf eine verantwortbare Kostenentwicklung im Gesundheitswesen hinzuwirken. Dazu gehört auch, die Ausgaben für den Rettungsdienst in den Griff zu bekommen, die im Vergleich zu den alten Bundesländern immer noch - wie eben schon erwähnt - um 25 % höher liegen.

Das Erste Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes, das der Landtag vor gut einem Jahr verabschiedet hatte, führte eine Kosten- und Leistungsrechnung ein, auf deren Grundlage die kreisfreien Städte und Landkreise mit den Kassen Einvernehmen über die Benutzungsentgelte erzielen sollten.

Zu dieser Regelung war unter anderem den beteiligten Parteien einerseits eine Gesprächsbasis zu geben und ihnen andererseits ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Verhandlungsfreiheit einzuräumen. Die zurückliegenden Wochen und Monate haben aber gezeigt, dass Leistungserbringer und Kostenträger nur unter tatkräftiger Mitwirkung und Moderation des MASGF zu einer Vereinbarung über eine Kosten- und Leistungsrechnung zu kommen scheinen.

Deshalb hat der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen einstimmig unter Zustimmung des begleitenden Innenausschusses beschlossen, sich durch die Landesregierung bis zum 31. Dezember 2001 umfassend über die Wirksamkeit des Rettungsdienstgesetzes berichten zu lassen.

Ein Bericht zum 31. Mai dieses Jahres, wie ursprünglich von der PDS-Fraktion gefordert, wäre mitten in die Gespräche gepplatzt und hätte die Moderationsposition des MASGF nicht gerade gestärkt. Auch aus diesem Grunde erfolgte die Anhörung der Beteiligten im Ausschuss erst im September, um die Verhandlung nicht unnötig zu belasten.

Darüber hinaus ist es Bestandteil der Beschlussempfehlung, bis zum 30. April nächsten Jahres einen Zwischenbericht zu erhalten, der hoffentlich schon positive Tendenzen bei der Kostenentwicklung im Rettungsdienst erkennen lässt. In dieser Richtung besteht jedoch Zuversicht, da die Verhandlungen zwischen den Kassen und den Trägern kurz vor einem positiven Abschluss stehen.

Die Fraktion der SPD empfiehlt, diesen Beschlussvorschlag anzunehmen. Ich darf noch darauf hinweisen - was Frau Kollegin Birkholz schon erwähnt hat -, dass es natürlich noch Probleme beim Wasserrettungsdienst gibt, die uns allen bekannt sind. Dies ist aber im Moment nicht mit dem Generalthema der Kosten- und Leistungsentwicklung in Verbindung zu bringen; denn

es besteht ausreichend Klärungsdruck. - Vielen Dank, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Die DVU hat Redeverzicht signalisiert. Damit sind wir bei der CDU-Fraktion. Bitte, Herr Dr. Wagner!

Dr. Wagner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für einen dritten Redner zu dieser Thematik sicher etwas schwer, noch einen neuen Touch hineinzubringen. Frau Birkholz, eine ganz klare Aussage: Ihr Antrag war zu diesem Zeitpunkt notwendig und sinnvoll. Er ist auch so im Ausschuss behandelt worden. Ich glaube, sie hatten keinen anderen Eindruck.

Über die Zeitschiene hätte man sich streiten können. Wir sollten es nicht tun. Sie war sicherlich auch notwendig, um in Zukunft zu validem Datenmaterial bezüglich einer einheitlichen Kosten- und Leistungsrechnung zu kommen, sodass wir vonseiten der CDU-Fraktion zu den genannten Terminen - Berichterstattung am 28.12.2001 - stehen und der Zwischenberichterstattung im April natürlich mit sehr großer Erwartung entgegensehen.

Ich will trotzdem an dieser Stelle noch einmal - ich habe es immer wieder getan - Klartext reden. Beide Redner haben das auch getan. Das Rettungsdienstgesetz ist mit gewissen Geburtsfehlern - der damaligen Wahlsituation geschuldet - zur Welt gekommen. Wir dürfen also unser Nachdenken an dieser Stelle nicht einstellen. Wir werden uns darauf vorbereiten müssen, dass wir auf der Basis der gewonnenen Daten noch einmal neu nachdenken müssen. Diesem Ziel dient die Erfassung der Daten.

Ich bin der Auffassung, dass dieses jetzige Vorgehen auch ein kleiner Schritt - das ist eine sehr persönlich gefärbte Meinung, das gebe ich zu - zu der Erkenntnis sein könnte, dass Leistungen im Gesundheitswesen - dazu zähle ich den Rettungsdienst nun einmal - schon lange nicht mehr kostendeckend bezahlt werden. Krankenhäuser und ambulante Einrichtungen können davon ein Lied singen.

Die Misere, dass sich die Politik - diese Kritik sei an dieser Stelle einmal eingefügt, weil es über alle Parteien geht - an den Beiträgen der Krankenversicherungen seit eh und je schamlos bedient, ist nun einmal in Deutschland vorhanden. Wenn das eintritt, was im Deutschen Bundestag geplant ist, dass wieder 250 Millionen DM der Krankenversicherten in die Erwerbsunfähigkeitsrente umgeleitet werden, dann wäre das nur ein Beispiel dafür.

Ich lasse aber auch keinen Zweifel daran aufkommen, dass es darum geht, in Brandenburg eine qualitativ hoch stehende Versorgung im Rettungsdienst zu garantieren. Es geht aber auch, meine Damen und Herren - lassen Sie es uns ganz ungeschminkt sagen -, darum, den Selbstbedienungsladen Krankenversicherung ein für allemal zu schließen, und das für alle. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Damit sind wir bei der Landesregierung. Herr Minister, bitte!

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer eine schwierige Situation, zwischen Krankenkassen und kommunalen Spitzenverbänden zu vermitteln. Doch wir sind richtig dicht dran geblieben: denn Kostentransparenz und Vergleichsmöglichkeiten sind unerlässlich, um den Rettungsdienst auf der Basis einer Kosten-Leistungs-Rechnung wirtschaftlicher zu machen. Deshalb müssen sich beide Seiten auf das entsprechende Vorgehen verständigen. Wer die Anhörung dazu im Ausschuss für ASGF verfolgt hat, weiß, wie weit die Auffassungen beider Parteien über das Erste Änderungsgesetz zum Rettungsdienstgesetz auseinander gehen.

Mein Haus hat sich als geduldiger und gutwilliger Moderator erwiesen. Erstmals nach Jahren ist es gelungen, zu dieser schwierigen Materie ein konkretes Ergebnis auf den Tisch zu packen.

Neben einem detaillierten Verfahren zur Kosten-Leistungs-Rechnung, das den Kassen Einblick und Vergleichsmöglichkeit in Leistungen und Kostenstrukturen gibt, beinhaltet es die dazu gehörige Vereinbarung zwischen den Parteien. Die kommunale Seite hat dieser Vereinbarung schon ihre Zustimmung gegeben. Auch der Verband der Angestelltenkrankenkassen VdAK und die AOK sind bereits im Boot. Andere wie die IKK und die BKK, die Knappschaften beenden dieser Tage ihr Unterschriftenverfahren. Ich bin nach Lage der Dinge optimistisch, dass wir demnächst mit der Unterzeichnung rechnen können. Ein aussagefähiger Bericht, meine Damen und Herren, ist nach praktischen Erfahrungen mit der Kosten- und Leistungsrechnung möglich. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung, die die Drucksachenummer 3/1944 trägt, seine Zustimmung gibt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Berlin-Brandenburg

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 3/1974

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Wirtschaftsminister, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einen Bericht zur Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Berlin-Brandenburg wäre natürlich nur dann ein wirklich interessanter Bericht, wenn man gleichzeitig den Bericht von Berlin zur gleichen Überschrift auf dem Tisch hätte. Aber so weit sind wir leider noch nicht. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

(Zuruf von der PDS: Gemeinsam!)

- Wenn wir ein gemeinsames Parlament hätten, könnten wir auch einen gemeinsamen Bericht vorlegen. Aber so weit sind wir halt noch nicht.

Aus der Sicht der Landesregierung und insbesondere aus der Sicht des Wirtschaftsministers ist zunächst einmal festzuhalten, dass es nur einen gemeinsamen Wirtschaftsstandort gibt - und der heißt Brandenburg-Berlin. Unternehmer unterscheiden nicht mehr. Insbesondere Investoren von außen unterscheiden nicht mehr, wenn sie sich überlegen, ob sie sich in dieser Region niederlassen, sondern sie nehmen die Vorteile beider Seiten und versuchen, daraus für sich eine gute Perspektive abzuleiten.

Es kann überhaupt kein Zweifel sein, dass Berlin ein Standortvorteil für Brandenburg und Brandenburg ein Standortvorteil für Berlin ist. Nur aus dieser gemeinsamen Perspektive macht es Sinn.

Erst das Zusammenwirken der Metropole mit dem Flächenland Brandenburg ist für Investoren so interessant, dass sie sich überlegen: Warum sollte ich mich hier niederlassen? Es gibt dafür gute Gründe. Es gibt zum einen geostrategische Gründe. Diese Region liegt nach der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft im Herzen Europas und sie hat alle Chancen, zu einer Zentralregion, zu einer Schlüsselregion zu werden. Das gilt insbesondere deswegen, weil wir im internationalen Wettbewerb immer weniger von einem Wettbewerb der Nationen ausgehen können. Wir müssen immer mehr von einem Wettbewerb der Regionen ausgehen. Und diese Regionen sind unterschiedlich definiert. Sie sind manchmal durch Staatsgrenzen definiert, sie sind manchmal auch durch wirtschaftliche Zusammenhänge definiert.

Die Hauptstadtregion Brandenburg-Berlin ist eine solche Wirtschaftsregion, die im Wettbewerb mit anderen nationalen und internationalen Regionen steht.

Neben der geostrategischen Lage ist zum anderen ein besonderer Vorteil - wir haben heute Morgen in anderem Zusammenhang darüber gesprochen - die große Dichte von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Ein weiterer Vorteil ist das **noch** gute Angebot an Fachkräften, aber es wird geringer. Dieses gute Angebot an Fachkräften können wir in Zukunft durch die Chance auf Fachleute aus den mittel- und osteuropäischen Staaten erheblich erweitern. Das ist ein weiteres großes Plus.

Ein weiterer Vorteil ist, dass wir an der Grenzlinie zu einem großen Markt liegen, dass wir also eine Brückenfunktion haben in dieser Region, die wir, wenn wir sie offensiv wahrnehmen,

zum Nutzen der brandenburgischen Wirtschaft genauso wie zum Nutzen der Berliner Wirtschaft ausüben können.

Neben der aus meiner Sicht sehr guten Ergänzung der Standortprofile von Brandenburg und Berlin gibt es auch im Bereich der Inhalte einige sehr gute Vorteile, die wir zu bieten haben.

Einmal: Diese Region ist stark in den so genannten neuen Technologien, sie ist stark im Bereich Biotechnologie, sie ist stark im Bereich Verkehrstechnologie, sie ist stark im Bereich der Luft- und Raumfahrt, sie ist stark im Bereich der Medizintechnologie und sie ist stark im Bereich der Umwelttechnologie.

Dies sind Nischenvorteile im internationalen Wettbewerb, die wir nutzen müssen. Wir müssen aufpassen, dass wir uns diese Nischenvorteile nicht durch einen falsch verstandenen internen Wettbewerb zerstören. Mit anderen Worten gesagt: Die Vorteile, die wir objektiv haben, die inhaltlichen Schwerpunkte, die wir setzen können, dürfen wir uns nicht durch ein falsches, kleinkariertes Verhalten untereinander zunichte machen. Diese Gefahr besteht, und deswegen muss man sie auch offen ansprechen. Es müssen auch Vorurteile überwunden und Vertrauen geschaffen werden, denn wir werden nur dann ein gemeinsames Land sein können, wenn wir den Menschen bewiesen haben, dass es ein Vorteil ist, in einem gemeinsamen Land zu leben. Diese Vorteile können wir am besten durch gute Beispiele und in besonderer Weise durch Beispiele im Wirtschaftsbereich unterstreichen.

Einen solchen ersten Akzent haben wir im Bereich Medienpolitik gesetzt. Mit der Bestellung des gemeinsamen Medienbeauftragten haben wir ein Zeichen gesetzt, wohin die Reise gehen kann. Jetzt gilt es, diesem Medienbeauftragten, der von der Person her kompetent ist und inzwischen auch ein leistungsfähiges Büro hat, auch die notwendigen Handlungsspielräume zu geben, damit er seine Aufgabe richtig erfüllen kann.

Wir haben gute Chancen beim gemeinsamen Auftreten auf Messen, Ausstellungen und überall dort, wo wir uns im internationalen Wettbewerb positionieren können. Wir haben das bereits getan, müssen es aber noch mehr tun als bisher. Wir werden uns zum Beispiel an einem Leitbild „Verkehrssystem- und Verkehrstechnologie-Vision Berlin-Brandenburg 2020“ messen lassen müssen, wie weit wir uns bei diesem Thema im internationalen Wettbewerb positionieren können.

Meine Damen und Herren, in der Politik ist es wie in der Elektrizität: Wo es Kontakte gibt, gibt es auch Spannungen. Das ist ein völlig normaler Sachverhalt und daran sollten wir uns auch gewöhnen. In einer solchen Gemeinschaft ist es, wenn man zusammenarbeiten soll, wie in einer guten Familie.

Ich möchte in Ergänzung zu dem Bericht, in dem Sie nachlesen können, welche einzelnen Maßnahmen geschehen und geschehen werden, noch einmal ausdrücklich sagen: Ein noch so ausgefeiltes vertragliches Miteinander ist keine echte Alternative zu einem gemeinsamen Land. Deshalb ist das, was wir tun, ein Hinarbeiten auf ein gemeinsames Land Brandenburg-Berlin. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür sind gut; die Strukturen sind so, dass wir daraus etwas machen können. Wenn Sie das Bruttoinlandsprodukt 1999 betrachten, wären wir, wenn wir gemeinsam auftreten würden, auf Platz sechs aller Bundesländer und bei den Einwohnern sogar auf Platz fünf.

Auch bei den Forschungseinrichtungen sowie bei den Technologieeinrichtungen wären wir ganz vorne. Es gibt sehr gute Daten, die uns vorsichtig optimistisch in die Zukunft schauen lassen.

Ich denke, es ist noch einmal wichtig zu sagen: Die Heirat kann erst dann erfolgen, wenn wir bereits ohne Trauschein in einer Ehe auf Probe vernünftig miteinander gelebt haben. In manchen Bereichen ist das nicht mehr so weit von der Wirklichkeit entfernt. Dennoch meine ich, dass am Ende nur eine Trauung, ein eheliches Versprechen vor dem Traualtar die richtige Lösung sein kann. Alles andere ist eben nur auf Probe und kann leicht wieder aufgelöst werden.

Aus meiner Sicht als Wirtschaftsminister verhält es sich so, dass wir in vielen Projekten intensiv miteinander arbeiten. Ich habe in meinem Hause eine eigene Organisationseinheit „Fusion Berlin-Brandenburg“ geschaffen und die Mitarbeiter gebeten, sich gezielt ausschließlich um diesen Bereich zu kümmern, weil ich denke, wir müssen üben, wie es ist, wenn wir zusammengehören. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die PDS-Fraktion. Herr Abgeordneter Christoffers, bitte sehr!

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, die Region Berlin-Brandenburg ist aus wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine Region. Auch Ihrer Aussage, wo Kontakte seien, da seien auch Spannungen, stimme ich zu, nur manchmal habe ich den Eindruck, dass es förmlich Stromschläge sind, die auf uns niederkommen - zumindest was den Umfang von möglichen Spannungen betrifft.

(Beifall bei der PDS)

Ich begrüße zunächst einmal, dass die Landesregierung einen Bericht zur Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes vorgelegt hat. Als positiv möchte ich hervorheben, dass im Bericht neben so genannten harten Wirtschaftsfaktoren auch so genannte weiche Standortfaktoren wie Bildung, Kunst und Kultur, Justiz- und Gesundheitswesen zumindest mit genannt werden. Ich hätte mir eher eine detaillierte Auflistung von Positivem und auch von Problemfällen gewünscht - unter anderem auch im Bereich Gesundheitswesen, der nicht unproblematisch ist. Ein damit deutlich werdender Ansatz, die Entwicklung der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg nicht nur auf unmittelbare Wirtschaftspolitik zu reduzieren, auch nicht durch den Wirtschaftsminister selbst, halte ich für richtig. Der Inhalt dieses Berichts wirft meiner Meinung nach allerdings mehr Fragen auf, als er beantwortet. Er macht deutlich, dass seit dem Scheitern der Volksabstimmung zum Neugliederungsstaatsvertrag nicht nur Defizite in der Abstimmung beider Länder zugelassen sind, sondern Entwicklungschancen auch nicht umgesetzt wurden.

Ich möchte auf einige aktuelle Konfliktfelder hinweisen. Erstens: Ein gemeinsames Agieren beider Bundesländer in Brüssel ist bisher nicht realisiert. Zweitens: Eine mit Berlin abgestimm-

te Entwicklung der Hochschul- und Wissenschaftslandschaft ist bisher nicht umfassend erarbeitet worden - darüber wurde bereits heute Morgen gesprochen. Drittens: Die Position des Landes Berlin zum Offenhalten von Flughäfen in Berlin konterkariert Schwerpunkte der Entwicklung in der Region. Viertens: Konfliktpotenziale in der Flächennutzung, die sich aus dem Eigentum der Berliner Stadtgüter ergeben, konnten bisher nicht vollständig ausgeräumt werden. Fünftens: Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Unterstützung gemeinsamer Ansätze - diese gemeinsamen Ansätze bewerte ich als positiv - zum Beispiel im Medienbereich entspricht nicht dem tatsächlichen Bedarf und wird auch nicht dadurch aufgehoben, dass jetzt ein gemeinsamer Medienbeauftragter eingesetzt worden ist. Sechstens: Trotz der gemeinsamen Landesplanung ist ein Interessenausgleich zwischen berlinnahen und berlinfernen Räumen unter Einschluss des Territoriums Berlin nicht gegeben. Die Interessen der einzelnen Regionen laufen weiter auseinander.

Meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion hat 1996 im Zusammenhang mit der Diskussion über den Neugliederungsstaatsvertrag 14 Handlungsfelder im unmittelbaren Bereich der Wirtschaftspolitik identifiziert, die über eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg gelöst werden müssen, um Vor- und Nachteile eines gemeinsamen Bundeslandes erleb- und erfahrbar werden zu lassen. Darunter waren Vorschläge wie die Bildung einer gemeinsamen Landesentwicklungsgesellschaft sowie einer gemeinsamen Wirtschaftsfördergesellschaft, die Bildung einer gemeinsamen Technologiefördergesellschaft, die Institutionalisierung einer gemeinsamen Medieninitiative, der gemeinsame Einsatz von Risikokapital, aber auch die Abstimmung der Förderprogramme in den Bereichen Investitionsförderung, Existenzsicherung, Beteiligungsfonds und Tourismus. Weiterhin waren darunter Vorschläge wie eine Abstimmung ordnungspolitischer Vorhaben einschließlich der Zusammenführung von Institutionen, unter anderem auch des Bereichs des Bergamtes. Außerdem ging es um eine gemeinsame Standortpolitik bei wichtigen öffentlichen Strukturvorhaben. Das war der Maßstab, an dem wir die Fortschritte der Zusammenarbeit messen, der 1996 aus unserer Sicht durch diese Ansprüche definiert worden ist.

Die im Bericht dazu enthaltenen Angaben machen deutlich, dass wir noch weit von der aus meiner Sicht normalen Form der Zusammenarbeit entfernt sind. Genau dieser Anspruch an die Nutzung von Chancen der Region und an die Minimierung von Risiken wird durch meine Fraktion in den Haushaltsberatungen durch Anträge deutlich gemacht. Nicht die Opposition konterkariert eine enge Zusammenarbeit, sondern der bisher gewählte Rahmen seitens der Landesregierung und der Senatsverwaltung von Berlin.

Meine Damen und Herren, im letzten Teil des Berichts wird darauf verwiesen, dass es eine große Herausforderung ist, die Bevölkerung für einen erneuten Anlauf zur Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes zu begeistern. In diesem Zusammenhang spielt laut Bericht eine erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. Ich kann diese Sätze nur unterstreichen. Man kann Sie nur auffordern, von der Diskussion über Jahreszahlen endlich zu einer umfassend praktizierten Zusammenarbeit überzugehen und die Einbeziehung von breiten gesellschaftlichen Interessengruppen zu realisieren.

(Beifall bei der PDS)

In diesem Zusammenhang möchte ich bereits an dieser Stelle auf den Antrag der PDS-Fraktion zur Bildung einer Enquete-Kommission verweisen, der dafür eine Möglichkeit bietet.

Lassen Sie mich zum Abschluss aus dem Positionspapier von Mitgliedern der PDS-Fraktion von 1996 zitieren:

„Daher sind wir der Auffassung, dass ein Neugliederungsstaatsvertrag nur den Abschluss eines tatsächlichen Zusammenwachsens beider Länder bilden kann. Diese längerfristige, engere Zusammenarbeit ist politisch sicher unspektakulärer als eine Fusion, birgt in sich aber die Möglichkeit, Perspektiven für die Region zu erschließen.“

Dabei würden Erfahrungen erleb- und nachvollziehbar werden und es würde vielleicht eine breite Zustimmung für eine Fusion von unten wachsen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Heiko Müller. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt vermutlich kaum einen Punkt, an dem wir uns so einig sind wie bei der Frage, wie die Wirtschaftsregion, die sich um uns herum befindet, denn eigentlich heißen soll bzw. was dies denn eigentlich ist. Wir sind uns alle einig: Wir haben einen Wirtschaftsraum, eine Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg, die wir auch gemeinsam vermarkten müssen. Das ist, glaube ich, überhaupt kein Konfliktpunkt. Es wird auch im Bericht der Landesregierung deutlich, wie weit das schon Realität geworden ist.

Ich will auf einige Punkte hinweisen, die vielleicht immer wieder einmal in Vergessenheit geraten, die aber wichtig sind, die deutlich machen, wo die Zusammenarbeit tatsächlich funktioniert. Unter anderem ist hier zu erwähnen die gemeinsame Bewerbung bei Bundeswettbewerben, beispielsweise Bio-Regio, gemeinsames Büro BioTOP und ähnliche Dinge. Zu erwähnen ist die Absprache bei der Akquisition bzw. geplanten Umsiedlung von Unternehmen, insbesondere dann, wenn es darum geht, ob ein Unternehmen in Berlin weiter existieren kann wie bisher oder vielleicht aus bestimmten objektiven Gründen sinnvollerweise in Brandenburg angesiedelt wird. Diesbezüglich gibt es unterdessen vernünftige Absprachen. Die Situation, die wir vor einigen Jahren hatten, dass der eine dem anderen Unternehmen wegzerren wollte, gibt es, glaube ich, nicht mehr. Das ist ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit.

Wichtig ist, dass unterdessen eine gemeinsame Landes- und Regionalplanung existiert und funktioniert, und zwar seit einigen Jahren in einer sehr ordentlichen Form. Das ist auch daran festzustellen, dass wir hier weniger häufig darüber diskutieren. Zu Anfang gab es in einigen Fällen tatsächlich Probleme bezüglich der Umsetzung. Es ist diesbezüglich zwischenzeitlich ruhiger geworden - ein deutliches Zeichen dafür, dass es gut funktioniert.

Wir haben noch einige Dinge auf den Weg zu bringen. Zum Beispiel muss noch die Überlegung zu Ende geführt werden, inwieweit Materialprüfungsämter, Eichverwaltungen, Bergbehörden und ähnliche Institutionen fusionieren können, um auch Synergieeffekte nutzen zu können, um auch die Belastungen, die sich in den Landeshaushalten widerspiegeln, zu minimieren.

Ein weiterer positiver Punkt ist eine unterdessen ordentliche Zusammenarbeit zwischen den Tourismusmarketinggesellschaften; denn dort wird immer deutlicher, dass in Brandenburg auch ganz wesentlich mit den Attraktionen in Berlin geworben wird und umgekehrt. Das funktioniert sehr ordentlich.

Es gibt auch Überlegungen - Herr Christoffers hat das eben deutlich gemacht -, bei denen man schon genauer überlegen muss, ob dies tatsächlich wie gewünscht funktioniert, zum Beispiel hinsichtlich der Frage einer gemeinsamen Wirtschaftsfördergesellschaft. Das ist vom Grundansatz her sicher eine Idee, über die man miteinander diskutieren kann. Nur, ob das in der Realität nicht eventuell bedeutet, dass die Spezifika von Brandenburg in einer gemeinsamen Wirtschaftsfördergesellschaft ein Stück weit verloren gehen, muss man im Blick behalten; denn zwischen den Regionen bestehen Unterschiede, die nicht wegdiskutiert werden können. Hierbei ist insbesondere unsere Verantwortung für die peripheren Räume zu nennen. Das ist in Berlin nicht Gesprächsgegenstand, ist nicht Berliner Thema. Unser Thema ist es sehr wohl. Wir haben das Leitbild der dezentralen Konzentration, welches hier durchgehalten werden muss. Im Übrigen freuen wir uns, dass die CDU das inzwischen auch so deutlich unterstützt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wiebke [SPD] sowie Beifall bei der PDS)

Damit ist, glaube ich, eine wichtige Entwicklung auf den Weg gebracht worden.

(Dr. Wiebke [SPD]: Jeder kann sich einmal irren!)

Wir haben natürlich auch andere Überlegungen angestellt. Die Kollegen des Wirtschaftsausschusses können sich vielleicht erinnern, dass wir in Berlin darüber diskutiert haben, wie Arbeitsteilung funktionieren könnte. Ich will hier auch deutlich machen, was in keinem Fall funktionieren wird - nämlich eine Überlegung, die ein Berliner Kollege anstellte -: Wir machen Arbeitsteilung; in Brandenburg wird die traditionelle Industrie angesiedelt - Schwerindustrie, Stahlindustrie usw. - und in Berlin werden die neuen Medien angesiedelt, weil Berlin der Dienstleistungsstandort ist. - Das wird nicht funktionieren, weil genau diese Arbeitsteilung dazu führen würde, dass wir tatsächlich das werden, was viel zu oft noch in den Köpfen von Berlinern existiert, nämlich: ein Anhängsel, das grüne Umland von Berlin. - Das darf nicht passieren.

Was kann in der Zusammenarbeit künftig besser klappen? Ein Punkt ist für mich ganz wichtig dabei, nämlich die Frage, wie wir im Ausland auftreten. An der Stelle haben wir Defizite ohne Ende. Herr Christoffers hat die Frage der Vertretung in Brüssel angesprochen. Das betrifft aber auch andere Bereiche, zum Beispiel die Wirtschaftsvertretungen. Wir haben letztes gehört: Dubai wird jetzt ein solches Büro einrichten. Meine Frage ist: Inwieweit ist das ein Berlin-Brandenburger Büro?

Der zweite Punkt, der mir dabei auffällt: Ich war vor einiger Zeit in den USA. Dort ist Deutschland bekannt, ist Berlin bekannt. Brandenburg ist aber vielfach überhaupt nicht bekannt. Reicht die Vertretung, die wir dort haben? Ich behaupte, nein. Wir müssen dort mehr machen. Gerade in solchen Wirtschaftsräumen liegt ein größeres Potenzial, als wir es bisher erschließen. Insofern bleibt die Aufgabe bestehen, in dieser Gemeinsamkeit eine ganze Reihe von Dingen auf den Weg zu bringen.

Der Bericht macht deutlich, dass wir die Probleme erkannt haben und auch auf dem Weg sind, sie zu lösen. Insofern ist dies unter dem Strich ein positiver Bericht. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Schuldt. Er spricht für die DVU-Fraktion.

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sieht man sich den vorliegenden Bericht der Landesregierung einmal näher an, so könnte man ihn - nicht im Gesamten, Herr Minister, aber stellenweise - für eine Realsatire halten.

Doch nun zu den Fakten: Der Bericht spricht von einer Zuwanderungstendenz insbesondere aus Berlin. Dies ist vordergründig richtig. Doch betrachtet man die harten Fakten genauer, so bemerkt man, dass bei einem absoluten Bevölkerungszuwachs von 11 000 Personen in Brandenburg zwar 131 000 Personen in den so genannten engeren Verflechtungsraum, also den Speckgürtel rund um Berlin, zogen, aber 120 000 Personen den so genannten äußeren Entwicklungsraum - also die ländlichen Gebiete Brandenburgs - verließen. Die Gesamtregion Berlin-Brandenburg wies übrigens einen Bevölkerungsverlust von über 35 000 Personen auf. Alle Kreise im „äußeren Entwicklungskreis“ büßten Einwohner ein, am meisten der Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit 1 524 Menschen. Gewinner der Wanderungsbewegung waren einzig und allein die Kreise Potsdam-Mittelmark, Oberhavel und Havelland mit zwischen 2,7 und 2,9 % Einwohnerzuwachs.

Was das Bruttoinlandsprodukt sowie die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, so lag das reale Wirtschaftswachstum im Land Brandenburg im ersten Halbjahr 2000 - Herr Minister, Sie wissen es - bei nur 0,6 % und damit auf dem letzten Platz aller Bundesländer.

Besonders zynisch wird der Bericht, wenn er zum Thema regionale Wirtschaftspolitik feststellt, dass sich einerseits Produktivität und Einkommen möglichst rasch an die Altbundesländer annähern sollen, aber andererseits ein unverkennbarer absoluter Unterschied zwischen dem Berliner Umland und den hauptstadtfernen Regionen besteht. Er belegt dies auch mit einer bis zu 10 % höheren Arbeitslosigkeit in Regionen wie der Prignitz, der Uckermark oder auch der Lausitz, einem wesentlich niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen sowie einer Überalterung der Bevölkerung.

Aber dass die Mitarbeiter Ihres Hauses, Herr Minister Fürniß, angesichts der Firmenpleiten der Märkischen Faser AG, der Märkischen Viskose GmbH nebst deren Verwaltungsgesellschaft mit fast 500 neuen Arbeitslosen ausgerechnet den Standort Premnitz unter die hochmodernen industriellen Standorte Brandenburgs einreihen konnten, ist für mich nur noch Situationskomik.

Und: Die Fördermittel werden eben nicht gleichmäßig auf die Brandenburger Regionen verteilt. Es findet eben keine - wie der Bericht fälschlich schreibt - Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in den strukturschwachen Regionen Brandenburgs statt - ganz im Gegenteil.

Zur Verkehrsplanung ist nur so viel zu sagen, dass trotz des Verkehrsverbundes die S-Bahn-Lückenschlüsse - zum Beispiel nach Stahnsdorf - zehn Jahre nach der Wende immer noch nicht verwirklicht wurden. Dass der geplante Großflughafen Berlin Brandenburg International Tausende von Arbeitsplätzen schaffen wird - sollte es der PDS-Fraktion nicht doch noch gelingen, ihn zu verhindern -

(Unruhe im Saal - Glocke des Präsidenten)

wird im Laufe der heutigen Plenarsitzung noch ausgiebig thematisiert werden.

Die gemeinsame Wissenschafts- und Technologiepolitik zwischen Berlin und Brandenburg begrüßen wir als Fraktion der Deutschen Volksumion selbstverständlich.

Die Einschätzung allerdings, dass bis zum Jahre 2010 im gemeinsamen Wirtschaftsraum in diesen Bereichen mehr als 10 000 Arbeitsplätze geschaffen werden können, halten wir für unreal.

Dass zum Schluss des vorliegenden Berichts das Resümee darin besteht, dass ein gemeinsames Bundesland Berlin-Brandenburg geschaffen werden muss, war dem aufmerksamen Leser des Berichtes von der ersten Seite an klar. Auch wir als Fraktion der Deutschen Volksumion befürworten die Fusion selbstverständlich. Doch wir warnen hier und heute wieder einmal davor, die berlinfernen Regionen Brandenburgs im Zuge einer sich anbahnenden Fusion noch mehr als bisher ethnographisch, ökonomisch und infrastrukturell ausbluten zu lassen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion, Herr Dr. Ehler, bitte!

Dr. Ehler (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Länder Berlin und Brandenburg werden von in- und ausländischen Investoren als eine Wirtschaftsregion wahrgenommen. Das haben wir oft gehört. Die staatlich getrennten Länder Berlin und Brandenburg können auch wirklich und konkret - das Beispiel ist jetzt wieder in den Zeitungen zu lesen - von ausländischen Investoren als nichts anderes wahrgenommen werden als eine Region. Manchmal schmiedet auch die Not Vernunft. Das ist das Thema Bombardier. Die Übernahme von ADTranz zeigt uns ganz konkret,

wie sich bei uns die Probleme stellen, wo die Chancen sind und wie es sich in der Wirklichkeit fügt.

Unsere beiden Länder kämpfen um den Erhalt der Konzernzentrale in Berlin und beide Länder müssen um die Schienenfahrzeugproduktion am Standort Hennigsdorf kämpfen. Fällt nur einer der beiden Standorte weg, wäre dies ein schwerer Schlag für die Schienenfahrzeug-Kompetenzregion Berlin-Brandenburg, denn die Kompetenz liegt in der Region. Sie ließe sich nur von Bürokraten an Ländergrenzen festmachen. Wir sind eine Schienenverkehrsregion, aber nicht als zwei einzelne Länder, sondern zusammen.

Zudem zeigt der Bericht der Landesregierung die enge Verflechtung bei den Lieferbeziehungen, bei den Arbeitsmärkten, bei der länderübergreifenden Verbändetätigkeit, sodass es weder eine Wirtschaftsregion Brandenburg noch eine Wirtschaftsregion Berlin gibt; beide Bundesländer bilden die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg.

An der Stelle möchte ich noch einmal auf die Gefahr solcher Berichte hinweisen. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass die Politik die Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg definiert; es sind die Unternehmen. Wir stellen bestenfalls die Rahmenbedingungen, und Politik sollte immer schauen, dass sie der Wirtschaft zumindest nicht schadet.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn Sie im Konkreten sehen, dass 50 % der Unternehmen in beiden Ländern auf die eine oder andere Weise eng mit dem jeweils anderen Land zusammenarbeiten, und wenn Sie die persönlichen Biografien in der Wirtschaft nehmen - nehmen Sie Prof. Gärtner, einen leitenden Entwicklungsingenieur aus dem ehemaligen LEW Hennigsdorf, heute Professor an der Technischen Universität in Berlin, Professor für Fahrzeugbau und einer der wichtigsten Krisenmanager bei ADTranz Fahrzeugbau -, so sehen Sie: Die Verknüpfung ist da, über die brauchen wir überhaupt nicht mehr zu diskutieren.

Wie die Landesregierung in ihrem Bericht richtig feststellt, ergänzen sich die Standortqualitäten der beiden Länder durch die enge Verflechtung. Allerdings: Die brandenburgische Landesregierung hat die Situation seit langem erkannt und sucht die Zusammenarbeit mit Berlin; in vielen Bereichen, denke ich, gibt es aber immer noch Nachholbedarf.

Wir sollten bei dem Thema BioTOP/Biotechnologie einfach nicht übersehen, dass wir nüchtern betrachten müssen, was die jeweiligen Forschungssubventionen in den Ländern für den Standortwettbewerb bedeuten. Wir müssen nüchtern konstatieren, dass auch hier noch mehr Zusammenarbeit notwendig ist.

Dennoch lässt sich sagen: Nimmt man beispielsweise die Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit der beiden Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, so sind wir in Brandenburg in nur zehn Jahren wesentlich weiter gekommen als andere Regionen mit ähnlichen Problemen.

Wichtig ist auch, dass nur, wenn beide Landesregierungen zusammenarbeiten, Wirtschaftspolitik in Brandenburg handhabbarer wird. Wirtschaftspolitik in Brandenburg wird umso besser funktionieren, je besser die Zusammenarbeit zwischen Berlin

und Brandenburg funktioniert. Insofern gibt es keine brandenburgische und keine Berliner Wirtschaftspolitik.

Die Landesregierung hat im Bericht festgestellt:

„Optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen mit einer international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur können erst in einem gemeinsamen Land mit einer politischen Führung und Verantwortung sowie mit einer einheitlichen und ausgeglichenen Steuerung der Politik für alle Teilräume des Landes gewährleistet werden.“

Ich denke, das ist richtig. Rechnen wir es doch einmal herunter auf die Problematik! Da gibt uns die Spieltheorie eine Grundlage. Übrigens ist ein Vertreter der heute hier so oft zitierten brandenburgischen Wirtschaftswissenschaft dort ein ganz bekannter Exponent. Wir befinden uns zwischen Berlin und Brandenburg, wie es in der „Neuen Politischen Ökonomie“ so schön heißt, im „klassischen Gefangenendilemma“. Das ist aus der Spieltheorie, aber ein vernünftiges Beispiel für die Situation. Da ist ganz deutlich, dass die Lösung dieses Gefangenendilemmas auf Interessenbündelung und Vertrauensbildung basiert.

Hoffen wir, dass wir auch in der politischen Realität schrittweise in die Richtung einer Fusion kommen, die sich nicht nur ökonomisch unabweisbar als sinnvoll darstellt, sondern auch für die Menschen in den beiden Ländern sinnvoll ist.

Mittel- und langfristig sollten alle demokratischen Kräfte, die die positive Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg wollen, für die Fusion zwischen Berlin und Brandenburg werben. - Schönen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Damit ist der Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

Einsetzung einer Enquetekommission des Landtages Brandenburg „Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg und Reform des Föderalismus“

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/1962

Bevor wir in die Aussprache eintreten, begrüße ich herzlich die Gäste von der WEQUA GmbH in Lauchhammer, die heute unserer Plenarsitzung beiwohnen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Nun geht das Wort an die Abgeordnete Frau Tack von der PDS-Fraktion.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich heute auf eine etwas unübliche Weise beginnen, nämlich mit einem Zitat. In einem kürzlich veröffentlichten Papier zur Weiterentwicklung und Stärkung des Föderalismus heißt es:

„Die Diskussionen und Beratungen zur Reform des Föderalismus dürfen nicht ausschließlich auf der Exekutiv-Ebene erfolgen. Vielmehr müssen gerade Landesparlamente der Ort sein, an dem die Debatte zur Föderalismusreform geführt wird, und diese somit zum Impulsgeber für eine breite öffentliche Diskussion werden.“

Meine Damen und Herren, dieser Passus ist nachzulesen in einem Beschluss, der im Mai dieses Jahres auch durch unseren Landtagspräsidenten unterstützt wurde, und zwar auf der Beratung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente in Heringsdorf.

Nun handelt bekanntlich der Landtagspräsident im Namen des Parlaments. Also geht die PDS-Fraktion davon aus, dass die im Beschluss formulierten Aufgabenstellungen zumindest die Mehrheit des Parlaments als die ihren annimmt. Für die PDS-Fraktion ist das so. Angesichts dessen stellt sich die Frage, wie wir uns bisher diesem Auftrag verpflichtet gefühlt haben.

Nimmt man sich den Fragenkatalog von dieser Beschlussfassung her, muss man bezogen auf Brandenburg ein differenziertes Bild zeichnen. Nach dem Heringsdorfer Beschluss sollte eine Föderalismusdebatte vor allem gerichtet sein zum einen auf die Stärkung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Länder und ihrer Parlamente, zum anderen auf die Verbesserung der Transparenz durch Entflechtung politischer Entscheidungen und auf die Reform des bundesstaatlichen Finanzgefüges.

Richtig beschäftigt haben wir uns bisher, meine Damen und Herren, wenn Sie sich erinnern, nur mit der Reform des bundesstaatlichen Finanzgefüges, sprich: mit dem Länderfinanzausgleich, und das auch nur in Ansätzen. Bei den anderen beiden Punkten waren wir sehr zurückhaltend. Zumindest ich kann mich an keine parlamentarische Debatte erinnern.

Wir finden, das ist nicht gut, nicht nur nicht für dieses Parlament und für Brandenburg, sondern auch für unseren Beitrag in der bundesweiten Debatte.

Meine Fraktion meint, dass Brandenburg, dass die Region Berlin-Brandenburg mit ihren spezifischen Erfahrungen - besonders in den vergangenen zehn Jahren - und mit Blick auf ihre Rolle im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union vieles beitragen kann zur bundesweiten Föderalismusdebatte. Es liegt nicht nur in der Verantwortung der Regierung, sondern, meine Damen und Herren, in erster Linie in unserer Verantwortung, in der Verantwortung des Parlamentes. Hier, Herr Präsident, schließen wir uns Ihrer und der Meinung Ihrer Kollegen ausdrücklich an. Deshalb haben wir diesen Ansatz in einen Vorschlag für eine mögliche Aufgabenstellung der Enquetekommission aufgenommen.

Mit einem Missverständnis, meine Damen und Herren, möchte ich grundsätzlich aufräumen. Das hat uns in der Debatte im

Vorfeld der Einbringung des Antrages zur Enquetekommission doch immer wieder beschäftigt. Die PDS-Fraktion beantragt heute nicht eine Enquetekommission zur Fusion Berlin-Brandenburg, also ausdrücklich keine Fusions-Enquete. Wir wollen eine Zukunfts-Enquete, die die Leitlinien für die Entwicklung Brandenburgs in der Region Berlin-Brandenburg bestimmt, ohne dabei zu vergessen, dass Brandenburg, dass die Region Berlin-Brandenburg sich in einem bundesstaatlichen Gefüge und einer auf stärkere Integration gerichteten Europäischen Union entwickelt.

Bereits im Mai 1996 - einige von Ihnen werden sich daran erinnern -, in unmittelbarer Ablehnung der Fusion Berlin-Brandenburg und auch noch einmal im September 1998 - insbesondere Herr Klein und Herr Homeyer werden sich daran erinnern - hatte die PDS-Fraktion die Einrichtung einer Enquetekommission des Landtages gefordert, die sich mit der Zukunft der Region befassen sollte - so, wie es das Berliner Abgeordnetenhaus bereits in der vergangenen Legislaturperiode gemacht hat und auch zu einem sehr bemerkenswerten, nachlesbarem Ergebnis gekommen ist. Auch das Abgeordnetenhaus hat in dieser Legislaturperiode wieder eine Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ gegründet und möglicherweise in Anlehnung dessen, was Minister Fünß gerade deutlich gemacht hat, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit unterstrichen. Das ist doch eine gute Vorbildrolle von Berlin, die uns zeigt, dass es möglich ist, eine Enquetekommission zu Zukunftsfragen der Region arbeiten zu lassen.

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Frau Tack (PDS):

Aber ja, gern.

Dr. Niekisch (CDU):

Frau Kollegin Tack, ich habe eine Frage. Könnten Sie mit Ihrer Fraktion nicht ein Stück über Ihren Schatten springen und bezüglich Berlin-Brandenburg nicht immer das „Ob“ problematisieren? Ich bin ja nicht prinzipiell gegen eine Enquetekommission, aber ginge es nicht, dass Sie sagen, wir wollen die Fusion Berlin-Brandenburg und auch einen Termin und dann lasst uns in der Enquetekommission beraten, wie wir das machen?

(Beifall bei der CDU)

Aber dieses Immer-wieder-infrage-Stellen! - Könnten Sie da nicht ein Stück über Ihren Schatten springen? Ich garantiere Ihnen, wir nähern uns dann auch der Enquetekommission an.

Frau Tack (PDS):

Herr Dr. Niekisch, zum einen, würde ich Sie einfach bitten: Hören Sie doch meinen Ausführungen bis zu Ende zu und auch noch Herrn Vietzes Ausführungen, der dann folgen wird!

(Unruhe bei der SPD)

- Ja, ja, ja, Toleranz ist gefragt, meine Herren. Zum anderen, Herr Dr. Niekisch, über den Schatten springen ist eine beidseiti-

ge Aufgabenstellung. Wenn wir heute beantragen, eine Enquetekommission zur Zukunft der Region Berlin-Brandenburg einzusetzen, wäre die gleichgelagerte Frage an Sie zu stellen: Warum immer die ausdrückliche Reduktion auf eine Fusion? Der Minister hat davon gesprochen: Es gibt gute Anzeichen, aber es gibt eine Menge Probleme, die leider in dem Bericht, der vorhin besprochen worden ist, keinen Niederschlag gefunden haben. Deshalb bitte ich Sie: Hören Sie noch einen Augenblick geduldig zu! Ich wäre Ihnen sehr dankbar.

Ich will daran erinnern, dass beide Male die Mehrheiten im Landtag, sowohl die SPD als auch die CDU, damals schon gemeinsam nicht in der Lage waren, uns in dem Beschlussantrag zu folgen. Es gab damals im Wesentlichen einen ablehnenden Grund, der darin bestand, dass die Legislaturperiode in einem Jahr zu Ende gehen würde, weshalb wir nicht noch eine Enquetekommission einsetzen sollten. Herr Homeyer hatte damals zum Ausdruck gebracht, es gebe eine große Chance in der nächsten Legislaturperiode. Die möchte ich heute aufgreifen, um bei ihm um Mehrheiten zu werben.

Bereits im September 1998 habe ich, gestützt auf viele zustimmende Stellungnahmen aus wissenschaftlichen Einrichtungen und nicht zuletzt des Vorsitzenden der Berliner Enquetekommission, hier festgestellt - und das will ich hier heute auch noch einmal tun -: Die Umsetzung der auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und auch von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Dokumente ist ein Prozess, der alle Ebenen staatlichen Handelns berühren muss. Politik und Verwaltung müssen sich auch in Brandenburg den Forderungen der Agenda 21 an alle Entscheidungsträger stellen. Ressortbezogenes sowie „sachzwangfixiertes Denken“ ist aufzugeben. Planungen in sämtlichen Bereichen müssen den Kriterien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit standhalten. Neue Leitbilder, wie die Orientierung auf Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Zukunftsfähigkeit, sind mit konkreten Ansätzen für deren praktische Umsetzung in der gesamten Region zu verknüpfen.

Und nun, Herr Dr. Niekisch, hören Sie zu, ob und wie eine Fusion der Länder dazu beitragen kann. Dafür ist die PDS offen: das haben wir immer gesagt. Wir verschließen uns dieser Debatte nicht. Darin einbezogen ist die Zukunftsdebatte um die Region und um die Stärkung des Föderalismus. An dieser Stelle möchte ich die Kollegen der SPD auch daran erinnern, dass ihr Landesvorsitzender Matthias Platzeck einen Vorschlag unterbreitet hatte, der sehr wohl in die Föderalismusdebatte hineinpasst, nämlich den Vorschlag, einen Nordstaat zu gründen. Auch dies wäre es wert zu überlegen und in die Analyse zu geben.

Unser heutiger Antrag ist der erneute Versuch - und an dieser Stelle sage ich noch einmal, es ist bereits der dritte Versuch -, die in anderen Bundesländern, darunter auch in Berlin, seit Jahren laufenden Diskussionsprozesse um die Kriterien und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung der Region endlich auch im Landtag Brandenburg zu beginnen.

Nach Auffassung meiner Fraktion wäre eine Enquetekommission „Nachhaltige Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg und Reform des Föderalismus“ eine durchaus geeignete Form, um über die Zukunft des Landes und der Region zu reden. Da diese Zukunft nicht ohne - ich hatte das vorhin bereits gesagt -

die europa- und bundespolitischen Rahmensetzungen denkbar ist, müssen wir die Zukunftsdiskussion eben mit einer Diskussion über die Reform des Föderalismus beginnen.

Enquetekommissionen - das hat bereits der im Januar 1991 von diesem Landtag eingesetzte Verfassungsausschuss anschaulich bewiesen - sind keine Schwatzbuden, was dem einen oder anderen immer so salopp im Zusammenhang mit Enquetekommissionen über die Lippen geht, und sind auch keine „akademischen Fachzirkel mit geringem Wirkungsgrad auf die Politik“, wie Herr Schönbohm uns wissen ließ, sondern ein geeignetes Instrument des Parlaments - dieser Auffassung sind wir -, um Entscheidungen zu grundsätzlichen Fragen unter Einbeziehung wissenschaftlichen Sachverständes zu diskutieren und der Bevölkerung tragfähige Vorschläge zu unterbreiten.

In diesem Zusammenhang wollen wir bei Ihnen werben, will die PDS-Fraktion bei Ihnen werben, dass Sie dieser Enquetekommission Ihre Zustimmung geben, um über die Zukunft der Region Berlin-Brandenburg und auch des Föderalismus in der Bundesrepublik zu debattieren.

Ich bedanke mich, Ich sehe, dass Sie dennoch zugehört haben. Ich sehe, dass wir heute eine gemeinsame Chance erhalten haben, uns nochmals auszutauschen. Ich erinnere Herrn Homeyer ausdrücklich daran, dass er in der vergangenen Debatte 1998 geradezu erwartet hat, dass wir uns in der 3. Legislaturperiode dazu nochmals verständigen. Ich denke, Sie werden sich dazu positionieren, dass es für uns eine gemeinsame Aufgabe wird, diese Enquetekommission zu bilden. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an den Abgeordneten Klein. Er spricht für die SPD-Fraktion.

Klein (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts des Antrages der PDS-Fraktion auf Einsetzung einer Enquetekommission beginne ich mit folgendem Satz: Der heutige Tag ist ein Ergebnis des gestrigen. Weshalb führe ich das an? Weil diese Enquetekommission, so wie Frau Tack es auch dargestellt hat, eine Geschichte hat, eine Geschichte, die sich über mehrere Jahre der Fusionsdebatte hingezogen hat. Ich erlaube mir einfach, noch einmal darauf zurückzukommen.

Am 22. Juni 1995 hatte der Brandenburger Landtag durch seine Zustimmung zum Neugliederungsstaatsvertrag den Weg für einen Volksentscheid frei gemacht. Die nachfolgenden Wochen und Monate waren gekennzeichnet durch eine umfassende Information der Bevölkerung - jedenfalls haben wir gedacht, dass es eine umfassende Information der Bevölkerung werden könnte -, indem wir beispielsweise den Staatsvertrag an jeden Haushalt versandt haben, indem es Bürgerforen gab, indem es Frühschoppen gab und Ähnliches mehr. Am meisten war in der Werbung für diese Vereinigung der beiden Länder sicher der Ministerpräsident unterwegs. All diejenigen, die diese Vereinigung auf ihre Fahnen geschrieben hatten, waren nicht untätig.

Ich erlaube mir, weil es zur Beurteilung der jetzigen Situation dazugehört, darauf hinzuweisen, was wir erlebt haben.

(Zuruf von der CDU: Völlig richtig!)

Ich habe eine Veranstaltung erlebt, an der 300 bis 400 Personen teilgenommen haben. Sie war von der PDS organisiert worden und fand in einer Wohngebietsgaststätte in Potsdam-West statt. Ich hatte die Freude und die Ehre, dort mit Herrn Vietze aufzutreten. Es war eine hochinteressante Veranstaltung. Es war aber niemand zu überzeugen, weil sie alle schon vorher durch die PDS auf die Ablehnung dieses Neugliederungsvertrages eingeschworen waren.

(Lachen bei der PDS - Vietze [PDS]: Das liest sich im Protokoll von vor zwei Jahren anders! - Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

- Nein, nein! Am 27. April fand in meiner Heimatstadt in einem Saal, der circa 500 bis 600 Personen fasste, ein abschließender Frühschoppen mit dem Ziel statt, die Bürger zu informieren. Anwesend waren 120 Personen, 100 Personen waren von Berufs wegen vertreten, zum Beispiel der Ministerpräsident, Senatoren aus Berlin, Minister der Landesregierung, Abgeordnete, Bürgermeister der Umgebung, Landräte usw. 20 interessierte Bürger wollten unsere Argumente für eine Vereinigung hören, davon waren 19 Bürger schon „katholisch“, das heißt, es wurde nicht geschafft.

Ich erzähle das alles, damit Sie wissen, worüber wir reden. Am 24. April 1996 gab es in diesem Landtag eine Regierungserklärung mit anschließender intensiver Debatte. Ich möchte Sie an diese Aussprache erinnern. Die Kernpunkte habe ich mir damals erlaubt zusammenzufassen. Ich wiederhole sie hier in gebotener Kürze.

1. Der damalige Zeitpunkt für ein gemeinsames Land war günstig. Damals sagte ich, wenn wir es 1996 nicht schaffen, eine Vereinigung herbeizuführen, dann ist das Thema Berlin-Brandenburg für lange Zeit vom Tisch. Die Geschichte hat uns Recht gegeben.
2. Damals lag ein zustimmungsfähiger Vertrag vor, welcher der einzig machbare Kompromiss war.

(Vietze [PDS]: Das war Ihre Meinung!)

Die PDS-Fraktion lehnte diesen Vertrag ab. Ich hatte damals schon bemerkt, dass der Vertrag, egal, welchen wir auch vorgelegt hätten, von der PDS-Fraktion abgelehnt worden wäre.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Wir prüfen sehr genau, was uns vorgelegt wird!)

weil Sie nur vorgeschobene Argumente für eine Ablehnung der Vereinigung dieser beiden Länder angeführt hatten.

3. Ich hatte damals gesagt, dass eine Vereinigung mit Berlin Chancen für die Weiterentwicklung der Gesamtregion eröffnet. Sie zwingt Berlin, in Brandenburger Dimensionen, und sie zwingt Brandenburger, in Berliner Dimensionen zu denken. Es kam zu keiner Vereinigung. Also den-

ken weder das Land Brandenburg noch das Land Berlin in diesen Dimensionen; denn durch die Verfassung sind wir verpflichtet, in Brandenburger Dimensionen zu denken, und die Berliner sind verpflichtet, in Berliner Dimensionen zu denken. Niemand kann das übel nehmen. Im Gegenteil, wir sind geradezu aufgefordert.

4. Ich hatte damals bemerkt, dass ein gemeinsames Land die Regionen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa stärkt. Das verleiht diesem Land ein anderes Gewicht. Das ist unstrittig. Es ist nicht zur Vereinigung gekommen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. Mai 1996 zeichnete sich zu dieser Zeit schon ab. Ich erinnere an das, was ich zu den Informationsveranstaltungen, die wir damals durchgeführt haben, gesagt habe.

An dieser Stelle möchte ich deutlich sagen: Niemand von uns, der die Vereinigung dieser beiden Länder mit Intensität und mit Herzblut betrieben hat, kann nur im Entferntesten daran denken, der Entscheidung des Volkes nicht zu folgen und den Bürgern Brandenburgs ob ihrer Entscheidung einen Vorwurf zu machen. Das hindert uns allerdings nicht daran, darüber nachzudenken, warum die Niederlage so deutlich war. Ich gebe ehrlich zu: Meine Überlegungen in diesem Sinne sind sicherlich nicht vollzählig und die Reihenfolge entspricht sicherlich nicht der Rangfolge. Ich erlaube mir aber trotzdem, ein paar Bemerkungen dazu zu machen.

Sie alle wissen, dass das die zweite Vereinigung innerhalb kurzer Zeit gewesen wäre. Wir konnten es den Bürgern Brandenburgs nicht deutlich vermitteln, dass wir eine ganz andere Vereinigung haben wollten als die Vereinigung zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Dass wir uns jetzt mit den Berlinern auf gleicher Augenhöhe begegnen, war nicht zu vermitteln. Viele Bürger, die uns ihre Zustimmung verweigerten, haben sich gedacht, dass wir Brandenburger wieder als die „Kleinen“ antreten - übrigens verschuldet nicht durch die Bürger, sondern durch Sie, da Sie damals die Verantwortung getragen haben. Sie traten damals tief unterhalb der Augenhöhe der Bürger der Bundesrepublik Deutschland an.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Der zweite Grund war folgender: Das war die Sorge vor den Schulden Berlins.

(Homeyer [CDU]: Genau!)

Allerdings haben die Brandenburger - das muss man zugeben - an der Stelle den Span im eigenen Auge nicht gesehen, dass wir zu dieser Zeit natürlich auch entsprechende ...

(Lunacek [CDU]: Das war alles geregelt!)

- Das weiß ich doch, Herr Lunacek, mich brauchen Sie nicht zu agittieren. Ich weiß, dass das geregelt war. Ob man es erklären konnte, war doch die Frage.

(Lunacek [CDU]: Aber wenn die ständig das Gegenteil behaupten!)

Präsident Dr. Knoblich:

Meine Herren, brauchen Sie uns noch zum Dialog?

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Klein (SPD):

Es ist immer hilfreich, wenn jemand über einem thront und hilfreich eingreift. Herr Präsident.

(Homeyer [CDU]: Das ist eine emotionale Debatte!)

Wir erinnern uns daran, dass die Brandenburger nicht vergessen hatten, wie wir zu Zeiten der DDR auf die Hauptstadt dieses Landes geblickt haben, da sie besser gestellt war als das Umland, besser gestellt war als jede Stadt, die es in Brandenburg gab. Ich erinnere dabei nicht nur an die Versorgung, sondern an solche Dinge wie Baukapazitäten und Ähnliches.

Jeder, der davor die Augen verschließt, sieht den Tatsachen nicht ins Auge.

Der öffentliche Dienst war nicht auf unserer Seite, weil wir im Vertrag eine Obergrenze von 159 000 Landesbediensteten festgelegt hatten. Bei der Beurteilung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt im öffentlichen Dienst waren die Brandenburger ihrer Meinung nach in der schlechteren Position, glaubten, die schlechteren Karten zu haben.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? - Bitte sehr, Herr Niekisch!

Dr. Niekisch (CDU):

Herr Kollege Klein, die Fehler, die Sie auflisten, die wir alle miteinander gemacht haben, sind alle richtig dargelegt. Es kommen noch hundert dazu, aber ich denke, dass wir das alle wissen. Meinen Sie nicht, dass es besser wäre, über die Zukunft zu reden, und zwar über etwas, was über diesen akademischen Zirkel der PDS hinausgeht und wirklich zielführend ist?

(Beifall des Abgeordneten Schuldt [DVU] - Zuruf von der PDS: Das ist typisch Niekisch! - Heiterkeit bei der SPD)

Klein (SPD):

Herr Niekisch, über die Art, wie ein Redner ein Thema angeht, entscheidet der Redner selbst. Sie werden gestatten, dass ich das auch für mich in Anspruch nehme.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Frau Tack, bitte!

Frau Tack (PDS):

Herr Klein, sind Sie bereit - deshalb frage ich jetzt schon -, auf

das Thema einzugehen, das wir uns heute gestellt haben - die Einrichtung einer gemeinsamen Enquetekommission -, und dabei die Vorstellungen Ihrer Fraktion noch deutlich zu machen? Die Geschichten der Vergangenheit sind wahnsinnig interessant. Wir hatten auch viele Erlebnisse, aber das beantwortet nicht die Frage, was wir gemeinsam in dieser Region in Zukunft machen werden.

Klein (SPD):

Frau Tack, Sie hatten ebenfalls die Chance, Ihre Erlebnisse hier darzustellen. Ihre Chance ist vertan. Herr Vietze hat noch ein paar Minuten; diese sollte er dann nutzen. Ich habe das hier schamlos gemacht.

(Heiterkeit bei SPD und CDU - Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Ich hätte es auch kürzer machen und sagen können: Wir lehnen Ihren Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission ab.

Präsident Dr. Knoblich:

Meine Herrschaften, die Einlassungen gehen alle von Ihrer Zeit ab. Zwiesgespräche muss ich mit anrechnen.

Klein (SPD):

Als letzten Grund für die Ablehnung der Vereinigung durch die Bevölkerung möchte ich noch anführen: Die PDS-Fraktion war nicht auf unserer Seite. Im Gegenteil, sie war der Hauptfusionsgegner und hat Ängste bei der Bevölkerung geschürt.

(Homeyer [CDU]: So war es! - Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir sind nach wie vor von den Vorteilen einer Vereinigung überzeugt. Das war das Motiv, weshalb wir die Vereinigung angegangen sind.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Um das zu erleben und zu erfahren, bedarf es keiner Enquetekommission. Dazu genügen Gespräche, die wir mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften, mit den Verbänden und mit Vertretern der Wissenschaft geführt haben. Wenn wir ernsthaft den Weg der Vereinigung beider Länder gehen wollen, haben wir nichts anderes zu tun, als die Bevölkerung auf dem Weg mitzunehmen. Ängste auszuräumen und die Gründe, die für eine Ablehnung entscheidend waren, zu beseitigen. Das Abstimmungsergebnis vom 5. Mai 1996 zeigt, wie schwer so etwas ist.

Ich möchte ein aktuelles Beispiel anführen. Eine große Berliner Zeitung und eine kleine Potsdamer Zeitung hatten zu dem Thema „Vereinigung der beiden Länder“ eingeladen. Zu diesem Termin waren auch Herr Niekisch und ich eingeladen. Es waren circa 20 Politiker anwesend. Ich nenne nur ein paar Namen: Böger, Landowsky, Pau, Tack.

(Zuruf von der CDU: Fümüß!)

- Herr Fümüß war ebenfalls vertreten.

Es waren aus beiden Ländern - in beiden wurde die Werbetrom-

mel groß gerührt - insgesamt 50 Leute da. Das zeigt, wie schwierig das Unterfangen ist, jetzt wieder in die Wege zu leiten, was wir seinerzeit versucht haben und was dann dank Ihres Widerstandes gescheitert ist.

Den Befürwortern einer Vereinigung wäre schon sehr geholfen, wenn die PDS an ihrer Seite wäre. Zu diesem Schulterchluss bedarf es keiner Enquetekommission. Wir werden deshalb Ihren Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die Abgeordnete Frau Hesselbarth. Sie spricht für die DVU-Fraktion.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt einen gehässigen Reim, der gerne zitiert wird, wenn man an den oft geschmähten Stammtischen über Parlamente und Parlamentarier herzieht: Und wenn ich nicht mehr weiterweiß, dann bilde ich einen Arbeitskreis. Dieser Satz ist hier im Parlament auch schon gefallen. An diesen Satz musste ich spontan denken, als mir der Antrag der PDS-Fraktion auf den Tisch flatterte.

Aber darum geht es eigentlich gar nicht. Vielmehr möchte die PDS-Fraktion, dass das Parlament Arbeiten übernimmt, für die normalerweise unsere Damen und Herren Minister und ihre Staatssekretäre zuständig sind und die dafür auch bezahlt werden - viel zu hoch übrigens.

Zugegeben, die Mitglieder der Landesregierung sind vielfach überlastet. Der Chef der Staatskanzlei verbringt seine hoch bezahlte Zeit damit, den inzwischen ehemaligen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur abzusägen. Der Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten hat Probleme mit den brandenburgischen Richtern. Der Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen versucht vergeblich, seine Patienten beisammenzuhalten, und muss wieder einmal Schlampereien in seinem Zuständigkeitsbereich auf- oder auch zudecken.

(Beifall bei der DVU)

Der Minister des Innern hofft, dass der nächste Ausbrecher schneller gefasst wird. Und der Ministerpräsident versucht, diesen Sack Flöhe zu hüten und seine Koalition über die Zeit zu retten. Er hat vermutlich am meisten zu tun.

(Beifall bei der DVU)

Aber abgesehen von diesen zweifellos wichtigen und nervenaufreibenden Tätigkeiten haben wir Ministerinnen und Minister, die vom Land gewählt wurden und vom Steuerzahler dafür bezahlt werden, dass sie sich um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben kümmern. Es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der brandenburgischen Landesregierung, sich konstruktive Gedanken um die Zukunft dieses Landes und um unsere Region zu machen. Es ist die selbstverständliche Pflicht der Finanzministerin, die brandenburgischen Interessen bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs zu vertreten und diesen mitzugestalten. Wozu haben wir einen Minister für Europaangele-

genheiten, wenn er sich nicht um die Entwicklung der Rechtsstellung Brandenburgs im Rahmen der europäischen Integration kümmert?

(Homeyer [CDU]: Das hat keiner so gut gemacht wie er!)

Es ist nicht die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, Ziele und Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung unserer Region zu erarbeiten.

Dieses Parlament wird die Landesregierung dabei kontrollieren. Wir und gerade wir als Fraktion der DVU werden den Ministerinnen und Ministern auf die Finger sehen und uns von ihnen informieren lassen. Dieses Parlament wird über die Vorschläge der Landesregierung entscheiden.

Dieses Vorgehen, diese Arbeitsteilung entspricht dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Möglicherweise haben Sie schon einmal etwas davon gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen der PDS, aber vielleicht auch nicht; denn dieser Grundsatz gehört zu den Fundamenten jeder Demokratie.

Möglicherweise liegen aber auch hier ganz andere Beweggründe vor. Daher frage ich die PDS-Fraktion: Haben denn immer noch nicht alle Ihrer verdienten Genossinnen und Genossen ein Pöstchen zugeschustert bekommen?

(Heiterkeit bei der PDS)

Ich denke an Ihre Chaos-Arbeitsweise im Untersuchungsausschuss, die doch Bände spricht. Verschonen Sie uns damit! Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion, für die Herr Lunacek sprechen wird.

Lunacek (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollen heute darüber entscheiden, ob wir eine Enquetekommission einsetzen, die zum Ziel haben soll, die nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg und die Reform des Föderalismus zu untersuchen und zu bewerten und dem Landtag ein Ergebnis zu präsentieren. Dies ist - sehr vorsichtig gesagt - ein sehr umfangreicher Auftrag; darauf komme ich noch.

Ich möchte zuerst auf einen anderen Aspekt eingehen, nämlich auf das Anliegen und auf den Hintergrund, den Sie auch in Ihrer Pressemitteilung genannt haben und der auch zum Schluss in dem Antrag vorkommt, nämlich: Wollen wir ein Land Berlin-Brandenburg, ja oder nein?

Als am 5. Mai 1996 das Zusammengehen der Länder durch Volksentscheid in Brandenburg abgelehnt wurde, war wohl die Mehrheit derjenigen, die heute hier bei uns im Landtag sitzen, enttäuscht, tief enttäuscht.

Ich habe mir natürlich die Frage gestellt: Was haben wir falsch

gemacht und warum ist es nicht gelungen, die Herzen der Menschen für ein gemeinsames Land zu gewinnen?

Die beiden jetzigen Koalitionspartner CDU und SPD waren damals für ein Zusammengehen beider Länder. Die PDS lehnte es auf der Grundlage des Vertrages - so war die Argumentation - ab.

(Vietze [PDS]: Das stimmt nicht!)

Ich bin heute der Überzeugung, dass die Menschen das gemeinsame Land nicht wegen des Vertrages abgelehnt haben - der war nicht der entscheidende Beweggrund, obwohl er in jedem Briefkasten lag; aber die Mehrheit der Menschen, mit denen ich gesprochen habe, hatten ihn nur angelesen -, sondern weil wir den Menschen die Sorge nicht nehmen konnten. Berlin könnte wieder so dominant sein und eine solch bevorzugte Rolle gegenüber dem übrigen Land einnehmen, wie es zu DDR-Zeiten war, wofür übrigens Sie, als Sie noch SED hießen, die Verantwortung trugen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es auch nicht vermocht, meine Damen und Herren, die Herzen der Menschen zu gewinnen, ein ganz entscheidender Aspekt.

Da Sie die Verengung der Diskussion auf den Fusionstermin ablehnen - damit stimmen wir im Übrigen voll überein; wenn wir die Fusion wollen, gehört mehr dazu -, liegt uns jetzt dieser Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission vor, die global über die Entwicklung der Region und darüber hinaus dem Parlament Vorschläge für konkretes landespolitisches Handeln unterbreiten soll. Dazu haben Sie im Antrag 19 Schwerpunkte definiert, die in der Enquetekommission diskutiert und zum Ergebnis geführt werden sollen.

Ich greife einmal, um meine Zweifel darzulegen, die ich daran habe, drei Punkte exemplarisch heraus.

Erster Punkt: Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, Solidarität II, künftige Gestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Das sind schon drei Punkte in einem der 19 Punkte, die Sie dort nennen. Mit jedem dieser Punkte beschäftigen sich inzwischen bundesweit Dutzende von Arbeitsgruppen, Expertenkommissionen, Aufsätze, wissenschaftliche Untersuchungen und selbst Ausschüsse des Landtages Brandenburg. Allein die künftigen Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, wo, wie wir alle wissen, auch Reformvorstellungen vorhanden sind, würden eine Enquetekommission vollständig ausfüllen - des Bundestages allerdings, denn dort würde sie hingehören.

Präsident Dr. Knoblich:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Lunacek (CDU):

Bitte sehr!

Christoffers (PDS):

Herr Kollege Lunacek, ich habe zwei Fragen.

Erstens: Würden Sie mir zustimmen, dass bei einer Überweisung dieses Antrages natürlich auch die Schwerpunkte diskutierbar und möglicherweise auch konzentrierbar wären im parlamentarischen Raum?

Zweitens: Würden Sie mir zustimmen, dass bei der Ablehnung der Fusion 1996 ein Hauptgrund gewesen ist, dass in dem Vertrag völlig unklar geregelt war, wie die Finanzbeziehungen von Berlin und Brandenburg zusammengeführt werden sollten, und dass sich auch daraus eine Reihe von Befürchtungen bei der Bevölkerung aufgebaut hat?

Lunacek (CDU):

Zum Punkt 1: Diskutierbar wären diese Schwerpunkte, konzentrierbar nicht, denn bei der Fülle der Dinge, mit denen Sie die Enquetekommission überfrachten wollen, wäre das gänzlich unmöglich. Aber darauf komme ich noch.

Zum Punkt 2: Es wundert mich, dass Sie das so sagen, weil ich Sie als einen Abgeordneten kenne, der die Dinge sehr gründlich bearbeitet. Oder Sie haben es nicht gelesen, das weiß ich nicht. Die Finanzbeziehungen waren im Vertrag sehr konkret und sehr genau geregelt und es war ein Interessenausgleich bei den unterschiedlichen Pro-Kopf-Verschuldungen vereinbart worden.

(Zuruf von der PDS)

Sie sind durch das Land gelaufen und haben den Menschen das Gegenteil erzählt,

(Zuruf von der PDS)

was mich sehr geärgert hat.

Zu einem zweiten der 19 Punkte: Sie wollen die Rechtsstellung der deutschen Bundesländer im Rahmen der europäischen Integration regeln. Auch dies ist ein Thema, welches so umfassend ist, dass es allein Kommissionen beschäftigen kann.

Oder Punkt 3: Neuordnung der Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Bund und den Ländern, eine spannende Frage, die seit Jahren diskutiert wird, in die wenig Bewegung gerät - weil es im Übrigen auch zwischen den politischen Kräften völlig unterschiedliche Ansätze gibt -, die auch immer weiter im Fluss sein und nie zu einem endgültigen Stillstand kommen wird.

Es folgen 16 weitere Punkte mit ähnlichem Gewicht im Einzelnen, alles große, globale Fragen, die sich sehr langsam, aber stetig weiter entwickeln, die nie endgültig gelöst sein werden, die also immer im Fluss sein werden und wo es immer eine Weiterentwicklung geben muss, so wie sich die Gesellschaft auch weiter entwickelt. Was ich damit sagen will, ist: Eine Enquetekommission mit einer solchen Aufgabenstellung wäre hoffnungslos überfrachtet und deshalb auch nicht sinnvoll.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Zu den allermeisten Problemen, die Sie benennen, gibt es zudem ganz verschiedene Politikansätze der einzelnen politischen Parteien. Sie können nicht eine Enquetekommission beauftragen, eine globale Lösung aller Probleme dieses Landes unter Berücksichtigung aller Probleme dieses Kontinents in allen

Fragen der Zukunft vorzulegen. Die Folge wäre eine endlose Debatte über alles und nichts und am Ende wäre wohl alles umsonst. Was Sie der Enquetekommission als Auftrag geben wollen, ist ein Querschnitt aller politischen Aufgaben, vom Landtag Brandenburg bis zum Europäischen Parlament. Das sind die politischen Problemstellungen, mit denen wir uns als Abgeordnete in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigen müssen. Dafür sind die Abgeordneten, die Fraktionen, dieses Plenum, die Parteien und alle gesellschaftlichen Institutionen da.

Einer der weiteren wesentlichen Anlässe für den Wunsch nach der Enquetekommission, den Sie selbst benannt haben, nämlich die wieder aufgeflammete Diskussion über ein gemeinsames Land Berlin-Brandenburg, würde damit in weite Ferne rücken. Ich habe das Gefühl, dass Sie sich zu keiner klaren Entscheidung durchringen können, was Sie wirklich wollen - das ist das, was Dr. Niekisch vorhin zu Recht ansprach -, Sie wollen es nicht und wollen in einer solchen Kommission endlos darüber reden, ohne klar Farbe bekennen zu müssen. Ergebnis: faktischer Stillstand bei allen Entscheidungen.

Eine solche Enquetekommission ist bestens geeignet, das Anliegen eines gemeinsamen Landes auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Denn der Weg kann nicht sein, erst alle Probleme des Landes unter allen Facetten möglicher Entwicklungen der Bundes- und Europapolitik lösen zu wollen und dann die Frage zu stellen: Wollen wir ein gemeinsames Land?, sondern umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Zersplitterung unserer gemeinsamen Region Berlin-Brandenburg in zwei Bundesländer ist ein Hemmnis bei der Lösung vieler der Probleme, die Sie ansprechen, und vergibt Chancen im globalen Wettbewerb. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir die Herzen der Menschen dafür gewinnen und die Menschen nicht weiter verunsichern. Ich würde mir wünschen, meine Damen und Herren von der PDS, einen Weg dahin zu finden, dass wir gemeinsam für diese Fusion werben.

(Beifall bei der CDU)

Aber die Grundvoraussetzung dafür ist, dass Sie klar Farbe bekennen. Wir haben mehrere Jahre lang diskutiert, dann einen Vertrag vorgelegt und dafür geworben, mit unterschiedlichen Positionen allerdings, der abgelehnt wurde. In den Jahren danach ist die Diskussion nie zum Stillstand gekommen. Von Unternehmensverbänden bis zu Gewerkschaften, immer wieder traten einzelne gesellschaftliche Akteure auf den Plan, und heute reden wir wieder darüber. Wir müssen aber irgendwann einmal Farbe bekennen, ob wir die Fusion wollen oder nicht. Wenn wir ja sagen - ich würde mir wünschen, dass wir alle gemeinsam dies wollen -, müssen wir sehen, dass wir die Herzen der Menschen dafür gewinnen, mit gemeinsamen Identitäten für dieses gemeinsame Land. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir kommen nun zur Landesregierung. - Die Landesregierung verzichtet auf einen Beitrag. Damit erhält Herr Vietze, der für die beantragende Fraktion sprechen wird, das Wort.

Vietze (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klein, ich

würde Ihnen liebend gern folgen. Sie haben gesagt, mit der Ablehnung des Vertrages und damit der Fusion sei die Fusion für lange Zeit vom Tisch. Wenn das so ist, Herr Klein, würde ich es fair finden, wir würden aufhören, im Lande darüber zu debattieren, wo der gemeinsame Parlamentssitz sein soll, ob es die Fusion 2004 oder 2009 geben wird und ob die Regierungen einen entsprechenden Vertrag aushandeln sollten oder ob die Parlamente daran beteiligt werden. Entweder man sagt: „Die Fusion ist vom Tisch“, dann braucht man über das andere nicht mehr zu reden - oder sie ist es doch nicht.

Herr Klein, ist nicht gerade Ihre Argumentation, dass die Fusion vom Tisch sei, zum Teil die Begründung dafür, dass man eine Enquetekommission einsetzen muss, die sich mit dem Thema „Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg und Reform des Föderalismus“ auseinander setzen muss? Wenn es keine Fusion gibt, wer redet denn dann über die Perspektiven des Landes Brandenburg, über seine nachhaltige Entwicklung und die Konsequenzen aus den regionalen Entwicklungen? Und was ist mit dem Länderfinanzausgleich, mit der Föderalismusdiskussion, die insgesamt geführt wird? Wollen wir darauf verzichten, uns als Parlament an diesem Prozess zu beteiligen? Haben wir nur noch Vertrauen zu den Regierenden, zu den Ministern, so wie damals beim Aktionsprogramm? Oder ist dies nicht gerade das richtige Instrument, dass sich das Parlament mit dem Thema beschäftigt, welche Zukunft wir Brandenburg geben, welche Möglichkeiten und Potenzen für die Perspektive Brandenburgs zu erschließen sind und wie die Beziehungen zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zu ordnen und zu regeln sind?

(Klein [SPD]: Das ist ein anderes Thema!)

Ich muss Ihnen sagen: Dann haben Sie unseren Antrag nicht gelesen. Es ist kein Antrag zur Einrichtung einer Enquetekommission über die Fusion, sondern ein Antrag zur Einrichtung einer Enquetekommission über die nachhaltige Entwicklung des Landes, Herr Klein, und das gilt für alle anderen auch.

(Beifall bei der PDS)

Ich nehme zur Kenntnis, dass ein paar Kollegen, die mir immer gesagt haben, was ich alles noch an Demokratie lernen muss, einige Schwierigkeiten haben, weil sie sich immer nur auf das exekutive Handeln der Regierung stützen. Enquetekommissionen gibt es im deutschen Parlamentarismus schon länger, als es die PDS gibt. Im Gesetz über Enquetekommissionen ist nachzulesen: Enquetekommissionen des Landtages haben die Aufgabe,

„umfangreiche Sachverhalte, die für Entscheidungen des Landtages wesentlich sind, durch Sammlung und Auswertung von Material sowie durch Anhörung von Sachverständigen zu klären“.

Es geht also nicht um die Herabwürdigung dieses Instruments des Parlaments zu einem akademischen Zirkel, der auch in der Bezeichnung schon intelligenzfeindlich ist, sondern es geht um die Nutzung von Potenzen des Parlaments und des externen Sachverständigen für die Diskussion jener Fragen, die für die nachhaltige Entwicklung Brandenburgs wichtig sind.

(Beifall bei der PDS)

Darüber sollten wir dann reden. Sie können sich über die verschiedenartigsten Argumente, warum die Fusion 1996 gescheitert ist, auf uns konzentrieren.

(Klein [SPD]: Das waren auch andere!)

Ich finde es sehr gut, wenn das auf uns konzentriert wird. Ich empfinde eine so deutliche Ablehnung für eine Minderheitspartei als ein positives Ergebnis. Man sollte aber auch Herrn Lunacek und den anderen sagen: Die Argumente von der „Wärmestube“ und die Zitate von Herrn Landowsky wie manches andere auch haben einen bedeutenden Beitrag zu dieser Ablehnung geleistet.

(Beifall bei der PDS)

An dieser Stelle sollten wir uns dazu entschließen, dies nun hinter uns zu lassen. Diese Bewegung hat mir in der Diskussionsrunde mit Herrn Landowsky gefallen. Er hat, an Bisky gewandt, gesagt: „Wissen Sie, das war im letzten Jahrhundert.“ Lassen wir doch einmal die Querelen und das Gerede, was wir richtig oder falsch gemacht haben, von 1996 hinter uns, reden wir doch nur noch über das, was in diesem Jahrhundert in dieser Region neu zu thematisieren ist!

Dabei geht es, Herr Lunacek, nicht darum - ich will Sie wirklich nicht überfordern -, dass alles, was in der Enquetekommission vorliegt, die Konsequenz hat, dass wir es behandeln sollen. Denn es geschieht ja vieles in Europa und im Bund völlig ohne unser Zutun. Aber unsere Verantwortung besteht darin, dass wir klären müssen, was sich für das landespolitische Handeln aus der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, aus dem Solidarpakt, aus den künftig zu gestaltenden Finanzbeziehungen, aus der Rechtsstellung der Länder usw. ergibt. Wir müssen über die Konsequenzen nachdenken. Dieses Nachdenken nimmt uns niemand ab. Dafür werden wir als Parlamentarier gewählt und auch entsprechend bezahlt.

Ich würde mir sehr wünschen, wir würden uns einmal darauf einigen, was wir wollen.

(Lunacek [CDU]: Wir wissen es, Sie nicht!)

Wenn wir wirklich wollen, dass eine Mehrheit über die Zukunft des Landes Brandenburg nachdenkt, dann müssen wir alle Möglichkeiten prüfen, um an die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger heranzukommen, auch an die Mehrheit, die Vertrag und Fusion abgelehnt hat.

(Homeyer [CDU]: Herr Vietze, was wollen Sie denn? Sagen Sie es doch einfach einmal!)

- Ich sage Ihnen, was ich nicht will. Das sage ich, weil es klar und deutlich ist - im Gegensatz zu Ihnen ...

(Zurufe von der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Meine Herren, die Redezeit des Redners ist zu Ende.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vietze (PDS):

Herr Präsident, es war eine Frage gestellt, die möchte ich gern beantworten. Während Sie sagen: Fusion ja, und dann werden wir mal sehen, was bei den Verhandlungen herauskommt, sagen wir: Klare Prämissen vorher festlegen, dann einen dazu stimmigen Vertrag erarbeiten, und dann ist es kein Problem, eine entsprechende Fusion vorzunehmen. Das ist es.

(Beifall bei der PDS - Zurufe von der CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste und ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Die PDS-Fraktion beantragt die Überweisung der Drucksache 3/1962 an den Hauptausschuss. Wer diesem Überweisungsansinnen folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Für diesen Fall ist namentliche Abstimmung gemäß unserer Geschäftsordnung beantragt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, nur im Falle des eigenen Namensaufrufs zu sprechen, aber dafür klar und deutlich, sodass wir schnell und eindeutig das Ergebnis feststellen können.

Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Saal, die keine Gelegenheit hatten zu votieren? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte Sie um ein wenig Geduld für die Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Für den Antrag stimmten 18 Abgeordnete, gegen den Antrag stimmten 57 Abgeordnete. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das ergibt eine mehrheitliche Ablehnung.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 1567)

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Flughafenumbau-Entwicklungsgesellschaft

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU

Drucksache 3/1965
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Karney, Sie haben das Wort.

Karney (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist vollbracht! Die Verwirklichung des Flughafens Berlin Brandenburg Inter-

national ist auf den Weg gebracht, zugegeben, eine schwierige Geburt. Dies muss kein Nachteil sein, vorausgesetzt, die Bedenkenträger und Zauderer richten ihre Kreativität und ihr intellektuelles Potenzial in Zukunft nicht mehr auf das Suchen des Haares in der Suppe, sondern wenden sich der Frage zu: Wie können wir das Bestmögliche aus diesem bedeutenden Infrastrukturprojekt für Brandenburg, für seine Menschen herausholen? Darum geht es, um nichts anderes.

Es gibt kein wirtschaftliches Projekt, das für die Entwicklung Brandenburgs für die Zukunftssicherung seiner Menschen von größerer Bedeutung ist als BBI. Für parteitaktische Spielereien ist ein Projekt wie dieses mit seiner Schlüsselfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs völlig ungeeignet. Deshalb auch meine Bitte, nein, meine Aufforderung an die PDS-Fraktion: Hängen Sie nicht weiter Ihrer inhaltenden und zum Teil offenen Ablehnung dieses Projektes an! Begleiten Sie seine Verwirklichung in der Öffentlichkeit positiv! Suchen und überbetonen Sie nicht wie in der Vergangenheit vermeintliche Schwachstellen! Bringen Sie sich ein in die Lösung anstehender Probleme! Kurz: Ersetzen Sie destruktive Kritik durch konstruktive Vorschläge und Mitarbeit.

Machen Sie den Menschen Mut und Lust auf die Zukunft und schüren Sie nicht weiterhin Ängste!

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur die Regierungskoalition trägt Verantwortung, auch die Opposition, zumal dann, wenn ihre Partei einzige Opposition im Landtag ist, die Verantwortung übernehmen kann und - ich hoffe - auch übernehmen wird. Ich gehe davon aus, dass wir uns einig sind in der Bewertung, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger sich das verdient haben.

Die Fraktionen der SPD und der CDU begrüßen daher die Gründung einer Flughafenumbau-Entwicklungsgesellschaft. Dafür müssen wir noch eine Abkürzung finden. Diese Gesellschaft ist notwendig, um die durch Bau und Betrieb des Flughafens entstehenden positiven und wirtschaftlichen Impulse und Effekte aufzugreifen, zu verstärken und dadurch den größtmöglichen Nutzen für die Standortentwicklung und den Arbeitsmarkt zu erzielen.

Der Bericht der Landesregierung vor dem Landtag und die regelmäßigen Konsultationen des Wirtschaftsausschusses sollen die Fraktionen, aber auch den einzelnen Abgeordneten in die Lage versetzen, das Zukunftsprojekt BBI kritisch, konstruktiv zu begleiten.

Der Ihnen vorliegende Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU befasst sich im Themenschwerpunkt sowohl mit dem Aufbau und den Aufgaben als auch mit der Zielsetzung der zu gründenden Flughafenumbau-Entwicklungsgesellschaft. Dies ist notwendig, um rechtzeitig politische Rahmenbedingungen zu setzen, aber auch um einer in der Vergangenheit bei einzelnen Landesgesellschaften zu beobachtenden Tendenz der Beschäftigung mit sich selbst entgegenzuwirken.

Der Erfolg des Infrastrukturprojektes in der Größenordnung des BBI ist sowohl in der Planungs- und Umsetzungsphase als auch beim späteren Betrieb unlösbar mit der Akzeptanz der Wirtschaft und der Bevölkerung verbunden.

Es gehört zu den Binsenweisheiten erfolgreicher Wirtschafts- und Standortpolitik, dass positive Effekte für Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nur bei frühzeitiger Einbindung und Berücksichtigung der regionalen Wirtschaft zu erzielen sind. Dies ist für Teile des heimischen Handwerkes, des Mittelstandes und des Dienstleistungssektors nicht nur eine Überlebensfrage, sondern auch Grundlage für eine zukunftsfeste Entwicklung.

Die Wirtschaft Brandenburgs, deren Absatz immer noch zu stark auf den Binnenmarkt fokussiert ist, braucht das Luftkreuz als eine Verbindung zum Weltmarkt. Hier reichen sich Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch Ansporn zur Erschließung neuer Absatzmärkte die Hand.

Nicht favorisiert werden darf allerdings die Tatsache, dass Infrastrukturprojekte dieses Ausmaßes ohne zumutbare Beeinträchtigung zu haben sind. Aufgabe der Landesregierung wird es sein, unter Abwägung relevanter Aspekte Rahmenbedingungen zu setzen, die bei allen Beteiligten eine positive Akzeptanz erzeugen. Nachtflugbetrieb auf der einen und umsetzbare Lärminderungsmaßnahmen auf der anderen Seite seien an dieser Stelle exemplarisch erwähnt.

Die Quadratur des Kreises - hier: Großflughafen ohne jegliche zumutbare Belastung - ist nicht erreichbar. Das gilt im Übrigen für jedes industrielle Großprojekt. Die Anhänger der Kaffeewerbung „Es soll alles so bleiben, wie es ist!“ müssten bei weiterhin unhaltender und ablehnender Haltung den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg erklären, wie sie die Rückversetzung zu einem Volk der Jäger und Sammler bewerkstelligen wollen. Wer glaubt, bei der herrschenden nationalen und internationalen Konkurrenz auf dem Luftfahrtsektor die Verwirklichung ohne Schaden für Brandenburg weiter hinauszögern zu können, der glaubt an den Weihnachtsmann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin wie der irische Dichter Bernard Shaw der Ansicht, dass nicht die scheinbaren Realisten, sondern die realistischen Träumer mit Visionen die Welt voranbringen

(Homeyer [CDU]: So ist es!)

und den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Länder attraktive und menschenwürdige Lebensbedingungen ermöglichen.

Bernard Shaw fasste seine Überzeugung in dem Satz zusammen:

„Ihr seht auf eine Sache und fragt: Warum? Ich träume und frage: Warum nicht?“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Karney und gebe das Wort an die Fraktion der PDS. Frau Abgeordnete Tack, bitte!

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es richtig,

dass die Koalitionsfraktionen beginnen, das Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen, und dazu schriftliche Antworten von der Regierung abfordern.

An Herrn Karney gerichtet möchte ich zum wiederholten Male den Satz sagen: Die PDS ist die Oppositionsfraktion. Sie hat eine Verantwortung wahrzunehmen, die in erster Linie darin liegt, die Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren und eigene Vorstellungen zu unterbreiten.

(Schuldt [DVU]: Sie ist **eine** Oppositionsfraktion. Vergessen Sie das bitte nicht!)

Am 5. Juli dieses Jahres verkündete der Wirtschaftsminister, dass man sich mit der Gemeinde Schönefeld geeinigt hätte, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Wirtschaftsministerium zu entwickeln, um eines der größten - Sie haben es beschrieben - Investitionsvorhaben in Deutschland und in Europa voranzubringen. Das war die Aufgabenstellung.

Minister Fürniß hatte mit den Gemeindevertretern von Schönefeld die Gründung einer Gesellschaft zur Entwicklung des Flughafenumfeldes erörtert und angekündigt, diese Entwicklungsgesellschaft solle mit dem Ziel gegründet werden, die Kommunen an den wirtschaftlichen Vorteilen der Standortentscheidung für den Flughafen BBI in Schönefeld teilhaben zu lassen. In der Entwicklungsgesellschaft sollen die Anliegergemeinden die Möglichkeit haben, mit Sitz und Stimme vertreten zu sein.

Ich verweise auf den im vorangegangenen Tagesordnungspunkt diskutierten Bericht zur Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg zur wirtschaftlichen Entwicklung. Hier spielt diese zu gründende Gesellschaft auch eine maßgebliche Rolle.

Unabhängig von der verkehrs- und strukturpolitisch ablehnenden Haltung der PDS zum geplanten Großflughafen - Herr Karney, nur zum geplanten Großflughafen - halten wir die Zusammenarbeit der Gemeinden für einen richtigen Weg. Als notwendig erachten wir es, das nicht nur mit den Gemeindevertretern von Schönefeld zu besprechen, die dem Vorhaben weniger kritisch gegenüber stehen, sondern von vornherein die Kommunen einzubeziehen, die in der Schutzgemeinschaft Umlandgemeinden Flughafen Schönefeld zusammengeschlossen sind.

Ich erinnere hier an all diejenigen Kollegen, die in der vergangenen Legislaturperiode vor der Beschlussfassung zu den Verträgen des Konsortiums Hochtief in der Anhörung des Haushaltsausschusses waren, daran, dass der Bürgermeister der Gemeinde Schulzendorf zum ersten und erwartungsgemäß aus unserer Sicht gescheiterten BBF- und BBI-Privatisierungsversuch Folgendes sagte:

„Zum Bau des Flughafens gibt es grundsätzlich mindestens zwei Seiten. Die eine, die sich Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung verspricht, die Arbeitslosigkeit vor Augen, ist dabei leicht geneigt, in einem solchen Projekt zumindest eine Teillösung zu erblicken.“

Da sind wir sicherlich einer Meinung, Herr Müller.

„Dem gegenüber stehen die Betroffenen, die um die Verschlechterung ihrer bisherigen Lebensbedingungen wissen. Sie sind von vornherein in der Minderzahl und eigent-

lich erfordern ihre Interessen deshalb eine besondere Aufmerksamkeit.“

Soweit das Zitat des Bürgermeisters aus Schulzendorf. Er verwies auf die enormen Belastungen, denen die Entwicklung der Gemeinden ausgesetzt ist. Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung habe in rund 20 Fällen Gemeinden untersagt, ihre Bebauungspläne fortzuführen. Da zum Teil bereits Baurecht nach § 33 Bau-Gesetzbuch entstanden ist, müssen Entschädigungen gezahlt werden. Die Aufwendungen sind im Vertrauen auf den Fortbestand der Planungen gemacht worden. Planungskosten, Grunderwerbsvorbehaltskosten, Erschließungsaufwendungen und Ähnliches sind geleistet worden. Deshalb ist von enormen Summen auszugehen.

Mit der Absicht der Gründung der Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft scheint der Wirtschaftsminister die Sorgen der Betroffenen ernst zu nehmen und mit den betroffenen Gemeinden zu sprechen. Was werden Sie den Bürgerinnen und Bürgern sagen? Mit welcher Unterstützung können sie in den Anliegergemeinden rechnen?

In einer Reihe der betroffenen Brandenburger Gemeinden und auch in Berliner Stadtbezirken kommt es bei einem Lärmpegel - ich will mehrere Beispiele bringen - von über 90 Dezibel zu enteignungsähnlichen Eingriffen oder zumindest zu sehr starken Beeinträchtigungen. Allein in der Schmöckwitzer Siedlung betrifft das 100 Häuser. Bei einem niedrig geschätzten Verkehrswert von 400 000 DM pro Grundstück könnte sich eine Entschädigungshöhe von 40 Millionen DM ergeben.

In Gebieten, die durch Einzellärmpegel von über 80 Dezibel betroffen sind, ist von erheblichen Aufwendungen für passiven Lärmschutz auszugehen. 20 000 DM pro Grundstück können leicht angesetzt werden. In der 62-Dezibel-Zone wird allgemein von einem Entschädigungswert in Höhe von 10 Millionen DM ausgegangen. Ebenso zu berücksichtigen sind Schallschutzmaßnahmen gegen den Nachtfluglärm. Wird ein 24-Stunden-Betrieb ins Auge gefasst, reduziert sich der zulässige Wert auf 55 Dezibel in der Zone A.

Die Angaben beziehen sich übrigens auf die Lärmgutachten im Planfeststellungsverfahren, die von der Landesregierung selbst, wie wir zur Kenntnis genommen haben, infrage gestellt wurden.

Durch den Flughafenausbau wird die Baulandqualität in den Umlandgemeinden in hohem Maße eingeschränkt werden. Das wertvolle Bauland kann entweder gar nicht oder nur stark eingeschränkt verkauft werden. - Das war nur eine Reihe von Beispielen und Risiken, die zutage treten können, wenn der Flughafenausbau, so wie geplant, kommt.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wie will die geplante Gesellschaft diese Belastung auffangen? Kann sie das überhaupt?

Herr Karney hat es auf den Punkt gebracht. Er hat hier sehr progressiv und begeistert vom Großflughafen gesprochen - das kann er auch, das steht ihm zu -, aber die entscheidende Frage - unbenommen, er soll nur uns nicht immer diskreditieren, weil die Wahrheit so einfach nicht ist - ist noch zu beantworten. Wir kommen in einem nächsten Tagesordnungspunkt noch darauf zurück. Die entscheidende Frage lautet doch eigentlich: Welcher Flughafen wird durch wen wann gebaut und finanziert? - Bevor

das nicht annähernd einigermaßen klar ist und - wie man landläufig sagt - in Sack und Tüten, erst nach Beantwortung dieser Frage kann die zu gründende Gesellschaft die weiteren Fragen beantworten, kann auf die Risiken eingehen und Problemlösungen anbieten. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Tack. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Müller.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist unbestritten, dass das Projekt BBI das wohl größte und sicherlich auch umstrittenste Infrastrukturprojekt in der Region ist. Ich will an der Stelle noch einmal darauf hinweisen, was sich damit auch verbinden wird, nämlich einerseits die auch international schon deutlich erkennbare Erfahrung: Was bedeutet ein solcher Flughafen? Wir erwarten 1 000 direkte Arbeitsplätze auf eine Million Passagiere. Dazu kommen dann jeweils zwei indirekte Arbeitsplätze, die damit verbunden sind, sodass man, wenn man als Prognose 20 Millionen Passagiere zugrunde legt, auf 60 000 Arbeitsplätze kommt, die hier entstehen werden.

(Frau Tack [PDS]: Wir kennen das alles!)

Einen Teil gibt es schon; insofern wird es noch 20 000 bis 30 000 neue Arbeitsplätze geben. Das ist wichtig; aber noch viel wichtiger ist, darüber nachzudenken, was passiert, wenn wir diesen neuen Flughafen nicht bekämen. Das würde nämlich bedeuten, dass wir im Vergleich zu anderen Regionen ein solches Angebot nicht hätten. Das wäre ein erhebliches Problem mit Auswirkungen auch auf andere Bereiche der Wirtschaft, auch mit Auswirkungen direkt auf die Menschen im Land Brandenburg und im Land Berlin. Insofern ist es wichtig, dass wir dort ein Stück weiterkommen. Deshalb sind auch die Entscheidungen, die in den letzten Tagen getroffen wurden, außerordentlich wichtig.

Nicht formulieren möchte ich: Es ist vollbracht!, denn ich glaube, vollbracht ist es noch lange nicht; es ist noch ein sehr langer Weg. Es bewegt sich wieder; darüber können wir froh sein. Wir werden noch einen langen Weg gehen müssen und eine Menge Probleme zu bewältigen haben, aber wir stellen uns der Situation. „Es bewegt sich wieder“ - bringt mich auch noch zu einer anderen Aussage: Das ist der große Unterschied zwischen BBI und PDS - weil die sich nicht bewegt, wie ich feststellen muss.

(Bravo! bei der SPD und Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Frau Dr. Enkelmann [PDS])

Das Ziel, das wir erreichen müssen, ist nicht nur die Errichtung eines attraktiven Flugplatzes, sondern die eines Drehkreuzes in Europa. Das Potenzial dafür haben wir in der sich entwickelnden Region Berlin-Brandenburg. Mit den sich entwickelnden Flugverkehren haben wir die Möglichkeit, ein solches Drehkreuz zu errichten; wir müssen es möglichst vernünftig organisieren. Dazu gehört, dass nicht nur die Region, sondern auch der Flugplatz mit seinem Umfeld attraktiv ist. Genau dafür wird diese Gesellschaft sinnvoll eingesetzt werden; denn sie kann

kräftig bündeln. Und es ist notwendig, dass nicht aneinander vorbei diskutiert und organisiert wird, sondern dass Kräfte gebündelt werden, um die Rahmenbedingungen für das Umfeld so gut wie irgend möglich zu gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Das ist keine neue Aufgabe. Es existiert ein Kabinettsbeschluss aus dem Jahre 1999, mit dem eine solche Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft auf den Weg gebracht wurde, die nun endlich Gestalt annimmt und den gewünschten Effekt erzielt.

Wichtig wird dabei sein - ich möchte an dieser Stelle auf Punkt 1.6 hinweisen -, auch die Menschen der Region so gut wie möglich mitzunehmen, weil wir wissen, dass wir den Menschen in der Region um den Flughafen Schönefeld natürlich auch Belastungen zumuten. Neben den positiven Wirkungen muss auch die negative Wirkung auf die Menschen in diesem Umfeld berücksichtigt und in die Arbeit der Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft einbezogen werden. Da besteht, glaube ich, Konsens.

Wenn man sich ansieht, was in anderen Regionen geschehen ist, könnte man aus Sicht der PDS womöglich sagen: Alles Spekulation, was die Arbeitsplätze, was die positiven wirtschaftlichen Wirkungen angeht! - Aber schauen Sie sich andere Flughäfen - beispielsweise den Freisinger - an. Wir haben uns mit dem dortigen Landrat über das Thema unterhalten und erfahren, dass es damals erhebliche Widerstände in der Region gab, die sich aber im Nachhinein angesichts der erreichten Ergebnisse überwiegend oder vollständig in Luft auflösten, und weil viele Menschen begriffen hatten, wie wichtig diese Entwicklung für die Region war. Das Ziel wollen wir gemeinsam mit der Region erreichen.

Die Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem erfolgreichen Flughafen BBI. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Müller, und gebe das Wort an die Fraktion der DVU, an die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Deutschen Volksunion stimmt dem vorliegenden Antrag zu. Die Errichtung der Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft ist im Interesse unseres Landes zu begrüßen. Wegen des überragenden Landesinteresses muss aber das Parlament als Volksvertretung bei der Errichtung der Gesellschaft, deren Ausstattung, Ausgestaltung und insbesondere an der Festlegung der Zielvorgaben umfassend beteiligt werden.

Es handelt sich beim Flughafen BBI in der Tat um das größte Infrastrukturprojekt unseres Landes Brandenburg, mit dem größte Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region Berlin-Brandenburg sowie der hier lebenden und arbeitenden Menschen unlösbar verknüpft sind. Dies gilt namentlich für das zu begrüßende nachhaltige Vorhaben in

der Region, die Ansiedlung von Luftfahrtindustrie und anderen Zukunftsbranchen.

Darüber hinaus werden der Flughafenbau und der Flughafenbetrieb auch positive Auswirkungen auf andere Branchen haben, insbesondere auf die Baubranche und das Hotel- und Gaststättengewerbe im Umfeld des Flughafens BBI.

Das Bauprojekt BBI bietet folglich für unser Land Brandenburg die einmalige Chance, erstens die dringend benötigten Zukunftsbranchen zur Überwindung der nach wie vor bestehenden und im Zuge der Wiedervereinigung entstandenen industriellen Defizite in unser Land Brandenburg zu holen und zweitens der Geißel der Arbeitslosigkeit im Lande zum Wohle aller hier lebenden Menschen durch die Schaffung von Zehntausenden Arbeitsplätzen der unterschiedlichsten Art für Menschen mit den unterschiedlichsten Qualifikationen endlich nachhaltig zu begegnen.

Dies bedarf natürlich der besonderen Koordination. Deren Ziel muss im besonderen Maße die Berücksichtigung örtlicher Unternehmen bei der Ansiedlung und Auftragsvergabe sowie die besondere Berücksichtigung, Förderung und Qualifizierung der Menschen im Land Brandenburg zum Zwecke der dauerhaften Arbeitsaufnahme und Überwindung von Arbeitslosigkeit sein.

Die Wirtschaftsinitiative „Pro Flughafen Berlin Brandenburg International“ wies auf diese Aspekte schon im Juli des laufenden Jahres 2000 besonders hin. Die Fraktion der DVU schließt sich dem an. Diese Ziele wird sich auch die zu gründende Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft zu Eigen machen müssen. Die Deutsche Volksunion befürwortet deren Gründung ausdrücklich und die von den Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag geforderte Berichterstattung ebenfalls.

Die Erfahrungen im Umfeld vergleichbarer Flughafengroßprojekte zeigen die nachhaltige positive Wirkung einer in diesem Sinne im Flughafenumfeld werbend und koordinierend tätigen Institution. Es kam hier regelmäßig zu Neuansiedlungen einer Vielzahl von Unternehmen, zur Schaffung Tausender von Arbeitsplätzen und zur Überwindung von Arbeitslosigkeit in den jeweiligen Regionen. In diesem Sinne kommt gerade den Aufgaben und Zielsetzungen der zu gründenden Gesellschaft eine hervorragende Bedeutung für unser Land Brandenburg zu.

Aus Gründen der Wesentlichkeit muss sich hiermit notwendigerweise das Parlament des Landes als gewählte Volksvertretung im Rahmen seiner Kontrollfunktion ebenfalls befassen. Ohne entsprechende umfassende Informationen ist dies aber nicht denkbar. Deswegen sieht unsere Fraktion die umfassende Beantwortung der im vorliegenden Antrag aufgeworfenen Fragen in jeder Hinsicht als unerlässlich an. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth, und gebe das Wort an die Landesregierung, an Herrn Minister Fünifiß. Bitte schön!

Minister für Wirtschaft Dr. Fünifiß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich

ausdrücklich für die Diskussion bedanken, weil sie deutlich gemacht hat, dass wir uns auf einem sehr realistischen Wege der Einschätzung der Situation befinden.

Der gemeinsame Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU zum Flughafenumfeld wird dem Zusammenhang, der zwischen Flughafen und Flughafenumfeld besteht, in besonderer Weise gerecht. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es in allen Flughäfen, die wir haben - sei es in Europa, sei es international -, ein Gleichgewicht zwischen Belastung einerseits und wirtschaftlichen Chancen andererseits geben muss.

Es ist überhaupt keine Frage, dass die Menschen, die im Einzugsbereich eines solchen Flughafens leben, stärkeren Belastungen ausgesetzt sind als andere. Deshalb ist es einerseits recht und billig - und dafür hat man Planfeststellungsverfahren - festzustellen, wie die Belastungen sind und wir haben die Pflicht, Vorschläge zu machen, wie diesen Belastungen gerecht geworden werden kann. Aber, meine Damen und Herren, das ist nur eine Seite. Die andere Seite sind die Chancen für die Region. Alle bei den von uns untersuchten Flughäfen gesammelten Erfahrungen - ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen - machen deutlich, dass die größte Chance eines Flughafens nicht im Flugbetrieb liegt, sondern im Flughafenumfeld.

(Frau Tack [PDS]: Das ist unbestritten. Aber wir kommen noch dazu!)

- Ja, ja, langsam! Ich bin noch nicht fertig mit der Logik. - Wenn das richtig ist, was ich sage, und wenn es auch richtig ist, dass es zusätzlich Arbeitsplätze in einer Größenordnung gibt, die wir mit keinem anderen Projekt in diesem Land schaffen können, dann halte ich es für eine unsinnige Debatte, darüber zu streiten, ob es nun 33 000 oder 28 000 oder 35 000 sind. Herr Müller hat die Erfahrungswerte weitergegeben, wobei das die konservativen Erfahrungswerte sind. Es gibt Flughäfen, die andere Relationen haben, wie Schiphol beispielsweise. Dort ist die Relation eine Million Flugpassagiere pro Jahr - 4 000 Arbeitsplätze.

Wenn wir also sagen: Pro eine Million Passagiere 1 000 Arbeitsplätze direkt und 2 000 indirekt, dann sind wir sehr behutsam in der Kalkulation. Jeder kann sich ausrechnen, dass wir von einigen Zehntausend Arbeitsplätzen in der Region sprechen können.

(Vietze [PDS]: Und wie viel gehen in Tegel und Tempelhof verloren?)

- Im Moment arbeiten in den Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld etwa 11 000 Menschen, wenn Sie alles zusammennehmen. Wenn Sie eine Gesamtbilanz von 1 : 3 nehmen, wie ich sie vorhin aufgemacht habe, sind Sie bei 60 000. Wenn Sie die 11 000 Arbeitsplätze, die schon bestehen, abziehen, sind Sie zwischen 40 000 und 50 000. Ich will gar nicht mit Ihnen streiten, ob das 5 000 mehr oder weniger sind. Auch in einem Saldo, den man natürlich aufmachen muss, reden wir von einigen Zehntausend neuen Arbeitsplätzen - natürlich nicht im ersten Jahr, sondern man muss das in der Zeitachse, in der Entwicklung betrachten.

Aber, meine Damen und Herren, es kann überhaupt keine Frage sein, dass das so ist, und deswegen muss sich jeder überlegen,

ob wir es uns im Land Brandenburg in der Situation, in der wir auf dem Arbeitsmarkt sind, leisten können, dieses Projekt nicht zu realisieren. Ich glaube, wir würden fahrlässig handeln und eine der größten Zukunftschancen dieses Landes vergeben, wenn wir uns von diesem Projekt weg bewegen würden.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Sie können davon ausgehen, dass wir uns der Verantwortung bewusst sind, was die Folgen der Belastung anbetrifft. Deswegen finde ich auch den Antrag gut, auch diesen Punkt des Lastenausgleiches - so will ich es einmal nennen. Wir werden diese Fragen mit der notwendigen Sorgfalt aufarbeiten und Ihnen beantworten, weil nicht nur das Parlament, sondern auch die Menschen in der Region eine klare Antwort zu dem bekommen müssen, was sie erwartet.

Ich will noch einige Anmerkungen zum Thema des Flughafenumfeldes machen. Wenn der Prozess im Flughafenumfeld nicht kontrolliert stattfindet, dann leidet die Region ein zweites Mal. Also ist es notwendig, dass wir auf regionaler Ebene einen Prozess installieren - wir reden so oft von integrierter Regionalpolitik; an dem Beispiel können wir beweisen, was das bedeutet -, der diesen Entwicklungsgang in der Gesamtregion steuert und lenkt.

Durch den Ausbau des Flughafens Schönefeld wird es Veränderungen der räumlichen Struktur über die Gemeindeämter- und Landkreisgrenzen, ja sogar über die Ländergrenzen hinaus geben. Aus diesem Grunde wollen wir in Abstimmung mit den Berliner Kollegen die Gründung einer regionalen Flughafenumfeld-Gesellschaft vornehmen, die die Länder Berlin und Brandenburg einbezieht, aber auch Private und vor allem die Gemeinden um den Flughafen herum. Das ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt. Im Rahmen dieser privaten und staatlichen Partnerschaft in der Flughafenumfeld-Gesellschaft wollen wir die notwendigen Entwicklungs- und Lenkungsarbeiten angehen.

Ich gehe davon aus, dass die Partner, die sich in diesem Umfeld befinden, in einer Weise dort vertreten sind, dass ihre Interessen nicht ausgeblendet werden können. Das gilt für alle Partner. Ich möchte keine Alibi-Veranstaltung für die Gemeinden, die dann überstimmt werden können, sondern sie müssen eine Möglichkeit haben, diesen Prozess mitzugestalten.

Ich bin sehr froh darüber, dass bisher fünf von sieben Gemeinden des Amtes Schönefeld in entsprechenden Gemeindevertreterversammlungen bereits zugestimmt haben. Ich bin zuversichtlich, dass die anderen beiden Gemeinden des Amtes in den Sitzungen, die demnächst anstehen, ebenfalls zustimmen werden, sodass das gesamte Amt Schönefeld mit allen sieben Gemeinden in dieser Flughafenumfeld-Gesellschaft vertreten sein wird. Das ist ein erster, ganz wichtiger Schritt zur Einbeziehung dieser Gemeinden.

Ich füge hinzu: Wir lassen die Tür für die anderen Gemeinden, die nicht zum Amt Schönefeld gehören, für eine bestimmte Zeit offen. In dieser Zeit können sich die anderen Gemeinden in dieser Region entscheiden, ob sie mitmachen wollen. Wenn sie das nicht tun, dann wird die Flughafenumfeld-Gesellschaft ohne sie arbeiten. Wir machen das Angebot an alle anderen, aber es besteht eine begrenzte zeitliche Möglichkeit, von diesem Ange-

bot Gebrauch zu machen. Wir wollen diese Umfeldgesellschaft bis zum Ende des Jahres 2000 gegründet haben.

Wir haben, um ganz sicher zu sein, wie sich die Entwicklung darstellen kann, den Auftrag gegeben, die Flughäfen in München, in Amsterdam, in Madrid und einen Flughafen in den Vereinigten Staaten, der jetzt entstanden ist, sorgfältig zu analysieren, um die Trends, die sich in einem Flughafenumfeld ergeben, aufzunehmen, um gut reagieren zu können, um rechtzeitig die Weichen entsprechend stellen zu können.

Natürlich können wir dann hier keine Kopien machen, weil wir die Besonderheiten der Region berücksichtigen müssen. Aber es ist immer gut, von den Erfahrungen anderer zu lernen und davon zu profitieren. Das Gutachten wird zum Ende des Jahres vorliegen. Die Themenpunkte werden aufgearbeitet sein. Dann können wir, wie das der Antrag verlangt, im März 2001 den Antrag beantworten und Angaben zu Personal- und Finanzbedarf und zu den konkreten Aufgaben der Gesellschafter machen. Ich kann Ihnen sagen: Auch angesichts der Beschlüsse, die wir in den letzten Tagen bekommen haben, ist es eine ausdrückliche Freude, diesen Antrag im März 2001 zu beantworten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Fürniß. Ich freue mich, dass das Parlament so großzügig mit dem Verteilen von Freude ist. - Das Wort geht noch einmal an die Fraktion der SPD, und zwar an Herrn Abgeordneten Schulze.

Schulze (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Es wird nicht das kommen, was Sie erwarten. Aber so ist das manchmal: Das Erwartete ist das Unerwartete.

Ich möchte meinen Beitrag, der zugegebenermaßen zeitlich begrenzt ist, mit einer kleinen Anekdote, einer wahren Begebenheit beginnen. Es war, glaube ich, im Jahre 1996, da gab es eine städtebauliche Konferenz in Potsdam/Ludwigsfelde. Prinz Charles war da und es gab einen großen Andrang. Ein Kinderchor wollte dem Prinzen ein Liedchen singen. Herr Ministerpräsident, die Anekdote dreht sich auch um Sie und ich sehe, Sie erinnern sich gut. Jedenfalls wurden die Kinder von den Journalisten und von den vielen Anstürmenden weggedrückt. Der Ministerpräsident machte dann Platz und sagte: Bitte, Sie vergessen hier das Wichtigste, die Menschen. - Dann kamen die Kinder zu Wort.

Das ist mir deshalb so unverrückbar im Gedächtnis geblieben, weil ich es mir zum Vorbild gemacht habe, dass die Menschen im Mittelpunkt des Handelns stehen sollten.

Natürlich werden alle anderen, die heute hier so positiv von dem Flughafen und seinen „nachhaltig positiven Auswirkungen“ auf die Menschen gesprochen haben - ich verweise auf die Stellungnahme aus dem Gesundheitsministerium und der Senatsgesundheitsverwaltung -, einwenden, dass es immer unterschiedliche Interessenlagen und Positionen von Menschen geben kann. In diesem Zusammenhang möchte ich an das Wort erinnern:

„Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben.“

Das sollten wir uns ins Gedächtnis rufen. Wir müssen uns auch bei allen positiven wirtschaftlichen Dingen, die wir entwickeln wollen, fragen: Ist es erlaubt, um bestimmter wirtschaftlicher Vorteile willen anderen die konkrete Hölle auf Erden zu bereiten? - Ich sage das etwas überspitzt, aber ich sage es deshalb, weil ich Ihnen ins Gedächtnis rufen will: Es geht hier um Menschen, um Anwohner.

Bedauerlicherweise werden erst im Neudruck unter Ziffer 1.6 die Anwohner - da ist nicht von Betroffenen und nicht von Menschen die Rede, sondern von „Anwohnern“ - erwähnt, auf meine ausdrückliche Bitte und Intervention hin. Ich bedanke mich, weil ich darin ein Entgegenkommen der Standortbefürworter sehe - ein Flughafenbefürworter bin ich ja auch, nur für einen anderen Standort -, indem sie akzeptieren, dass man die Menschen mitnehmen muss.

Ich will in diesem Hause an Sie appellieren: Es wird keinen Flughafenstandort Schönefeld geben, egal, ob Sie ihn wollen bzw. ob andere ihn nicht wollen, wenn man nicht die Menschen mitnimmt. Deswegen habe ich Ihre Worte, Herr Minister Fürniß, sehr bedenklich aufgenommen, als Sie gesagt haben: Wir werden die Tür zu dieser Flughafenumfeld-Gesellschaft nur eine Zeit lang offen halten. - Ich sage Ihnen, wie man das verstehen kann: als unverhohlene Drohung. Ich hoffe, es war nicht so gemeint. Ich weiß, weil ich auch schon mit einigen Gemeindevertretern gesprochen habe: Hier ist ein sehr hohes Maß an Sensibilität in der Herangehensweise notwendig, denn unabhängig davon, ob man den Flughafen am Standort Schönefeld haben will oder nicht, muss man Vorsorge treffen für den Fall, dass die Gerichte letztendlich entscheiden: Er kommt dorthin.

Es ist unklug zu sagen: Ich will das nicht wissen, ich will das nicht hören, ich bin nur dagegen. - Für den Fall, dass der Flughafen kommt, muss man Vorsorge treffen, damit das alles organisiert wird. Aber dann müssen Sie die Leute auch mitnehmen. Deshalb sind die Worte, die Sie hier gefunden haben, zum Teil sehr bedenklich.

Ich möchte dringend davor warnen, hier Fristen zu setzen, sondern, ich denke, davor müssen Gespräche stehen, und zwar in einem angemessenen Rahmen. Der Ministerpräsident wird bestätigen können, dass schon vor vielen Jahren aus der Region heraus diese Vorschläge gekommen sind, schon 1997.

Ich hoffe, dass die Idee einer Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft nicht zu spät kommt; denn die Situation hat sich verhärtet und da ist jetzt ein Höchstmaß an Fingerspitzengefühl notwendig. Es geht um Menschen, es geht um ihre konkreten Lebenssituationen. Ich kann nur jedem empfehlen, der es nicht wahrhaben will, einmal nach Düsseldorf ans Ende der Start- und Landebahn zu fahren und sich dort anzuhören, wie sich das für die Menschen darstellt. Sie werden da keine glühenden Verfechter vom Flughafen finden. Dieselbe Situation finden Sie auch rund um Schönefeld.

Es ist bedauerlich, dass so wenige Interesse gezeigt haben. Es sind ja mehrere Veranstaltungen rund um Schönefeld gemacht worden, zum Beispiel das Flughafenbarbecue, zu dem ich leider nur Kollegen Vietze begrüßen konnte. Sie würden in der ganzen Frage ein wenig sensibler an die Sachverhalte herangehen, wenn

Sie in Augenschein genommen hätten, was es für die Menschen bedeutet.

Ich möchte Sie noch einmal bitten, bei allen wirtschaftlichen Interessenlagen nicht die vitalen Lebensinteressen von mindestens 50 000 Menschen - das ist die untere Grenze der Zahlen, die die Landesregierung und die Gemeinsame Landesplanungsabteilung selbst angegeben haben - so einfach hinwegzuwischen.

Sie haben gesehen, was im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens passiert: 135 000 Einwendungen. Das sind schwergewichtige Argumente und die produziert man sich, indem man einfach seinen Weg geht und nicht nach rechts und nach links schaut. Deshalb meine Bitte, wenn Sie das im Ausschuss beraten, ein stärkeres Augenmerk auf die Interessen der Menschen zu legen. Der Punkt 1,6 reicht bei weitem nicht aus, um die Interessenlage zu befriedigen, und ich finde ihn auch unter den vielen Punkten geradezu allein gelassen - sehr wenig, fast vergessen.

Das ist meine Bitte an Sie, denn die Menschen müssen mit Ihren Entscheidungen leben und sie können selbst kaum etwas dazu tun. Es ist nun einmal mein Job, ob ich mich hier beliebt mache, ob Sie das hören wollen oder nicht, ich bin deren Abgeordneter. Es ist mein Job, Ihnen hier zu sagen, was die Leute für Lebensinteressen haben, was sie sich von Ihnen erhoffen, wünschen und was sie vor allem befürchten.

Die Frage von Befürchtungen, um das noch mal auszuführen, ist eine spannende Frage, weil wir alle nicht wissen, was die Zukunft bringt. Herr Karney, Sie haben Ihre großen Hoffnungen zum Ausdruck gebracht, die vielleicht auch gerechtfertigt sind. Aber Hoffnungen sind Hoffnungen und noch nicht Wirklichkeit. Die anderen Menschen haben Sorgen und Ängste. Die müssen auch nicht in diesem umfassenden Maße zum Tragen kommen. Vielleicht gibt es ja etwas dazwischen. Aber das bedarf einer sorgfältigen Abwägung und eines Miteinander. Davon haben wir aber in der Region in den letzten Jahren leider wenig zu spüren bekommen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Schulze. - Ich gebe das Wort noch einmal an die Landesregierung. Herr Minister Fürniß, bitte!

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem, was Herr Schulze gesagt hat, möchte ich noch zwei Anmerkungen machen.

Ich warne davor, die Interessenlagen gegeneinander auszuspielen. Hier geht es nicht darum, die wirtschaftlichen Interessen gegen die Interessen der Menschen auszuspielen. Wenn Sie sich zum Anwalt der Menschen machen und sagen, Sie müssen diese verteidigen gegen die Wirtschaftsinteressen, so ist das genauso unsinnig wie zu sagen, ein anderer verteidigt die Wirtschaftsinteressen gegen die Interessen der Menschen. Beides ist falsch.

Wir haben eine Gesamtverantwortung und das macht die Entscheidung so schwierig. Ich würde Sie bitten, dass wir diesen Weg nicht gehen. Ich war vor Ort. Ich habe mit den Gegnern gesprochen, habe meine Erfahrungen gemacht, habe die Dialogfähigkeit der Gegner am eigenen Leibe erfahren. Ich könnte Ihnen erzählen, wie hoch die Dialogfähigkeit, die Toleranzschwäche dort ist.

(Zwischenruf bei der PDS: Wir auch!)

Ich habe den Dialog mit den Bürgermeistern begonnen, und zwar mit allen. Ich habe sie alle eingeladen. Manche sind gekommen, manche nicht. Manche haben mir einen Brief geschrieben und haben mir deutlich gemacht, dass sie von dem ganzen Zeug sowieso nichts halten. Das ist auch in Ordnung. Das muss man dann akzeptieren. Also, was ich damit zum Ausdruck bringen will: Ich teile Ihre Einschätzung, dass das ein sensibler Vorgang ist und dass wir behutsam miteinander umgehen müssen. Aber die Bürger dieses Landes haben auch einen Anspruch darauf, von der Regierung zu erfahren, welche Ziele sie verfolgt, und sie haben einen Anspruch darauf zu wissen, dass wir an diesen Zielen festhalten, dass wir auch in den Wegen offen sind und nach einem Interessenausgleich suchen. Das wollte ich noch einmal gesagt haben.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie noch eine Frage, Herr Minister?

Minister Dr. Fürniß:

Gerne. Ja, natürlich.

Schulze (SPD):

Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, dass es lobenswert ist, die Bürgermeister einzuladen? Würden Sie mir vielleicht auch zustimmen, dass es vielleicht noch besser ist, nicht einzuladen, sondern hinzugehen und sich vielleicht dort auch Moderatoren zu bedienen, die vielleicht dafür sorgen können, dass gegebenenfalls vorhandene Verhärtungen ein wenig aufgebrochen werden? Würden Sie mir da zustimmen?

Minister Dr. Fürniß:

Ich stimme Ihnen zu. Ich bin zuerst hingegangen und habe mit ihnen dort gesprochen und dann habe ich sie zu mir eingeladen.

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Fürniß. - Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angekommen. Wir kommen zur Abstimmung des Antrages der Fraktion der SPD und der CDU, der Ihnen in der Drucksache 3/1965 - Neudruck - vorliegt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 7 und rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Bericht über die Innovations-, Forschungs- und Technologieleistungen des Landes Brandenburg

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/1966

Jetzt kommt eine erfreuliche Mitteilung: Die Fraktionen haben vereinbart, hier keine Debatte zu führen, sodass ich sofort zur Abstimmung kommen kann über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU, die beantragt haben, die Drucksache 3/1966 der Fraktion der PDS an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur - federführend - und an den Ausschuss für Wirtschaft zu überweisen.

Wer diesem Überweisungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen, - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 8 und rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Neuausschreibung und Neufestsetzung der Ausschreibungsziele für einen Flughafen in Schönefeld bei Berlin

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/1967

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der PDS, Frau Abgeordnete Tack, Sie haben das Wort.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wäre schon für eine kleine Pause gewesen, aber so bleiben wir nahtlos beim Thema.

Die Privatisierung der Berlin Brandenburg Flughafen Holding ist auch in diesem Jahr nicht zustande gekommen. Das eine Bieterkonsortium - Hochtief - löst sich auf, das andere Konsortium - IVG - bildet sich um. An seine Stelle soll demnächst eine neue Gesellschaft treten. Die von beiden Konsortien vorgelegten Angebote sind hinfällig. Ein neues, gemeinsames Angebot liegt bisher nicht vor. Eine neue Vergabe muss erfolgen.

Diese Bilanz, meine Damen und Herren, ist kein Ruhmesblatt für die BBF und für die Projektplanungs-Gesellschaft PPS und schon gar nicht für die Landesregierung als Gesellschafterin. Ich möchte in diesem Zusammenhang sehr gerne die Worte von Herrn Fürniß aufgreifen, dass der Flughafen eine Chance für die Region ist, egal in welcher Größenordnung.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Warum lassen Sie es dann zu, dass eine Panne nach der anderen stattfindet, viel Geld in den Sand gesetzt und Kompetenz infrage gestellt wird?

Zur Bilanz gehören Gerichtskosten von über 10 Millionen DM

für ein rechtsfehlerhaftes Verfahren, das überwiegend den BBF-Gesellschaftern oder der PPS anzulasten ist, sowie Verfahrens- und Planungskosten von 150 Millionen DM, die nun aus Haushaltsmitteln des Bundes, von Brandenburg und Berlin beglichen werden sollen.

Und, meine Damen und Herren, die nächsten Kosten für die öffentliche Hand sind abschbar - ich nenne hier nur einige -: rund 600 Millionen DM für die Entschuldung Baufeld Ost; mindestens 380 Millionen DM für den Ankauf für die von der BBI noch benötigten Flächen; 970 Millionen DM für die Schienenanbindung; 675 Millionen DM für die Straßenanbindung; circa 180 Millionen DM oder mehr für die Umsiedlung; circa 350 Millionen DM für Lärmschutzmaßnahmen und circa 200 Millionen DM für die Altlastensanierung.

Das sind die bisher veranschlagten Kosten in Millionenhöhe, die sich aus dem ersten Privatisierungsverfahren mit Hochtief, zumindest aus jetziger Sicht, ergeben.

Damit kommt auf die öffentlichen Haushalte, bevor mit dem Bau überhaupt begonnen werden kann, ein Gesamtbetrag von annähernd 3,5 Milliarden DM zu. An dieser Stelle möchte ich noch einmal deutlich sagen: Von einer rein privatwirtschaftlichen Finanzierung des BBI kann also schon lange nicht mehr die Rede sein.

Eine zweite Finanzierungslücke, über die wir hier im Parlament sehr gestritten haben bei der Verabschiedung des ersten Privatisierungsversuchs mit Hochtief, von mindestens 2,3 Milliarden DM ist nach wie vor offen. Sie werden sich erinnern, dass diese damals mit einer durch die Fluggäste zu zahlenden, umstrittenen Flughafengebühr gedeckt werden sollte. Ich denke, das ist eine Summe, die durch die öffentliche Hand aufzubringen ist. Die spannende Frage ist: Wer in welcher Verantwortung kann sich dieses leisten?

Neben diesen abschabaren finanziellen Belastungen treten neue rechtliche Risiken auf. Ob der angestrebte Vertrag zwischen den Konsortien von IVG und Hochtief bis zum Jahresende tatsächlich rechtswirksam zustande kommt und ob er dann vom Bundeskartellamt und von der EU genehmigt wird, ist auch noch offen. Ich nenne nur die Fakten.

Zurzeit kann noch nichts über das erst noch auszuarbeitende Kaufangebot an die BBF für die drei Flughäfen Tegel, Tempelhof und Schönefeld und über das darin eingeschlossene Finanzierungskonzept zur Errichtung des BBI gesagt werden. Der Kaufpreis für die BBF ist wegen deren Überschuldung seit 1998 kontinuierlich gesunken. Ursprünglich waren es 650 Millionen DM, zuletzt waren es 300 Millionen DM. Ob der Kaufpreis auf dem Niveau aufrechterhalten werden kann, ist ungewiss. Das bisherige Vergabeverfahren zur Privatisierung der BBF und der Errichtung des BBI mit dem Zusammenschluss der Konsortien von IVG und Hochtief ist hinfällig.

Eines lässt sich aber schon jetzt mit Sicherheit sagen: Der auch von der Landesregierung gebilligte Weg des Zusammengehens von IVG und Hochtief wird für die öffentliche Hand sehr teuer. Hinzu kommt, dass Klagen Dritter bisher ausgeschiedener Bieter nicht ausgeschlossen werden können. Diese bereits gerichtlich festgestellte Tatsache wird durch den in der vergangenen Woche vor dem Brandenburger Oberlandesgericht geschlossenen Vergleich nicht beseitigt.

Nachdem die Privatisierung der Flughafenholding nun frühestens zum Ende des ersten Halbjahres 2001 zu erwarten ist, offenen Millionenlöcher im Finanzplan für das nächste Jahr die vor allem durch die fehlerhafte Vergabepaxis und durch den hierdurch eingetretenen Zeitverzug aufgelaufenen Verluste bei der BBF. Wie in der Hauptausschusssitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am vergangenen Freitag zu erfahren war, wird bei der BBF im kommenden Jahr eine Finanzlücke von rund 150 Millionen DM erwartet. Hierbei handelt es sich vor allem um die bis einschließlich Ende des Jahres 2000 verauslagten Kosten für das rechtsfehlerhafte Privatisierungsverfahren sowie um die bisherigen Planungsaufgaben für den BBI und seine Verkehrsanbindung.

Die Gesellschafter der BBF gingen zunächst davon aus, dass diese Mittel für die BBF aus dem Privatisierungserlös abgedeckt werden können. Da die Privatisierung in diesem Jahr nicht mehr zustande kommt, sollen und müssen die Zuschüsse für die BBF aus Haushaltsmitteln des Bundes, des Landes Berlin und des Landes Brandenburg beglichen werden. Dabei stellt sich die Frage: Woraus sollen sie beglichen werden? Sie sind bisher nicht eingeplant. Dennoch muss eine Entscheidung getroffen werden. Die Steuergelder müssen aufgebracht werden.

Weitere Risiken entstehen aus der fortlaufenden Überschuldung der Flughafengesellschaft. Bereits Anfang des Jahres 1999 war durch die Wirtschaftsprüfer der BBF ein Bilanzverlust der Holding in Höhe von 737,6 Millionen DM festgestellt worden. Im Ergebnis verringerte sich das Stammkapital zum Stichtag 31. Dezember 1998 um fast 45 %. Seither fehlt der BBF das Kapital. Von den knapp 275 Millionen DM Kapitalvernichtung in der BBF seit 1998 entfallen - das wissen Sie - 37 % auf das Land Brandenburg. Das sind absolut ausgedrückt 102 Millionen DM Landesvermögen, die in den letzten Jahren in der BBF verloren gegangen sind. Diese Verluste müssen ausgeglichen werden. Das muss mindestens bis zu einem Betrag, der oberhalb der Hälfte des ursprünglichen Stammkapitals liegt, ersetzt werden. Sie wissen das.

Meine Damen und Herren! Kritik an dieser Entwicklung wird inzwischen auch aus den Reihen der Gesellschafter der BBF laut. Der Berliner Landesvorsitzende der SPD und Verkehrsminister Peter Strieder sagte: Sie haben ein Privatisierungsverfahren in den Sand gesetzt und Hunderte Millionen DM beim Baufeld Ost verloren. - Das war an den Regierenden Bürgermeister und Vorsitzenden des Aufsichtsrates der BBF gerichtet.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen ganz bewusst die vielen Zahlen genannt, um auf die Situation aufmerksam zu machen. Sie ist sehr ernst. Man kann über die Chancen eines Großflughafens reden, man muss aber gleichzeitig genau wissen, auf welche Risiken man sich einlässt und ob man bereit ist, die finanziellen und die rechtlichen Risiken in Zukunft zu tragen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Die PDS-Fraktion ist der Meinung, dass es an der Zeit ist, dass die Landesregierung den Landtag über die finanziellen und die rechtlichen Risiken des von ihr in den vergangenen Wochen gebilligten neuen Versuchs der Privatisierung der BBF und der Errichtung des Großflughafens Berlin Brandenburg International unterrichtet.

Es ergeben sich zu dem bisher Gesagten weitere Risiken. Weitere Risiken können aus dem Planfeststellungsverfahren entstehen, aus

den weiterhin wachsenden Schulden aus dem Gründerwerb im Baufeld Ost, aus dem nach Presseberichten angeblich bereits eingeleiteten neuen Gründerwerb - ohne bestätigte Flughafenpläne -, aus der bis heute ungesicherten Finanzierung des Investitionsvorhabens BBI, aus den bereits gerichtlich festgestellten Fehlern in den zurückliegenden Vergabeverfahren und aus der bevorstehenden kartell- und wettbewerbsrechtlichen Prüfung des angekündigten Zusammengehens von IVG und Hochtief.

Auch diese Risiken wollte ich eindeutig benennen, weil es notwendig ist, dass sich hierzu die Landesregierung als Gesellschafterin in der PPS eindeutig positioniert.

Auf diese Risiken deuten die angekündigten Stellungnahmen - das will ich eindeutig unterstreichen - der Rechnungshöfe des Bundes, von Berlin und von Brandenburg hin. Sie sind keine Erfindung - das sage ich ausdrücklich - der PDS-Fraktion, sondern das sind die angekündigten Einschätzungen der Rechnungshöfe, die darauf aufmerksam machen, dass dieses Konstrukt, das sie gegenwärtig weiter verfolgen, in Zukunft mit Risiken behaftet ist, die aus jetziger Sicht nicht zu überschauen sind.

An dieser Stelle sagen wir Ihnen - deshalb haben wir den Antrag eingebracht -: Folgen Sie unserem Antrag! Es besteht die Chance, einen Schnitt zu machen, in ein neues Verfahren zu gehen und vorher einen realistischen Bezug zu finden, um ein neues Konzept mit realistischen Prognosezahlen für den Luftverkehr in der Region Berlin-Brandenburg auf den Tisch zu legen. Es besteht die Chance, gemeinsam mit den Partnern unter Beachtung der Entwicklung in Leipzig-Schkeuditz und dem Luftverkehrsaufkommen eine kluge Bilanz zu ziehen und sich endlich einig zu werden, ob der Konsensbeschluss von 1996 noch Realität besitzt.

(Beifall bei der PDS)

Geht es darum, Tempelhof und Tegel zu schließen? Oder geht es darum, einem Flughafensystem mit allen drei Flughäfen eine Zukunft zu geben? - Dann muss sicherlich ein Flughafen in Schönefeld eine andere Kapazität haben.

Wir bitten Sie, der nüchternen Bilanz zu folgen. Sehen Sie darin eine Chance, ein neues Angebot zu unterbreiten. - Schönen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Schönen Dank, Frau Abgeordnete Tack. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Bischoff.

Bischoff (SPD): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kollegin Tack, uns liegt ein Antrag der PDS-Fraktion vor, in dem erneut versucht wird, die prinzipielle Gegnerschaft zum Flughafenprojekt Berlin Brandenburg International in das Gewand der konstruktiven Kritik zu kleiden und nach Darstellung und Bewertung berechtigter, aber auch konstruierter Risiken die Neuausschreibung des Großflughafens zu fordern.

Lassen Sie mich vorab wiederholen, was heute mehrfach betont worden ist. Dieses Projekt, der Großflughafen Berlin Branden-

burg International, wird zum größten Arbeitgeber in der Region. Sie haben Recht, auch dabei geht es selbstverständlich um die Menschen. Der Großflughafen ist der Standortfaktor Nummer 1. Er ist gewollt. Ich sage ganz offen, liebe Kolleginnen und Kollegen, er wird auch kommen. Der Konsensbeschluss steht. Der Singleflughafen BBI in Schönefeld wird bei Schließung der beiden innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel kommen. Wir sagen ganz deutlich - auch mit Blick auf Berlin -:

(Zuruf von der PDS)

Jeder, der den Konsensbeschluss infrage stellt, muss wissen, dass er den Gegnern des Projektes klassisch in die Hände spielt. Das ist kontraproduktiv für das laufende Planfeststellungsverfahren, dessen Ergebnis wir ansonsten nicht vorgreifen wollen und können. Klar gesagt: Eine Region Berlin-Brandenburg mit drei Provinzflughäfen ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es ist selbstverständlich - und daran wird aus Brandenburger Sicht nicht gerüttelt: Wir stehen zum Konsensbeschluss. Der Singleflughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld wird ein Wirtschaftsmotor. Wir wollen diesen Wirtschaftsmotor. Sie wollen ihn nicht, meine Damen und Herren von der PDS-Opposition.

(Frau Tack [PDS]: Das stimmt nicht!)

Den Geist der Verweigerung atmet auch dieser Antrag Ihrer Fraktion zu diesem Thema. Das ist der Fakt, auch wenn Sie dies nicht gerne hören wollen.

Ich werde hier natürlich nicht auf alle Mutmaßungen und spekulativen Wertungen antworten, die in der ausgesprochen ausführlichen Begründung Ihres Antrages nachzulesen sind, sondern greife Ihre zentrale, aber auch falsche Behauptung auf, die Sie nun inzwischen weit über ein Jahr lang verkünden, die da lautet, das Vergabeverfahren zur Errichtung des Großflughafens sei schlicht gescheitert. Oder, wie Sie es in der Sache ebenso falsch in Ihrem Antrag variiert haben:

„Das Vergabeverfahren ... muss wegen rechtlicher Fehler aufgehoben werden.“

Nein, das muss es nicht. Sie wissen das genau.

Es verwundert nicht, dass Sie sich in der Antragsbegründung am vehementesten gegen die nun eingegangene Allianz von Hochtief und IVG aussprechen. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, verehrte Frau Tack, das Vergaberecht lässt durchaus die Möglichkeit zu, dass ein Bieterkonsortium mit Zustimmung der Vergabestelle um weitere Partner erweitert wird.

(Frau Tack [PDS]: Das weiß ich!)

Vizepräsident Habermann:

Herr Abgeordneter Bischoff, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bischoff (SPD):

Aber gern,

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Dr. Wagner!

Dr. Wagner (CDU):

Herr Bischoff, ich kann mir die Frage nicht verkneifen. Woher nehmen Sie die Sicherheit, dass der Konsensbeschluss garantiert wird, dass der Flughafen Schönefeld letztendlich errichtet wird? Kennen Sie - als Erweiterung dieser Frage - die von Frau Tack angeführten, noch nicht veröffentlichten Gutachten des Bundesrechnungshofes und der Landesrechnungshöfe Berlin und Brandenburg?

Bischoff (SPD): *

Verehrter Herr Kollege, nicht veröffentlichte Gutachten kann ein Abgeordneter selbstverständlich nicht kennen. Aber ich will Ihnen entgegen, ich kenne ein Gutachten der Lufthansa. Das Gutachten der Lufthansa korrigiert die Auslastungsprognose für Schönefeld gegenüber dem, was wir bis jetzt gewusst haben, noch deutlich nach oben.

Ich will fortsetzen. Natürlich sehen auch wir neben den Chancen mögliche Risiken im laufenden Vergabeverfahren. Deshalb ist es richtig, Sorgfalt an der Stelle walten zu lassen. Die kartellrechtliche Situation wird aber in Kürze von den zuständigen Gremien geklärt, weswegen wir uns hier jeglicher inhaltlicher Bewertung enthalten sollten.

Weiterhin kann man zum momentanen Zeitpunkt sagen, dass wir die Erklärung des Bundeskartellamtes, das Interesse der BBF-Gesellschafter an einer zügigen und wirtschaftlichen Realisierung des Großflughafens zu berücksichtigen, mit großer Freude zur Kenntnis nehmen, verehrter Kollege.

Festzuhalten bleibt, dass im Rahmen der nunmehr zwischen den zuvor konkurrierenden Konsortien erreichten Einigung bzw. dem Verzicht aller Beteiligten auf eine mögliche Schadensersatzforderung und vergaberechtliche Einwendungen sowie die Rücknahme aller anhängigen Rügen die Gefahr neuer Verzögerungen beim Verkauf der Flughafenholding durch weitere langwierige und - ich betone - auch kostentreibende Gerichtsverfahren abgewendet wurden und somit volle Handlungsfähigkeit im Vergabe- und Privatisierungsverfahren wieder hergestellt ist. Es ist ein Weg gefunden worden, der die Privatisierung und Entschuldung auf der Grundlage des Privatisierungskonzeptes der BBF-Gesellschafter ermöglicht. Genau aus diesem Grund, verehrte Kolleginnen und Kollegen, entbehrt der Antrag der PDS-Fraktion einer durchaus sachlichen Grundlage und wir werden ihn deshalb auch ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Bischoff und gebe das Wort an die Fraktion der DVU. Frau Abgeordnete Hesselbarth, bitte!

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es kurz zu machen: Die Fraktion der Deutschen Volksunion lehnt den von der PDS-Fraktion eingebrachten Antrag mit Nachdruck ab.

Meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion! Es geht Ihnen doch gar nicht um die Herstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes und um das geringste Risiko für das Land Brandenburg, es geht Ihnen um die Verzögerung mit dem Ziel der zeitlichen Verhinderung des gesamten Flughafenprojektes BBI.

Sie verlangen mit Ihrem Antrag eine neue Luftverkehrskonzeption, Sie selbst können hierfür keinen schlüssigen Zeitrahmen nennen. Der Zeitrahmen für die Vorlage einer solchen Luftverkehrskonzeption steht folglich in den Sternen. Der tatsächliche Baubeginn wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Sie wählen hiermit die offensichtlich zeitaufwendigste der von Ihnen selbst vorgestellten vier Varianten. Damit propagieren Sie den Weg des höchsten Risikos eines Verlustes der EU-Fördermittel aus den 2006 auslaufenden Programmen.

Das vorhersehbare Ergebnis wäre die politisch bürokratische Beerdigung alias Transrapid. Das ist doch das, was Sie wirklich wollen. Gehen Sie es doch zu! Sie fügen damit - dessen seien Sie sich sicher - dem Land Brandenburg und der gesamten Region Brandenburg-Berlin den größtmöglichen Schaden zu.

Oberstes Gebot muss in jedem Fall die möglichst rasche Verwirklichung des BBI im Interesse unseres Landes sein. Es ist schon viel Zeit ungenutzt ins Land gegangen. Es ist spät geworden. Und wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, Herr Prof. Dr. Bisky. Das gilt auch hier. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Hesselbarth. - Das Wort geht an die Fraktion der CDU, an Herrn Abgeordneten Dr. Ehler.

Dr. Ehler (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufmerksam, aber vorsichtig haben wir heute die Worte von Frau Tack vernommen. Ich bin insofern so vorsichtig, weil wir im August 1999 an gleicher Stelle zum gleichen Thema noch PDS-pur gehabt haben. Heute war PDS-light.

(Frau Tack [PDS]: Das wollten Sie möglicherweise so hören!)

PDS-light heißt - ich stimme Ihnen zu, und das muss man auch einmal im Landtag, auch wenn man für das Projekt ist, so deutlich sagen -: Dieses Privatisierungsverfahren ist kein Ruhmesblatt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Frage ist nur, ob man an dem Privatisierungsverfahren und an den Erfahrungen aus der Vergangenheit das Schicksal dieses Großprojektes aufhängen kann. Insofern muss man sauber teilen, was Sie sagten, nämlich darin, was berechtigte Kritik ist, was Fragen aufgeworfen hat, wofür aber jetzt auch Antworten gefunden werden, nämlich ein Privatisierungsverfahren, und genau schauen, was im PDS-Antrag steht.

Der PDS-Antrag hat eine relativ subtile Form der Argumentation. Sie erklären das Großprojekt zunächst einmal zum Patien-

ten. Der Patient bekommt vier Möglichkeiten, drei davon heißen: Du stirbst. Die vierte heißt: Wir denken noch einmal grundsätzlich über die Krankheit nach.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich lese, das Ziel des Antrages sei die Vorlage einer neuen Luftverkehrskonzeption, ein Singleflughafen, Verlagerungs- und Reduzierungspotenziale für den Flugverkehr, Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Flughäfen, Nutzung der vorhandenen Flughafen- und Verkehrsinfrastruktur, dann haben wir wieder PDS-pur; denn das ist der Tod des Projekts.

(Beifall bei CDU und SPD)

Insofern müssen wir den Teil, wo Sie zu Recht Zahlen genannt haben und wo man sich zu Recht als Parlament kritisch fragen muss, was in diesen Privatisierungsverfahren passiert ist, trennen von der immanenten Aussage.

Ich bleibe dabei - ich glaube, die CDU und die SPD misstrauen da zutiefst den Schalmeienklängen -, dass wir immer weiter der Überzeugung sind, dass Sie einfach gegen dieses Projekt sind. Ich sage noch einmal deutlich für die CDU-Fraktion aus Verantwortung für die Zukunft Brandenburgs und durchaus kritisch: Was die bisher verwendeten Mittel betrifft, sind wir für diesen Flughafen, denken, dass wir mit dem Fortführen des Privatisierungsverfahrens, mit dem Konsensbeschluss die stabile Grundlage haben, jetzt endlich das zu tun, was wir wollen: nämlich eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte Brandenburgs in einer vertretbaren Zeit umsetzen.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Dr. Ehler (CDU):

Selbstverständlich.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Christoffers!

Christoffers (PDS):

Ich habe zwei Fragen. Herr Kollege, dass die Region einen Flughafen braucht, ist unstrittig. Meine erste Frage: Stimmen Sie mir zu, dass mit der Art und Weise des Vergabeverfahrens ein Prämissenwechsel bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Land Brandenburg eingeleitet worden ist und dass die Entscheidung einer Kreisstelle, die irgendetwas öffentlich vergeben hätte, von den zuständigen Behörden aufgrund eines derartigen Verfahrens nicht nur gerügt, sondern eindeutig auch zurückgenommen worden wäre?

Meine zweite Frage: Auf der Grundlage welcher Aussagen gehen Sie davon aus, dass die Art und Weise des Vergabeverfahrens, die dann - nach Ihren Worten - „den Patienten“ auch generell betrifft, in Brüssel Bestand haben wird?

Dr. Ehler (CDU):

Herr Christoffers, wenn wir und die Landesregierung nicht

überzeugt wären, dass das Vergabeverfahren nach deutschen und Vergabekriterien der Europäischen Union rechtens wäre, würden der Wirtschaftsminister dieser Landesregierung und die Landesregierung dieses Vergabeverfahren nicht vertreten. Insofern sind wir selbstverständlich der Meinung, dass dieses Vergabeverfahren gemäß der entsprechenden Richtlinien verläuft.

Ich bleibe aber dabei: Berechtigte Kritik der Opposition kann ich bejahen, aber zum Tretreden dieses Projektes sage ich Nein!

(Vereinzelt Beifall bei CDU und SPD)

Wir haben diese Frage heute schon einmal behandelt - es gibt ein grundsätzliches Misstrauen, und zwar bei dem Thema Fusion. Wenn Sie sich den § 1 Ihres Antrages anschauen, dann stellen Sie fest, dass wir uns wieder genau dem Thema der Enquetekommission nähern. Wir blasen das Thema auf, wir walzen es breit und es bleibt die Frage, ob dahinter wirklich die Intention steht, dieses Projekt zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Ehler. - Das Wort erhält die Landesregierung, Herr Minister Fürniß.

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der PDS gibt mir die Gelegenheit, Sie zunächst einmal kurz über den am Freitag erzielten Vergleich zwischen der Vergabestelle und den beteiligten Konsortien zu informieren. Das Konsortium Hochtief wird als gleichwertiger Partner dem Konsortium IVG beitreten. Das ist eine Kleinigkeit, aber eine wichtige. Dies bedeutet, dass das Privatisierungsverfahren mit nur noch einem Bieter fortgesetzt wird. Sie können davon ausgehen, dass wir vorher genau geprüft haben, ob das vergaberechtlich möglich ist.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

- Liebe Frau Tack, ich habe eine Aufgabe übernommen, die nicht vergnügungssteuerverpflichtig ist, aber ich habe auch einen Eid geschworen, dass ich mich im Rahmen der Rechte und Gesetze bewegen werde.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Tack [PDS])

- Das ist doch selbstverständlich. Ist das für Sie nicht selbstverständlich?

(Frau Tack [PDS]: Für uns schon!)

- Dann unterstellen Sie bitte anderen nichts Anderes. - Wir haben im Rahmen dieses Verfahrens auch gelernt, dass man vor Gericht, wie Sie wissen, in Gottes Hand ist. Wenn man nach bestem Wissen und Gewissen unter Beachtung aller Spielregeln handelt.

(Zuruf von der CDU: Die Kommunisten sind doch Atheisten!)

erlebt man Dinge, die man nicht erwartet; das muss ich Ihnen zugestehen. Ich habe das Vergabeverfahren in den letzten Jahren

sozusagen aktenmäßig aufgearbeitet; ich war nicht dabei. Aber ich muss Ihnen sagen: Was ich in diesem Jahr erlebt habe, ist in der Tat so, dass ich mich manchmal frage, wie groß eigentlich der eigene Handlungsspielraum noch ist; denn es geht um Dinge, die letztlich doch ganz woanders entschieden werden, aber nicht mehr dort, wo politische oder wirtschaftliche Interessen zur Disposition stehen.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Minister Dr. Fürniß:

Gerne.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Frau Tack!

Frau Tack (PDS):

Herr Minister, ich möchte Ihnen nichts unterstellen, ich möchte Sie nur fragen, ob Sie uns in der Opposition verstehen können, dass wir nach zehn Jahren - wir haben das Verfahren zehn Jahre begleitet - sehr skeptisch sind, wenn ein Minister erklärt, er habe es „voll in der Hand“. Ihr Vorgänger, Herr Minister Linde, der es „voll in der Hand“ hatte, wurde im Haushaltsausschuss in einer Anhörung zu diesem Projekt befragt, ob das neue EU-Vergaberecht vom 01.01.1999 zur Anwendung kam. Die Antwort von Minister Linde war: Ja. Aber das Gegenteil war, wie Sie wissen, der Fall.

Vizepräsident Habermann:

Frau Tack, Sie sind zu einer Frage aufgefordert und nicht zu einem Kommentar.

Frau Tack (PDS):

Die Frage habe ich gestellt.

Vizepräsident Habermann:

Aber Sie haben einen langen Kommentar nachgeschoben.

Minister Dr. Fürniß:

Ich habe die Frage verstanden. - Ich verstehe Ihre Skepsis. Ich habe nicht gesagt, dass ich das voll in der Hand habe, sondern ich habe gesagt, dass wir das auf der Grundlage der bestehenden Gesetze und Spielregeln sorgfältig geprüft haben. Das ist alles, was ich gesagt habe. In einem Rechtsstaat bleibt die Unwägbarkeit der Überprüfbarkeit durch Gerichte, das ist so.

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Die Vergabestelle steht in einem intensiven Kontakt zum Bundeskartellamt. Das Bundeskartellamt hat uns zugesichert, in der anstehenden Prüfung auch das öffentliche Interesse an einer zügigen und wirtschaftlichen Realisierung des BBI zu berücksichtigen. Wir gehen davon aus, dass die Prüfung noch in diesem Jahr abgeschlossen sein wird und wir dann zügig mit den weiteren Verhandlungen zur Privatisierung beginnen können. Daraus schließe ich, dass ein

neues Luftverkehrskonzept bzw. eine Neuausschreibung des Verfahrens der Privatisierung im Moment nicht zur Diskussion stehen. Wir müssen erst einmal das abschließen, was wir haben.

Im Übrigen würde es, wenn wir jetzt ausstiegen, so teuer werden, dass man es sich allein unter diesem Aspekt schon sorgfältig überlegen muss. Und ich stimme Herrn Ehler zu, es wäre das Ende des Projekts, wie es derzeit vorgesehen ist.

Wir gehen davon aus, dass wir Anfang des Jahres 2001 ein überarbeitetes Angebot des verbliebenen Bieters auf dem Tisch haben werden. In den dann anstehenden Verhandlungen werden wir nur einem Abschluss zustimmen, wenn wir zu einem für alle Seiten wirtschaftlich akzeptablen Ergebnis kommen. Anschließend werden wir umgehend im Landtag darüber zu diskutieren haben.

Vizepräsident Habermann:

Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Minister Dr. Fürniß:

Geme.

Vizepräsident Habermann:

Bitte schön, Herr Christoffers!

Christoffers (PDS):

Um eines klarzustellen: Ich will einen Flugplatz in der Region. - Herr Minister, ich habe eine Frage: Würden Sie mir zustimmen, dass es für die öffentliche Hand äußerst problematisch ist, mit einem Bieter zu verhandeln, wenn keinerlei Konkurrenz mehr absehbar ist und die aus dem Verfahren heraus einzig möglichen Unternehmensgruppen sich auch noch zusammengeschlossen haben, um die Interessen der öffentlichen Hand gegenüber diesem großen Bieterkonsortium durchzusetzen?

Minister Dr. Fürniß:

Es wäre mir lieber gewesen, wir hätten Alternativen. Aber die Alternative, die wir haben, nämlich es mit eigenen Kräften zu versuchen, bleibt.

(Frau Tack [PDS]: Darüber würde ich gern noch einmal reden.)

Ich möchte noch drei abschließende Anmerkungen machen. Ich lese aus dem Antrag der PDS heraus, dass die PDS den Flughafen will. Das wird im Protokoll festgehalten. Die PDS will diesen Flughafen, aber sie will ihn nicht als Drehkreuz und nicht in der Größenordnung, wie wir ihn wollen.

(Frau Tack [PDS]: Richtig! Das können Sie gern festhalten!)

Wenn Sie das zu Ende denken, heißt das aber, dass wir dann in der Konkurrenz mit den anderen Drehkreuzen keine Chance haben werden, dass wir Passagiere verlieren werden und dass wir uns mit einer Provinzrolle zufrieden geben müssen - und das steht der Hauptstadtregion nicht an.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der PDS-Antrag enthält kritische Anmerkungen, die berechtigt sind; er stellt die richtigen Fragen, kommt aber leider zum falschen Ergebnis.

Eine letzte Anmerkung zum Konsensbeschluss: Ein Konsensbeschluss kann, so wie er besteht, auch nicht durch Veranstaltungen der Jungen Union aufgeweicht werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Im Übrigen muss ich Ihnen sagen, dass ich heute einen Brief des Regierungssprechers des Berliner Senats bekommen habe, in dem Herr Diepgen eine Richtigstellung von der „Berliner Morgenpost“ verlangt hat. Er hat das nicht gesagt. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Minister Fürniß. - Wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angelangt und wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion der PDS beantragt, die Drucksache 3/1967 an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Überweisungsantrag nicht gefolgt worden.

Ich komme zur direkten Abstimmung des Antrages - Drucksache 3/1967 - der Fraktion der PDS. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Veränderung von Verordnungen des Wohnungswesens

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/1969

Ich eröffne die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion. Herr Abgeordneter Warnick, Sie haben das Wort.

Warnick (PDS): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die von der PDS hier vorliegenden Vorschläge beziehen sich auf wohnungswirtschaftliche Verordnungen, die in den letzten Tagen Bestandteil vieler kontroverser Diskussionen bei Experten und Interessenverbänden waren, von der Verbandstagung der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) am Montag in Cottbus über die Veröffentlichung der Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zum Leerstand am Freitag in Berlin bis zum Landesverbandstag des Brandenburgischen Mieterbundes vor zehn Tagen in Potsdam.

Es gibt eine Gemeinsamkeit über alle Verbände und Parteien hinweg: Der hohe und weiter steigende Wohnungsleerstand in

vielen Regionen Ostdeutschlands gefährdet die Wirtschaftlichkeit von Wohnungsunternehmen zum Teil existenziell und erfordert damit zügiges Handeln im Interesse aller Betroffenen. Dies ist auch der Grund dafür, dass die demokratischen Sozialisten hier im Landtag jeden Monat versuchen, mit neuen Initiativen politisches Handeln zu forcieren.

So einig sich alle auch in der Sorge bezüglich der negativen Auswirkungen des Leerstandes sind, so unterschiedlich sind die Lösungsvorschläge und teilweise auch die Bewertungen der Ursachen. Wie diese Lage entstanden ist, wäre zu gegebener Zeit auch noch einmal zu diskutieren. Die Story von der angeblich verfehlten Industriepolitik der DDR ist mir zu billig. Eher gefällt mir die Frage, ob es nicht mit verfehlter Förderpolitik nach 1990 - Stichwort Sonder-AFA - und mit gezielter Deindustrialisierung durch Treuhand und Nachfolger zu tun hat oder, vor allem bei den Altbauten, mit dem verhängnisvollen Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“. Das nur als kleinen Beitrag zur Ursachenforschung.

Minister Meyer hat mit verschiedenen Ankündigungen deutlich gemacht, dass in der großen Koalition seine früheren Maßstäbe an wohnungspolitische Regelungen im Lande nur noch bedingt gelten. Da fragt sich die PDS-Fraktion, warum ein Minister so schnell von seinen Grundsätzen, die noch vor wenigen Monaten galten, abrückt. Aber vielleicht wird er uns dies nachher nachvollziehbar erklären.

Nun zu den Einzelheiten. Wir sind uns offenbar darüber einig, dass die noch 1998 erfolgte großzügige Ausweisung von Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf nicht mehr zeitgemäß ist. Deshalb soll diese Verordnung auch geändert werden. Wir teilen die Auffassung von Minister Meyer, dass dabei der erweiterte Kündigungsschutz, insbesondere im engeren Verflechtungsraum, nicht leiden darf und dass auch künftig den Kommunen das Recht zur Belegung von Wohnungen zugestanden werden muss. Das ist nach Wohnungsbindungsgesetz an die Verordnung gebunden, wobei die Überschneidungen mit dem Brandenburgischen Belegungsbindungsgesetz beachtet werden müssen. Letzteres gilt nicht nur in den Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf, sondern gibt allen Kommunen die Chance, 50 % der Wohnungen, für die Altschuldenhilfe in Anspruch genommen wurde, mit Belegungsrechten zu binden. Auch das haben wir berücksichtigt, während wir die Ausweisung von Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf reduzieren wollen.

Erfahrungsgemäß sind das die Kommunen mit einem hohen Leerstand, in denen dann nach unserem Vorschlag durch Veränderung der Gebietsverordnung eben auch das Wohnungsbindungsgesetz nicht mehr gelten würde, aber auch gleichzeitig die Kommunen mit einem hohen Bestand an Wohnungen, für die Belegungsrechte nach dem Belegungsbindungsgesetz geltend gemacht werden können. Dadurch kommt es zu einer Kompensation sonst negativer Effekte für Kommune und Mieterschaft. So weit, so gut und, wie ich annehme, auch Einigkeit.

Nun zum Dissens. Minister Meyer will auch die Zweckentfremdungsverbotsverordnung und die Verordnung über den erweiterten Kündigungsschutz völlig außer Kraft setzen.

(Beifall des Abgeordneten Neumann [CDU])

Er hat am Montag in Cottbus mit der Bemerkung: „Dies machen

wir so, basta!“, angelehnt an das Kanzlerwort, keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass er, demokratische oder fachliche Debatte hin oder her, das so umsetzen will.

(Neumann [CDU]: Vernünftig!)

Dies hält mich nicht davon ab, wieder laut zu fragen: Warum? Denn eine wirkliche Hilfe für die riesigen Probleme der Brandenburger Wohnungswirtschaft ist damit in keiner Weise verbunden.

(Neumann [CDU]: Doch!)

Unserer Auffassung nach - und dies hat Ihnen Herr Ludwig zu einem Antrag der CDU im Mai 1999, damals noch im Konsens mit der SPD, gesagt - reicht es doch, die Gebietsverordnung zu ändern. Die Zweckentfremdungsverbotsverordnung und die Verordnung über den verbesserten Kündigungsschutz gelten doch nur in jenen Gebieten, die durch die Gebietsverordnung ausgewiesen sind. Wenn Sie jedoch die Gebietsverordnung im engeren Verflechtungsraum erhalten wollen, aber Zweckentfremdungsverbotsverordnung und Kündigungsverordnung generell streichen, widersprechen Sie eindeutig dem ursprünglichen Anliegen. Das muss doch wohnungspolitisch in den Regionen, in denen der Leerstand nicht erheblich ist oder gar nach wie vor noch nicht genug Wohnungen zur Verfügung stehen, weitergelten.

(Neumann [CDU]: Quatsch!)

Oder gilt jetzt doch: „Verwertungsinteresse geht vor Mieterschutz“?

Die SPD wusste noch im Mai 1999 hier im Landtag:

„Aus der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt den Schluss zu ziehen, die Zweite Zweckentfremdungsverbotsverordnung könne aufgehoben werden, halte ich für abwegig. Sie ist kein Hindernis bei der Sanierung und Neugestaltung ...“

Für uns gilt wie schon 1999: Ja, eine Veränderung der Gültigkeit der Zweckentfremdungsverbotsverordnung kann die wirtschaftlichen Bedingungen für Wohnungsunternehmen verbessern. Wir wissen auch, dass sich die Vermieterverbände dafür stark machen. Ob allerdings die völlige Aufhebung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung tatsächlich den Effekt bringt, den Sie und wir wollen, bezweifle ich sehr.

Nur nebenbei: Angesichts des genauso existierenden Leerstandes von Gewerberäumen nehme ich nicht an, dass ein Run von Gewerbetreibenden auf Erdgeschosswohnungen in Schwedt einsetzen wird, wenn Sie diese Verordnung wegfallen lassen. Denn die Verordnung bestimmt doch nicht mehr, als dass in den genannten Gebieten Wohnungen nur mit Zustimmung der zuständigen Stellen für andere als für Wohnzwecke genutzt werden dürfen. Wenn das ordentlich gehandhabt wird, auch im Interesse der städtebaulichen Entwicklung und der Wirtschaftlichkeit der Wohnungsunternehmen, steht doch einer Genehmigung nichts im Wege.

Die Frage ist für mich nach wie vor, ob die einschlägige Verwaltungsvorschrift den für Entscheidungen nötigen Spielraum lässt oder ob - wie in vielen kommunalrechtlichen Fragen - den

zuständigen Stellen, den Kommunen, zu viel vorgeschrieben wird.

Minister Meyer wusste dazu im Mai 1999,

„dass es bisher keinen Fall gibt, dass das ...“

- also die Genehmigung von Zweckentfremdung -

..... in den letzten Jahren verwehrt worden ist, vor allen Dingen nicht in den angesprochenen 'Notgebieten'...“

Hat sich daran etwas geändert?

(Minister Meyer: Ja!)

Vielleicht muss diese Vorschrift in den Fragen der Genehmigungsvoraussetzungen bei Ausgleichszahlungen etc. gelockert werden. Dann, glaube ich, würde die Kommune, die die Zweckentfremdung genehmigen muss, auch die Interessen aller wahren. Ich halte es nicht für erforderlich, dazu eine riesige Bürokratie in Gang zu setzen. Die Probleme sind in den Kommunen bekannt, sodass flexibel entschieden werden kann.

Der Zweckentfremdung von Wohnungen darf aber nicht pauschal Tür und Tor geöffnet werden. Insbesondere um unsere Innenstädte auch als Wohnstandorte zu erhalten, sollten Vermieter hier nicht der Versuchung dicker Gewerbmieten erliegen.

Was nun den Leerstand betrifft, verweise ich erneut auf unsere Vorschläge aus dieser Legislaturperiode. Wir werden den Wohnungsunternehmen nicht wirklich helfen, wenn wir nicht Geld in die Hand nehmen und endlich einen wirklichen Schlussstrich unter das Altschuldengesetz ziehen.

(Beifall bei der PDS)

Noch etwas zur Rechtssystematik. Im Übrigen ist eine solche Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt auch ein rechtspolitischer Fehler, da die eventuell vorgesehenen mietrechtlichen Regelungen auf Bundesebene unberücksichtigt bleiben. Dazu findet morgen die Debatte im Bundestag statt. So ist die Mietrechtsreform, der § 577, durch einen Vorschlag des Bundesrates, also eine geänderte Ermächtigungsgrundlage für die Länder und eine Kündigungserleichterung für Vermieter, genau für den Fall der hier relevanten Umwandlungskündigung ohnehin vorgeschlagen. Es ist dem Verordnungsgeber schon aus rechtssystematischen Gründen dringend zu empfehlen, wohnungs- und mietrechtliche Vorschriften erst dann zu verändern, wenn das relevante Bundesrecht, hier Mietrechtsreformgesetz, verabschiedet ist. Andernfalls können sich voreilige Entscheidungen auf Landesebene sehr schnell als inkompatibel erweisen und wären wiederum anzupassen.

Angesichts der Tatsache, dass Ihr Vorhaben, Herr Meyer, in Fachkreisen stark umstritten ist - der Brandenburgische Städte- und Gemeindebund und der Mieterbund auf der einen Seite und Vermieterverbände auf der anderen Seite -, sollten wir das Vorhaben gründlich im zuständigen Fachausschuss diskutieren. Wir sind uns sicher, dass sich bessere Lösungen finden lassen, die allen Betroffenen tatsächlich dienen.

Ich bitte deshalb einer Überweisung des Antrages in den Aus-

schuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zuzustimmen, um die sachliche und fachliche Debatte vor übereilte Entscheidungen, die nur durch das Kabinett abgesegnet werden, zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Warnick. - Ich erteile das Wort der Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Dellmann.

Dellmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon ganz spannend, wie unterschiedlich doch die Sicht auf Dinge sein kann. Wenn eine Analyse ausschließlich nach mathematischen Gesichtspunkten vorgenommen würde, müssten wir zum gleichen Ergebnis kommen. Gerade bei Wohnungsleerstand etc. geht es eigentlich um eine mathematische Frage. Aber man kann es schon, wie die Situation hier und Ihr Antrag zeigen, politisch sehr unterschiedlich sehen.

Ich glaube, der Kern der Bewertung dieser Frage ist tatsächlich die Situation der Wohnungswirtschaft und des Wohnungsmarktes bei uns in Brandenburg.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir haben in Brandenburg momentan einen Leerstand von etwa 10,5 %. Umgerechnet bedeutet das - davon gehen die Experten aus -, dass wir in Brandenburg mindestens 300 000 Wohnungen zu viel haben. Es können durchaus noch mehr werden.

Die Frage, die sich für uns alle stellt, ist: Wie weit soll das Land Brandenburg eigentlich auf einen Markt Einfluss nehmen, wie stark muss das Land hier wirklich regeln? Wir sollten alle den Grundsatz gelten lassen, dass Landesregelungen nur dort erforderlich sind, wo ein tatsächlicher Regelungsbedarf besteht. Das heißt, wenn wir einen angespannten Wohnungsmarkt hätten, dann würde ich Ihnen zustimmen, dass bestimmte Regelungen, die in der Vergangenheit gut waren, auch in der Zukunft wirken sollten.

Das ist genau der Dissens. Ich habe das Gefühl, dass von Ihnen, Herr Warnick, nur sehr einseitig geschaut wird und die Positionen des Mieterbundes übernommen werden. Es geht uns aber doch nicht nur darum, einheitlich die Interessen zu vertreten, sondern die Gesamtsicht zu haben. Mich stimmt ein wenig bedenklich, wenn Sie sagen, dass wir einfach nur Geld in die Hand nehmen müssten, um Probleme in Brandenburg zu lösen. Nein, dazu gehört mehr. Dazu gehört erstens die Gesamtsicht auf alles, und es gehört zweitens auch dazu, die Wahrheit zu sagen, wo und vor allen Dingen wie bestimmte Dinge zu lösen sind. Dort ist es manchmal einfacher, bestehende Regelungen zu ändern, beispielsweise in der Frage der Zweckentfremdungsverordnung, und damit einfach Möglichkeiten zu schaffen, dass gewisse Selbstheilungskräfte, die vorhanden sind, auch genutzt werden können.

Von den drei Punkten, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, ist einer, den wir durchaus mittragen können, die Frage der Überarbeitung im Bereich der Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf. Es ist klar, dass wir in der Berliner Randnähe Handlungsbedarf haben. Aber wir glauben, dass es ausreichend ist.

Wir haben seit einigen Tagen die ersten Informationen der Kommission unter Leitung von Herrn Lehmann-Grube zum wohnungswirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Ich glaube, dass mit diesem Bericht noch einmal sehr deutlich werden wird und vor allem Ihnen von der PDS sehr deutlich werden wird, dass das, was wir hier vorhaben, nämlich die Abschaffung von zwei Verordnungen, genau in die richtige Richtung geht und noch einmal belegen wird, was das Kabinett und insbesondere auch das MSWV beabsichtigen.

Aber wir wollen Ihnen gern die Gelegenheit geben, das noch einmal zu hören. Sie wissen, der Punkt steht auf der Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung. Wir räumen Ihnen damit auch die Chance ein, im Ausschuss noch einmal das zu hören, was die Experten, übrigens auch von Mieterverbänden, die mitgearbeitet haben, zu dem Thema zu sagen haben.

Wir sind sicher, dass die Abschaffung dieser beiden Verordnungen und die Überarbeitung der Verordnung zur Bestimmung von Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf der richtige Weg für Brandenburg ist und vor allen Dingen nicht dazu führen wird, dass Mieter Sorge und Angst um ihre Wohnung haben müssen. Wir bitten deshalb um Überweisung in den zuständigen Fachausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Dellmann. - Das Wort geht jetzt an die Fraktion der DVU, Frau Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Deutschen Volksumion lehnt den Antrag der PDS-Fraktion im vollen Umfang ab. Es ist zwar richtig, dass sich der Wohnungsmarkt in Brandenburg in den letzten Jahren unterschiedlich entwickelt hat; dies rechtfertigt aus der Sicht unserer Fraktion aber nicht den Antrag der PDS. Der Antrag ist Ausdruck falsch verstandener staatlicher Allzuständigkeit und wird hierdurch unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu einem sozusagen PDS-typischen planwirtschaftlichen Manöver.

Die unflexible Lage auf dem Wohnungsmarkt in Brandenburg wird festgeschrieben - mit eklatanten Folgen. Die Entwicklung des Wohnungsmarktes in Brandenburg ist heute in Teilen des Landes auch von einem hohen Anteil an Leerstand geprägt. Herr Dellmann sagte dies bereits. Im Durchschnitt sind dies 10,5 %, in Einzelfällen 30 bis 40 %, wie etwa in Wittenberge. Aber auch im Umland der Stadt Berlin beträgt der Leerstand gegenwärtig immerhin schon 6 %. Hier ist eine zumindest ausgeglichene Marktsituation festzustellen. Jedenfalls besteht keine Mangellage.

Dies ist einmal darauf zurückzuführen, dass in einem hohen Maße zumeist wirtschaftlich besser situierte Bürger aus Berlin in das Umland Brandenburgs ziehen. Diese beziehen dort aber zu einem hohen Prozentsatz größtenteils neu errichtete Eigenheime, also Ein- und Zweifamilienhäuser, Eigentumswohnungen oder Reihenhäuser. Aus diesem Grunde ist in absehbarer Zeit eine Verknappung auf dem Teilmarkt der Bestandsmietwohnungen - allein um diese geht es - auch dort nicht zu erwarten.

Im gesamten Land ist der Wohnungsbestand nach wie vor durch einen großen Sanierungs- und Modernisierungsrückstau geprägt. Gerade hier liegt eines der Probleme für den hohen Wohnungsleerstand: denn dieser Sanierungs- und Modernisierungsrückstau ist allein mit Mitteln der öffentlichen Hand nicht zu bewältigen. Das geht nur mit den Mitteln der privaten Wohnungswirtschaft und nicht mit offenen oder verdeckten Methoden der Planwirtschaft. Wo Letzteres hinführt, wird gegenwärtig mehr als deutlich.

Die Eigentümer, Vermieter sind unter den hier zur Debatte stehenden rechtlichen Bindungen des Wohnungsmarktes allenfalls unter Schwierigkeiten dazu in der Lage, die dringend notwendige Sanierung in wirtschaftlich vernünftiger Weise vorzunehmen mit der Folge, dass Wohngebieten zu sozialen Brennpunkten werden, und mit der weiteren Folge, dass gerade sozial besser situierte Bürger diese Wohngebieten meiden und dort wegziehen. Die soziale Situation wird dort dann abermals verschärft.

Es ist also eine Spirale festzustellen. Deren Konsequenzen erleben wir im Übrigen auch in der Gewaltdiskussion. Das alles muss Grundlage für die vorzunehmende Interessenabwägung sein. Diese geht in zwei Richtungen. Einerseits gehen mit rechtlichen Wohnungsbindungen, die alle drei infrage stehenden Verordnungen zweifelsfrei darstellen, regelmäßige Beschränkungen für das Eigentumsrecht von Eigentümern und Vermietern aus Artikel 14 Grundgesetz einher.

Nun unterliegt insbesondere solches Grund- und Wohneigentum zwar der verfassungsrechtlichen Sozialbindung in Artikel 14 Abs. 2 Grundgesetz. Beschränkungen der wirtschaftlichen Verwertbarkeit können aber auch dann nur verhältnismäßig sein, wenn sie durch höherrangig einzustufende Interessen gerechtfertigt werden. Ein solches höherrangiges Interesse für Verordnungen des hier in Frage stehenden Inhalts besteht nicht. Ein solches kann überhaupt nur infrage kommen, wenn, soweit und solange eine akute Mangellage oder ein zumindest erhöhter Wohnbedarf auf dem Wohnungsmarkt oder seinen Teilsegmenten festzustellen oder absehbar zu erwarten ist. Das jedoch ist in ganz Brandenburg nicht der Fall, und zwar auch nicht im Umland von Berlin mit immerhin 6 % Wohnungsleerstand.

Andererseits stehen aus Sicht der Fraktion der Deutschen Volksumion dem Antrag der PDS-Fraktion auch Gründe des öffentlichen Interesses entgegen. Es wird bereits über einen radikalen Umschwung im Zeichen eines stagnierenden oder sogar schrumpfenden Marktes und einen umfassenden Abriss von bis zu 600 000 Bestandswohnungen in Ostdeutschland mit öffentlichen Fördergeldern diskutiert.

Begegnet werden kann dem nur durch eine Anpassung von Bestandswohnungen an den heutigen Wohnstandard und Wohnkomfort. Dazu müssen sich solche Investitionen auch wirtschaftlich rechnen. Nur so würde auch der vielerorts festzustellenden sozialen Schieflage in Wohnquartieren begegnet werden können. Das muss Vorrang vor Plattmachen und Abriss von 600 000 Wohnungen haben. Daran besteht auch ein nachhaltiges öffentliches Interesse. Diesem kann ersichtlich Rechnung getragen werden, wenn man den Weg für Investitionen frei macht, indem man die wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten, auch eine Lockerung der bestehenden Bindungen, verbessert.

Aus all den genannten Gründen lehnen wir den Antrag der PDS-Fraktion ab. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion. Es spricht der Abgeordnete Schrey.

Schrey (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur den Titel des Antrages der PDS-Fraktion, Veränderungen von Verordnungen des Wohnungswesens, zur Kenntnis genommen habend, habe ich mich der Illusion hingegeben, die PDS-Fraktion ist ein Stück des Weges gegangen, den die CDU seit mehreren Jahren einfordert.

Was dann allerdings in den einzelnen Punkten des Antrages als Forderung an die Landesregierung herangetragen werden soll, lässt jede Hoffnung und Illusion schwinden.

Meine Damen und Herren! Wir haben auf der einen Seite einen Wohnungsleerstand von rund 11 %. Auf der anderen Seite haben wir im Land Brandenburg mit den im Antrag genannten Verordnungen staatliche Instrumente, die ihre Begründung und auch ihre Berechtigung auf einem Wohnungsmarkt haben, auf dem Nachfrageüberschuss nach Wohnraum besteht, das heißt, wo nicht genügend Wohnungen zur Verfügung stehen.

Die Erkenntnis, dass diese Notsituation für unsere Bürger auf dem brandenburgischen Wohnungsmarkt nicht gegeben ist, hätte ich allerdings auch der PDS-Fraktion zugetraut.

Meine Damen und Herren, dass wir allerdings andere Probleme auf dem brandenburgischen Wohnungsmarkt zu beklagen haben, ist kein Geheimnis. Es wurde an dieser und an anderer Stelle oft der hohe Leerstand von Wohnraum in Brandenburg und in den übrigen neuen Ländern thematisiert - ein Leerstand, der in Brandenburg eine Quote von 11 % angenommen hat und in Thüringen und Sachsen eine noch höhere. Ex-Bundesbauminister Klimmt und Staatsminister Schwanitz haben aufgrund dieses Problems eigens eine Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ einsetzen lassen.

Die Ergebnisse und Empfehlungen, die nun vorliegen und über die es noch zu diskutieren und zu streiten gilt, machen eines sehr deutlich: Die neuen Bundesländer brauchen keine Verordnungen, die den Angebotsüberhang an Wohnraum verschärfen.

Meine Damen und Herren! SPD und CDU haben sich in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, dass die Zweckentfremdungsverordnung und die Verordnung zur Bestimmung von Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen sind.

Wie der Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr auf eine Anfrage in einer der letzten Plenarsitzungen erklärte, wurde die Überprüfung vorgenommen und das Kabinett wird voraussichtlich noch in diesem Jahr über diese Verordnung entscheiden.

Ich möchte an dieser Stelle betonen: Die CDU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass die Verordnung abgeschafft bzw. der Regelungsraum der Verordnung erheblich eingeschränkt werden soll.

Wir sehen in diesem Vorhaben der Landesregierung einen richtigen und notwendigen Schritt. Der Antrag der PDS-Fraktion geht genau in die entgegengesetzte Richtung. Die Koalitionsfraktionen sind jedoch bereit, die Situation und die Fakten auf dem Wohnungsmarkt noch einmal im Ausschuss zu verdeutlichen und zu erläutern. Aus diesem Grund stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zu. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind bei der Landesregierung. Herr Minister, bitte!

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Warnick, ich möchte von meinen vorgesehenen Ausführungen etwas abrücken, weil ich zwei, drei Dinge richtig stellen muss. Sie haben zwar mit freundlicher Stimme, aber nichtsdestoweniger falsch gesagt, ich hätte bei drei Veranstaltungen und in der letzten Zeit immer etwas anderes gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Warnick [PDS])

- Dann habe ich Sie falsch verstanden. Denn ich habe klipp und klar gesagt, was meine Ziele sind, wie man auf den Wohnungsmarkt, der jetzt eingetreten ist, reagieren muss. Ich bin da auch nicht von meinen Vorstellungen abgerückt. Ich freue mich, dass diese meine Vorstellungen jetzt eine so breite Unterstützung aus dem parlamentarischen Raum erfahren.

Ich möchte noch eine zweite Sache richtig stellen. Vielleicht habe ich Sie da auch falsch verstanden. Sie sprachen zur Ursachenforschung und sagten, dass es gar nicht so sicher sei, dass das auch ein Stückchen DDR-Erbe ist, sondern dass das sehr stark auch mit verfehlter Förderpolitik im Zusammenhang stehe.

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen, weil ich da durchaus ein bisschen Bescheid weiß und mich auch im Land Brandenburg etwas auskenne.

Erstens: 1990 standen 480 000 Wohnungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wegen Baufälligkeit leer.

(Warnick [PDS]: 420 000 an der Zahl!)

- Herr Warnick, darüber können wir uns unterhalten. Es sind also 420 000 bis 480 000 Wohnungen gewesen. Das ist das eine.

Das andere ist: Ich war vor kurzem in einem Dorf - das ist überschaubarer, als wenn ich jetzt Cottbus oder Brandenburg nennen würde. Dort ist in der DDR eine von zwei großen Schweinemastanlagen gebaut worden. Es handelt sich um Haßleben, damals Bezirk Neubrandenburg. Dort wurden 800 Arbeitsplätze

geschaffen und diesen 800 Arbeitsplätzen folgten 400 Wohnungen. Dieses Dorf hatte vordem 600 Einwohner und sprang in der Einwohnerschaft auf 1 300. Nun sind die Arbeitsplätze und die Schweinemastanlage weggebrochen und die Leute ziehen weg, sodass das Dorf wieder 600 Einwohner hat.

Nun kann man nicht sagen, dass das auf verfehlte Förderpolitik des Landes Brandenburg zurückzuführen ist, denn in Hableben ist nicht eine Wohnung gefördert worden.

Oder nehmen wir Schwedt als Industriestandort, wo auch, was selbstverständlich ist, die Menschen den Arbeitsplätzen hinterhergezogen sind - 10 000 Arbeitsplätze, 6 800 Wohnungen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist zusammengeschrumpft - Gott sei Dank ist der Industriestandort erhalten geblieben. Aber es sind jetzt wesentlich weniger und demzufolge ist Schwedt viel kleiner geworden und demzufolge haben wir einen Abwuchs.

(Zurufe von der PDS)

- Schauen Sie nach, ich gebe Ihnen das auch gern schriftlich: Wir haben in Schwedt - das sind kleinteilige Lückenbauten gewesen - von 1990 bis 1999 insgesamt 20 Wohnungen gefördert.

Ich gebe Ihnen Recht. Dem Schlussstrich unter das Altschuldenshilfegesetz möchte ich nicht widersprechen. Aber ich freue mich natürlich, dass Sie mir alle noch einmal Gelegenheit geben, über den Koalitionsauftrag zu sprechen, und jetzt habe ich nur noch eine Minute Zeit. Ich wollte gerade richtig beginnen.

Ich sage es ganz deutlich - das habe ich bereits im April hier verkündet -, dass wir in diesem Jahr noch eine Entscheidung treffen. Die Daten wurden erhoben, die Stellungnahmen der Gemeinden eingeholt, der Wohnungsbedarf ermittelt. Die Ergebnisse liegen vor. Deswegen habe ich - Sie haben das auch richtig verstanden - scherzhaft gesagt: Basta, jetzt müssen wir handeln, weil es aus den Fakten heraus gar keine andere Lösung gibt.

Erstens: Eine vierte Verordnung zur Bestimmung von Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf wird für alle Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes erlassen, um die Wohnungsämter zu ermächtigen, den Vermietern von Sozialwohnungen Wohnungssuchende zu benennen. Damit tragen wir auch, Herr Warnick, der differenzierten Entwicklung des Wohnungsmarktes Rechnung.

Zu Zweitens und Drittens auch ganz kurz: Die Zweite Zweckentfremdungsverbotsverordnung und die Zweite Kündigungsschutzverordnung werden, wenn wir die Mehrheit finden - wie ich das sehe, finden wir sie -, außer Kraft gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Ich lasse heute die Begründung weg, weil ich gern bereit bin, Ihnen im Ausschuss viele Zahlen zu nennen, vor allen Dingen auch deshalb, damit sich die Zahlen der einzelnen Fraktionen nicht widersprechen. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Dr. Knoblich:

Wir sind am Ende der Rednerliste. - Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung. Die PDS-Fraktion beantragt

die Überweisung ihres Antrages - Drucksache 3/1969 - an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, möge die Hand aufheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich in den Ausschuss überwiesen und ich kann den Tagesordnungspunkt 10 schließen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Vorschlag einer öffentlichen Rahmensetzung für die Förderung innovativer Maßnahmen in der Region Brandenburg-Berlin auf Grundlage der „Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21.06.1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds“ - Kapitel 4, Artikel 22 (Innovative Maßnahmen)

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/1970

Dazu liegt Ihnen weiterhin ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU in der Drucksache 3/2006 vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der PDS-Fraktion. Herr Abgeordneter Christoffers, bitte!

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um diese Zeit zu solch einem etwas umständlichen Thema zu sprechen, ist auch nicht vergnügungssteuerepflichtig, wenn ich das sagen darf. Ich möchte es trotzdem versuchen.

Meine Damen und Herren, wir alle hier im Parlament sind in jeder Haushaltsberatung dabei zu versuchen, Möglichkeiten der Regionalentwicklung, der Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung auch finanziell zu untersetzen. Dass wir dabei durchaus auch einem Wettstreit der Fraktionen unterliegen, Finanzierungsinstrumente aufzuzeigen und deutlich zu machen, welche Reserven es auch bei bestehenden Regelungen gibt, das halte ich für selbstverständlich.

Meine Fraktion hat Ihnen einen Antrag vorgelegt, der sich auf eine Besonderheit der EU-Strukturfondsverordnung bezieht. Es geht im Prinzip darum, dass innerhalb der EU-Strukturfondsverordnung ein Bereich genannt worden ist, der als innovative Maßnahme bezeichnet wird. Es geht letztendlich darum, dass man mithilfe dieses Instruments außerhalb von bestehenden Förderkonditionen eine hohe Flexibilität bei der Umsetzung von bestimmten Zielsetzungen in der Regionalentwicklung und der Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung erreichen kann.

Die Besonderheit liegt darin, dass die Europäische Union ursprünglich geplant hatte, die Umsetzung dieses Artikels direkt in Brüssel notifizieren zu lassen. Von dieser Absicht ist man abgerückt und geht jetzt davon aus, dass in den Regionen, also auch im Land Brandenburg, Programme erarbeitet werden, die sich nicht auf eine Einzelmaßnahme, sondern auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen im Rahmen regionaler Entwicklungskonzepte beziehen, die dann als Ganzes bestätigt werden. Inso-

fern liegt für uns eine große Chance darin, dieses Instrument zu nutzen.

Wir haben einen Antrag vorgelegt, der sicherstellen soll, dass die Potenziale, die es im Land Brandenburg gibt, auch mithilfe dieses Finanzierungsinstrumentes unteretzt werden. Wir haben uns in dem Antrag bewusst auf zwei Bereiche konzentriert. Der eine ist die Finanzierung von Inno-Regio-Projekten. Meine Damen und Herren, Sie alle werden in Ihren Wahlkreisen unterwegs gewesen sein und können mit Sicherheit die Relevanz von Inno-Regio-Projekten für die Regionalentwicklung nachvollziehen.

Leider gibt es eine Reihe von Projekten, die gegenwärtig nicht ausfinanziert sind, weil die Mittel der öffentlichen Hand auch in diesen Fällen begrenzt sind. Wir hätten hier ein Finanzierungsinstrument, um eine Anschubfinanzierung sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie Folgendes zur Kenntnis genommen haben: Die Bundesregierung hat noch einen Fonds von 50 Millionen DM aufgelegt, der insbesondere zur Finanzierung von Inno-Regio-Projekten zusätzlich in Ansatz gebracht werden könnte. Wir haben hier also zwei Instrumente zur Verfügung, um die notwendige Potenzialerschließung wirklich betreiben zu können.

Das Zweite ist: Wir haben uns auf die Bereiche der Regionalparkentwicklung konzentriert, eines der wenigen Beispiele, wo die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg auf der Basis der Zusammenarbeit von Unternehmen, Kommunen und Einzelpersonlichkeiten tatsächlich funktioniert. Insofern würden wir also bitten, diesem Anliegen zuzustimmen. Aus meiner Sicht haben Sie auch zugestimmt.

Ich gebe zu, ich war zuerst erstaunt, als Überschrift über dem Antrag „Entschließungsantrag“ zu lesen, weil mir nicht ganz klar war, was Sie jetzt mit diesem Instrument erreichen wollten. Das, was Sie im Entschließungsantrag aufgeschrieben haben, ist inhaltlich völlig identisch mit dem, was wir als Beschluss formuliert haben. Wir haben nur vermieden, platt die EU-Strukturfondsverordnung, was die Zielstellung angeht, abzuschreiben. Aber natürlich habe ich aufgrund der politischen Situation volles Verständnis dafür, dass man hier vielleicht auch eigenständiger agieren will.

Ich kann Ihnen versichern: Wir haben den Inhalt unseres Antrages mit einer Reihe von regionalen Akteuren vorher abgestimmt. Wir haben sowohl mit Trägern von Inno-Regio-Projekten als auch mit Regionalparkverantwortlichen gesprochen. Wir haben auch eine Reihe von Zuschriften erhalten, die uns darin bestärkten, diesen Antrag einzubringen.

Sollte die politische Arithmetik hier einen Entschließungsantrag erfordern, um diesen Sachverhalt auf den Weg zu bringen, kann ich nur sagen: Meine Zustimmung werden Sie auch dafür bekommen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die SPD-Fraktion. Es spricht der Abgeordnete Müller.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Christoffers, Sie haben schon sehr richtig erkannt, dass wir inhaltlich im Prinzip nicht sonderlich weit voneinander entfernt sind. Ich finde es trotzdem richtig, dass wir noch einmal aufgeschrieben haben, was für eine Entwicklung zwischenzeitlich auch auf der Ebene der Europäischen Union eingetreten ist. Was ja viele Abgeordnete nicht wissen, macht dieser Antrag deutlich, nämlich: dass die Europäische Kommission am 12.07.2000 Leitlinien für die neuen innovativen Maßnahmen der Europäischen Fonds beschlossen hat. Wir wollten noch einmal deutlich machen, was die Europäische Union auch für unsere Region als Zielsetzung, als Leitlinie für notwendig erachtet. Das wird in dem deutlich, was wir hier schriftlich vorgelegt haben.

Es gibt neben diesen Möglichkeiten natürlich noch weitere. Ich will auch noch einmal an die Möglichkeit erinnern, die wir im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe haben: das Regionalmanagement. Auch das ist eine durchaus neue Einrichtung, die noch nicht so umgesetzt ist, wie wir uns das gemeinsam vorstellen, weil die entsprechenden Informationen bisher kaum in die Region vorgedrungen sind. Auch insofern macht dieser Antrag Sinn, da dadurch in den Regionen die Möglichkeiten publik werden, wie ein solches regionales Management bezüglich Zusammenarbeit in der Region, Wertschöpfungsketten usw. aufgebaut werden kann.

Ich will noch eine Anmerkung zur Europäischen Union insgesamt machen und auch zu dem, was uns derzeit bewegt, nämlich zu den Förderprogrammen, die zur Notifizierung in Brüssel liegen. Ich befürchte - und das kritisiere ich sehr deutlich -, dass die Bürokratisierung in der EU zunimmt. Es ist nicht gut für unsere Region, wenn es immer länger dauert, bis man ein Programm, das sich an bestimmte Entwicklungen angepasst hat, auf den Weg bringen kann, weil es in Brüssel liegt und nicht beschlossen oder notifiziert wird. Insofern sollten wir auch in Richtung Brüssel deutlich machen, dass wir erwarten, dass die Bürokratisierung wieder zurückgefahren wird, damit wir sehr schnell zu dem notwendigen notifizierten Programm kommen und dann auch die Potenziale der europäischen Fonds für die Unternehmen, für die Wirtschaft erschließen können. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, die wir gemeinsam von hier mitnehmen und auch über die Fraktionen in das Europaparlament hineinbringen sollten.

Ansonsten - ich habe es eingangs bereits gesagt - sind wir uns hier über die Ziele einig. Das Ministerium ist im Prinzip, wenn ich es richtig im Blick habe, auch schon auf dem Weg, die entsprechenden Programme vorzubereiten. Wenn sie vorliegen, werden wir uns darüber unterhalten müssen, wie sie im Land Brandenburg am sinnvollsten einzusetzen sind. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die DVU-Fraktion. Herr Abgeordneter Schuldt, bitte sehr!

Schuldt (DVU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem

hier vorliegenden Antrag der PDS, aber auch dem Entschlussesantrag der Koalitionsfraktionen werden wir zustimmen.

Diese Verordnung mit ihren allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds und die Förderung von wirtschaftlich schwachen Regionen innerhalb der EU verfolgt drei Ziele, von denen hier nur das erste genannt werden soll, nämlich die Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand, auch Ziel-1-Gebiete genannt.

Die gesamten mitteldeutschen Bundesländer gehören zu den Ziel-1-Gebieten, welche aus allen Strukturfonds gefördert werden können. Die Fonds beteiligen sich dabei an der Finanzierung von Gemeinschaftsinitiativen und an der Unterstützung von innovativen Maßnahmen und Maßnahmen der technischen Hilfe.

Wie es in Artikel 8 Abs. 1 der Verordnung heißt, stellt die Gemeinschaftsaktion nur eine Ergänzung oder einen Beitrag zu den entsprechenden nationalen Aktionen dar.

Die von der PDS-Fraktion in ihrem Antrag angesprochenen innovativen Maßnahmen können auf Initiative der Kommission für die verschiedenen Typen von innovativen Maßnahmen im Rahmen von 0,4 % ihrer jeweiligen jährlichen Mittelausstattung finanziert werden.

Die Maßnahmen umfassen Studien, Pilotprojekte und den Austausch von Erfahrungen, wobei pro Pilotprojekt nur ein einziger Fonds beteiligt ist. Die Maßnahmen werden nach Einreichung von der Kommission genehmigt.

Die Innovationssätze, das heißt die Höhe der EU-Beteiligung, richten sich unter anderem nach dem Schweregrad der spezifischen Probleme, der Finanzkraft des jeweiligen Mitgliedsstaates sowie dem Interesse, das den Interventionen und Schwerpunkten unter regionalen und nationalen Gesichtspunkten beizumessen ist.

Die maximale Förderung im Ziel-1-Gebiet beträgt 75 % der zuschussfähigen Gesamtkosten, in der Regel mindestens 50 %. Darüber hinaus gibt es weitere prozentuale Unter- oder Obergrenzen.

Meine Damen und Herren! Als Fraktion der DVU sind wir der Meinung, dass es seitens der Landesregierung sinnvoll und notwendig ist, gestützt auf Artikel 22 der erwähnten EU-Verordnung ein Rahmenprogramm zu erarbeiten und Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen, um gerade hochinnovativen technologieorientierten Klein- und Mittelbetrieben im Bereich der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren mit der damit verbundenen Beschäftigungsförderung zu helfen. Gerade zu Beginn der neuen EU-Förderperiode ist dies ganz besonders sinnvoll.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, gebe ich zu bedenken, dass im Jahre 2006 die Ziel-1-Förderung für Brandenburg womöglich weitgehend entfallen wird. Dies würde insbesondere für die Hauptstadtregion um Berlin gelten, welche, wie die PDS-Fraktion in ihrer Begründung richtigerweise ausführt, derzeit noch eine Region von besonderem regionalem und nationalem Interesse ist.

Nachdem Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, insbesondere Sie, Herr Minister Fürniß - er ist jetzt nicht

da, also das Ministerium -, ja bereits mit der geplanten Förder- und Serviceagentur den Anregungen unserer Fraktion auf Schaffung eines transparenten Informationssystems bezüglich der in Brandenburg gültigen Förderprogramme nachgekommen sind, bietet sich anlässlich des hier vorliegenden Antrags für Sie und Ihre Kollegen vom Finanzministerium eine weitere Möglichkeit, sinnvolle Mittelstandsförderung zu betreiben. Dies wird jedoch nur dann der Fall sein, wenn es Ihnen gelingt, bei diesem Programm - sollte es Wirklichkeit werden - anders als bei anderen EU-Programmen in Brandenburg wirklich für einen ausreichenden Mittelabfluss zu sorgen. Das werden wir ganz kritisch begleiten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Dr. Knoblich:

Das Wort geht an die CDU-Fraktion, für die Herr Dr. Ehler spricht.

Dr. Ehler (CDU): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister ist nicht anwesend. Ich möchte deshalb betonen, dass mich die letzten Ausführungen besonders erstaunt haben. Man kann Herrn Fürniß vielleicht vonseiten der Opposition, der PDS, alles Mögliche vorwerfen, aber bestimmt nicht, dass er einem DVU-Antrag folgen würde. Mich erstaunt das auch insofern, als hier immer Behauptungen aufgestellt werden. Wir sitzen im Wirtschaftsausschuss, Herr Müller, Herr Christoffers und wer auch immer; von der DVU hören wir überhaupt nichts.

(Zuruf von der DVU)

und zwar buchstäblich kein Wort. Und jetzt stellen Sie sich hier in aller Vermessenheit frech hin und sagen, die DVU würde irgendwelche Vorschläge machen. Wir sind ja froh, wenn Sie in den Raum hinein- und wieder hinausfinden. Das ist doch Ihr Beitrag zur Veranstaltung.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und CDU - Zurufe von der DVU)

Das ist schon sehr erstaunlich.

Meine Damen und Herren! In der Förderperiode 2000 bis 2006 sollen aus dem Haushalt des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 0,4 % der Haushaltssumme, also rund 400 Millionen Euro, für so genannte innovative Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Entgegen den sonst üblichen Projektförderungen sollen die innovativen Maßnahmen in den einzelnen Regionen über diese Programme gefördert werden, und die Regionen sollen auch über die Programme verfügen können.

Ich halte das vor dem Hintergrund, dass die Europäische Union in den letzten Tagen stark kritisiert wurde, für einen außerordentlich positiven und wichtigen Ansatz. Ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Der Landesregierung kommt die Aufgabe zu, Programme zu erarbeiten, in denen die von der EU-Kommission benannten Hauptthemen berücksichtigt werden, und die sind aufzählenswert, gerade vor dem Hintergrund der Diskussion zur Wissens-

und Informationsgesellschaft, die wir gestern geführt haben. Es sind Programme, die sich auf eine auf Wissen und technologischer Innovation basierende regionale Wirtschaft beziehen, auf die Informationsgesellschaft im Dienste der regionalen Entwicklung sowie auf regionale Identität und nachhaltige Entwicklung.

Da zeigt sich eben, dass die Verbindung von Geld, neuen Medien und Informationstechnologien in vielen Fällen vielleicht die Antwort auf unsere strukturpolitischen Probleme ist. Ich kann da nur immer wieder auf das Beispiel Kanada verweisen, wo man die Sache außerordentlich innovativ angegangen ist, auch in Bereichen, die uns alle hier interessieren, nämlich in den Bereichen Schulung und Nachschulung, auch für Arbeitslose. Man hat dort auf ganz innovative vernetzte Projekte im Bereich der EDV und des Internets zurückgegriffen.

Die Förderung innovativer Maßnahmen ist ein Finanzierungsinstrument, welches eine wesentlich höhere Flexibilität der eingesetzten Mittel gewährleistet und die Prioritäten und Präferenzen in den einzelnen Regionen in weit stärkerem Maße berücksichtigt, als das bisher der Fall war.

Das Angebot der EU-Kommission, Mittel für Versuche und - das Wort ist hier ausdrücklich erwähnt - Experimente für Ziel-1- und Ziel-2-Regionen zur Verfügung zu stellen, ist ein Angebot an strukturschwache Regionen.

Wir stehen vor der Problematik, dass wir als Bundesland Brandenburg noch - muss man leider sagen - Ziel-1-Region sind. Aber ich denke, das ist ein Angebot, das sich ausdrücklich an die strukturschwachen Regionen wendet. Das ist auch ein interessantes Angebot an die Regionen, die an Polen grenzen. Man muss sich ganz genau überlegen, wie man diese Mittel nutzen kann. Aber die Landesregierung kann sich das nicht allein überlegen, sondern die Regionen selbst haben ein sehr viel größeres Maß an unabhängiger Entscheidungsfreiheit.

Die Kommission hat sich zu dem Schritt entschlossen, da in der vergangenen Förderperiode zu beobachten war, dass Regionen mit Entwicklungsrückstand und somit stark eingeschränktem finanziellem Handlungsrahmen dazu neigen, zu wenig Mittel für die Förderung dieser Bereiche auszugeben. Das ist außerordentlich problematisch. Auch da muss man in bestimmten Bereichen eine intelligente Spardiskussion führen.

Zuletzt vielleicht Folgendes: Wir haben uns gestern lange über dieses Thema unterhalten. Ich glaube, wir haben ein außerordentliches Instrument an der Hand. Die Betonung liegt auf der Kleinteiligkeit der Projekte, auf dem experimentellen Charakter. Es muss auch nicht immer das große Geld sein; das ist manchmal für solche Dinge sogar hemmend.

Insofern halten wir den Antrag der Fraktion der PDS in der Sache für richtig. Wir gestehen aber der Landesregierung zu, dass sie bei der unmittelbaren Ausgestaltung vom Parlament zwar bestimmte Vorgaben und Richtlinien erhalten sollte, dass jedoch eine so weitgehende Festlegung, wie sie in dem Antrag getroffen worden ist, problematisch ist. Deshalb haben wir den Antrag nicht abgelehnt, sondern ganz ausdrücklich einen Entschließungsantrag beigefügt. Ich hoffe, Sie unterstützen das. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Ehler. - Das Wort geht an die Landesregierung. Für die Landesregierung nimmt diesen Auftrag Minister Ziel wahr.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zu diesem Punkt für die Finanzministerin sprechen, die sich auf einer Fachministerkonferenz befindet. Dort setzt man sich insbesondere mit dem Finanzausgleich des Bundes und der Länder in der Zukunft auseinander. Das ist ein wichtiges Thema.

Im Grundsatz ist der Vorschlag der Fraktion der PDS zu begrüßen, zum Teil aber geht der Antrag wohl von falschen Annahmen und Voraussetzungen aus. Die PDS-Fraktion will es zur Diskussionsgrundlage machen, dass Programme mit Ziel 1 bis 3 der EU-Verordnung korrespondieren müssen.

Ziel 1 ist jedoch definiert als eine Region mit Entwicklungsrückstand, deren Entwicklung und strukturelle Anpassung durch die EU-Intervention unterstützt werden sollen. Alle neuen Bundesländer gelten als solche Regionen.

Ziel 2 ist definiert als Region ohne Entwicklungsrückstand, aber mit Strukturproblemen. Solche Regionen liegen zum Beispiel in Bayern und Baden-Württemberg.

Ziel 3 dagegen ist die Unterstützung der Bildungs- und Beschäftigungspolitik und -systeme in Regionen, die nicht Ziel-1-Gebiet sind.

Vizepräsident Habermann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Bitte schön, Herr Christoffers!

Christoffers (PDS):

Herr Minister, könnten Sie mir zustimmen, dass Ihre Ausführungen auf einer Verwechslung beruhen? Was Sie zitieren, sind die Ziel-1-Gebiete der Förderkulisse. Die Ziele 1 bis 3 der allgemeinen Strukturfondsverordnung sind anders definiert, wie auch im Antrag beschrieben.

Minister Ziel:

Sie werden das verstehen: Ich trage hier die Position des zuständigen Fachministeriums vor. Vielleicht können Sie sich noch einmal im Ausschuss darüber unterhalten. Ich habe nicht die Absicht, mich jetzt mit Ihnen darüber zu streiten.

Die PDS-Fraktion übersieht offensichtlich, dass Ziel-1- und Ziel-2-Gebiete schlicht geographisch abgegrenzte Territorien darstellen. Brandenburg kann als Ziel-1-Gebiet nicht gleichzeitig Ziel-2- oder Ziel-3-Gebiet sein.

Die EU beabsichtigt auch nicht, innovative Maßnahmen nur über Artikel 22 der allgemeinen Strukturfondsverordnung zu fördern, wie es in der Begründung der PDS-Fraktion heißt. Förderung nach Artikel 22 bedeutet die Förderung neuartiger

Maßnahmen außerhalb des Rahmens der normalen Programmplanung und über diesen Rahmen hinaus.

Bereits jetzt werden in der normalen Programmplanung unseres Landes im Rahmen der Maßnahmen Technologie und Innovationsförderung, Förderung des Technologietransfers und Förderung der Informationsgesellschaft mit insgesamt neun Richtlinien verschiedene innovative Förderansätze verfolgt.

Über Artikel 22 sollen aber gerade nicht, wie es die PDS-Fraktion vorschlägt, alte Förderprogramme fortgeführt werden. Der Ansatz, den die EU mit dem Artikel 22 verfolgt, ist ein anderer. Sinn und Zweck ist es, mit innovativen Maßnahmen zur Ausarbeitung neuartiger Methoden und Praktiken beizutragen, mit denen die Qualität der Interventionen wie zum Beispiel unseres operationellen Programms für die Zielgebiete verbessert werden.

Demgemäß umfassen innovative Maßnahmen laut Verordnungstext Studien, Pilotprojekte und Austausch von Erfahrungen. Meine Damen und Herren, die Förderung innovativer Maßnahmen dient der Initialzündung guter Ideen. Eine gute Idee muss sich aber mittelfristig, das heißt spätestens 2006, wenn die EU-Förderung ausläuft, selbst tragen können. Brauchbar scheint der Hinweis, sich die Ergebnisse der Inno-Regio-Wettbewerbe anzuschauen, bei denen zum Teil in der Tat Konzepte entwickelt wurden, die dem Ansatz der innovativen Maßnahmen entsprechen.

Die Landesregierung sollte nach unserer Auffassung, wenn die Leitlinien zu Artikel 22 verabschiedet sind, von der Möglichkeit der Förderung über Artikel 22 durch die Beantragung neuartiger experimenteller Vorhaben im oben genannten Sinne Gebrauch machen.

Die Fraktionen der SPD und CDU haben einen Entschließungsantrag eingebracht, der der Landesregierung den Spielraum lässt, zur Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Programms beizutragen. Ich habe gerade gehört, die PDS fühlt sich ja, wie Sie sagen, Herr Christoffers, in ihrem Grundansatz, in ihrer Grundüberlegung dadurch gestärkt; also kann ich das nur befürworten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Ziel. - Wir sind damit am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angekommen und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Überweisungsantrag der Fraktion der PDS, die Drucksache 3/1970 an den Ausschuss für Wirtschaft zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe auf zur Abstimmung den Antrag der Fraktion der PDS, Drucksache 3/1970. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich rufe auf zur Abstimmung den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU, der Ihnen in der Drucksache 3/206 vorliegt. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag einstimmig angenommen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 11 und rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 3/1975

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Kaiser-Nicht, Sie haben das Wort.

Frau Kaiser-Nicht (PDS): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag ist die Reaktion meiner Fraktion auf die Antwort von Minister Ziel auf der Landtagsitzung im Oktober, wonach die Zuschüsse für das „Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“ von bisher 15,7 Millionen DM pro Jahr um 5,7 Millionen DM gekürzt und die Zahl der Plätze für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von bisher 6 500 jährlich auf 5 400 verringert werden sollen.

Er ist weiterhin eine Reaktion auf die Ausschreibung vom 25. Oktober im Amtsblatt 42 dieses Jahres, wonach die bisherigen Kursstandorte Pritzwalk, Oranienburg, Bad Freienwalde, Nauen, Ludwigsfelde, Königs Wusterhausen und Beeskow wegfallen sollen.

Wir haben diesen Weg gewählt, weil wir der Auffassung sind, dass ohne eine qualitative Bestandsaufnahme der Kurse contra Langzeitarbeitslosigkeit und ohne Abstimmung mit den Landkreisen eine Kürzungsentscheidung in dem genannten Umfang nicht endgültig getroffen werden sollte. Wir bitten Sie deshalb um die Überweisung unseres Antrages in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kurssystem haben sich am 12. Oktober mit einem Offenen Brief unter anderem an die Landesregierung und den Landtagspräsidenten gewandt. Die Erfolge der Kurse im Hinblick auf die so genannten positiven Ausstiege sind unübersehbar. Die LASA vermerkte dies in der jüngsten Bilanz „10 Jahre Arbeitsmarktpolitik in Brandenburg“.

1999 konnten 42,2 % der bis dahin langzeitarbeitslosen Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer im Anschluss oder noch aus dem Kurssystem heraus eine Beschäftigung aufnehmen. 17,3 % fanden eine reguläre Arbeit oder gründeten eine Existenz und 24,9 % konnten in eine geförderte Maßnahme vermittelt werden.

Auf jeden Fall ist es für den betroffenen Menschen wichtig. Aber auch die Kommunen erfahren eine finanzielle Entlastung, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel Hilfe zum Lebensunterhalt nicht mehr benötigen.

Wir sehen im „Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“ aber auch den dringend notwendigen sozialpolitischen Aspekt, die Notwendigkeit der Motivation und Ermutigung von benachteiligten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, von ganz jungen Menschen unter 25, deren Anteil an den Sozialhilfeempfängern dramatisch zunimmt, wie auch die Ermutigung älterer Erwerbsloser.

In seiner Bilanz von zehn Jahren Arbeitsmarktpolitik im September sprach Ministerpräsident Stolpe zu Recht - wie ich finde - von der hohen Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als einem besonders belastenden Problem. Er regte an, ein befristetes Sonderprogramm Ost für die Beschäftigung Älterer aufzulegen. Dagegen ist an sich nichts zu sagen. Sicher muss man darüber nachdenken und diskutieren, ob und wie die Bilanz der Kurse weiter aufgebessert werden kann.

Aus Sicht der PDS-Fraktion ist es aber fragwürdig, dieses Programm um ein Drittel zu kürzen, bevor man effizientere Programme zur Hand hat. Vage Aussichten auf Sonderprogramme oder Ähnliches sind da zu wenig und unsere Bitte lautet deshalb: Präsentieren Sie erst das Bessere, bevor Sie das Gute wegwerfen! Siebenmal messen, bevor man einmal abschneidet, lautet nicht nur in der deutschen Sprache eine sprichwörtliche Weisheit.

Noch einmal: Wir schlagen vor zu versuchen, in einem überschaubaren Zeitraum das Kurssystem zu evaluieren, bevor sehr drastische Einschnitte vorgenommen werden, denn die aktuelle Arbeitsmarktstatistik weist zwar zum Glück aus, dass die Zahl der Arbeitslosen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um etwa 12 000 gesunken ist, die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich aber genau gegenläufig entwickelt. Sie liegt heute um etwa 11 000 höher als vor einem Jahr. Der prozentuale Anteil ist von 32 % auf über 39 % gestiegen.

Angesichts des Anteils langzeitarbeitsloser Frauen und der hohen Teilnehmerinnenzahl am „Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“ möchte ich diesen Aspekt besonders hervorheben. Am Standort Bad Freienwalde, der ja auch wegfallen soll, waren von den 360 Personen, die seit 1998 in 20 Kursen von zwei Mitarbeitern betreut wurden, 307 Frauen. 307 von 360 - diese Zahl spricht für sich. Sicher auch deshalb hat der Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland vor, zu dieser Frage mit den Ministerien das Gespräch zu suchen.

Zum Schluss kurz die Begründung einzelner Antragspunkte: Die Zahl der Standorte hat zwei Seiten. Erstens geht es um die Gesamtzahl der Förderfälle, die mit einer Reduzierung sinken würde. Zweitens geht es um die besonderen Zielgruppen, zum Beispiel die älteren Frauen ohne Auto und ohne Führerschein, für die der Kursort eben nicht so ohne Weiteres mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist. Das berührt dann auch das Thema Aufwandsentschädigung/Fahrgeld. Wenn mit der Teilnahme am Kurssystem draufgezahlt werden muss, wie soll dann bei einer Teilnehmerin überhaupt die Motivation geweckt werden? Im Rahmen des Kurssystems wird ja kein Einkommen erzielt. Natürlich entstehen gegebenenfalls aus der Teilnahme am Kurssystem möglicherweise mehr Kosten für die Kinderbetreuung, weil beispielsweise wegen Kurs- und Fahrtzeiten längere Betreuungszeiten notwendig werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie daher, der Überweisung des vorliegenden Antrages „Kurssystem contra

Langzeitarbeitslosigkeit“ in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Kaiser-Nicht. - Das Wort geht an die Fraktion der SPD, Herrn Abgeordneten Kuhnert.

Kuhnert (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema Langzeitarbeitslosigkeit ist in der Tat ein sehr ernstes Thema für diejenigen, die davon betroffen sind. Es ist so, wie es Frau Kaiser-Nicht darstellt: Wir liegen in der Arbeitslosenquote zwar immer noch zu hoch, aber wir liegen an zweiter Stelle der neuen Länder. Bei der Quote der Langzeitarbeitslosen liegen wir an letzter Stelle. Ich habe bis jetzt noch keine plausible Erklärung dafür gefunden, warum trotz aller Fördermöglichkeiten, die wir im Land haben, diese Entwicklung so ist. Deshalb müssen wir mit dem Thema „Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit“ besonders sensibel umgehen. Da erscheint es im Moment etwas problematisch, dass wir eine steigende Anzahl an Langzeitarbeitslosen haben und im selben Moment das Kurssystem einschränken wollen.

Deshalb halten wir ein Gespräch für dringend erforderlich. Wir gehen davon aus, dass uns die Landesregierung dazu in der Ausschusssitzung am Mittwoch einen detaillierten Bericht vorlegen wird.

Das Grundproblem des vorliegenden Antrages sind die Mehrausgaben. Das ist Ihnen bekannt. Hierzu werden wir eine Deckung anbieten müssen.

Zu den einzelnen Punkten: Die 100 DM pro Monat und Teilnehmer, wie es bis jetzt war, betreffend sitzt uns der Landesrechnungshof im Nacken. Vom Landesrechnungshof wurde kritisiert, dass es nicht korrekt sei, dieses Geld pauschal auszuzahlen. Insofern wäre es angemessen, entsprechend den wirklichen Aufwendungen zu zahlen. Es müsste ermittelt werden, inwieweit diese 55 DM, die pro Teilnehmer vorgesehen sind, den wirklichen Aufwand der Beteiligten, abdecken. Darüber müsste gesprochen werden. Wenn das gegeben ist, dann könnte man das so akzeptieren.

Insgesamt ist eine Senkung um den Betrag, den Sie genannt haben - also von 15 auf 10 Millionen DM - vorgesehen. Wir werden an diesem Sparbeitrag grundsätzlich nicht vorbeikommen, aber wir müssen sehen, ob der jetzt vorgesehene Betrag angemessen ist.

Die Akteure vor Ort, die das Kurssystem gestalten, sagen einhellig, dass man diejenigen, die des Kurssystems besonders bedürfen, dann kaum noch motivieren könnte, da sie zu den Menschen gehören, die mit jeder Mark rechnen müssten. Deshalb ist dieser Punkt für uns sehr wichtig, dass klargestellt wird, dass der entstehende Aufwand auch abgedeckt wird.

Mit den Standorten ist es ein Problem. Im „Amtsblatt“ stand diese Ausschreibung. Bis zum 30. Oktober bestand die Ausschreibungsmöglichkeit. Es muss geprüft werden, inwieweit wir

noch in ein laufendes Verfahren einsteigen können und inwiefern das notwendig ist. Das müsste im Ausschuss geklärt werden. Angestrebt ist, dass im äußeren Entwicklungsraum die Schwerpunkte dort gesetzt werden, wo es besonders notwendig ist und die Zahl der Langzeitarbeitslosen besonders hoch ist. Vielleicht kann man mit der Neuregelung leben, wenn sie entsprechend dem Bedarf in den Regionen die Standorte verteilt.

Der dritte Punkt erfordert zusätzliche Mittel. Dieser kann einem sehr sympathisch sein. Wir müssen aber wissen, woher das Geld kommen soll.

Dieses Integrationsprogramm ist angesichts der Lage im Land wichtiger denn je. Deshalb muss es mit Fingerspitzengefühl angepackt werden. Aufgrund der anhaltend hohen Zahl von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss zu und halten eine Beratung für dringend erforderlich, denn es eilt. In den nächsten beiden Ausschusssitzungen können wir über dieses Thema sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und PDS)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke dem Abgeordneten Kuhnert. - Ich erteile das Wort der Abgeordneten Fechner von der Fraktion der DVU.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich feststellen, dass die Brandenburger PDS-Fraktion wesentlich sozialer eingestellt ist als ihre Schwesterfraktion in Mecklenburg-Vorpommern. Dort wurde dieses Programm im August dieses Jahres mit den Stimmen der PDS abgeschafft.

Nun zum eigentlichen Antrag. Auch wir sind der Auffassung, dass sich die Landesregierung eingehender mit dem von ihr ins Leben gerufenen Landesprogramm beschäftigen sollte. Wenn sie das in der Vergangenheit getan hätte, wäre es bestimmt nicht zu solch gravierenden Kürzungen gekommen. Frau Kaiser-Nicht sagte es bereits, es geht um die Kürzung von 15,7 Millionen DM auf 10 Millionen DM. Das ist eine Reduzierung um 35 %.

Trotz dieser drastischen Kürzungen soll die Qualität des Programms - jedenfalls nach Aussage der Landesregierung - nicht beeinträchtigt werden. Es ist vorgesehen, etliche Standorte zu schließen. Jedoch soll in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Standort erhalten bleiben. Hoffentlich wurde bei der Festlegung von Standortschließungen daran gedacht, die unterschiedlichen Arbeitslosenquoten in den einzelnen Regionen zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren! Der Antragsbegründung von Frau Kaiser-Nicht gibt es von meiner Seite nichts Wesentliches hinzuzufügen. Alles Wesentliche wurde gesagt. Wir werden diesem Antrag zustimmen. - Ich danke.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke der Abgeordneten Frau Fechner. - Ich gebe das Wort an die Fraktion der CDU, an die Abgeordnete Frau Schulz.

Frau Schulz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine grundsätzliche Bemerkung machen. Die Zielstellung des Kurssystems, Langzeitarbeitslose zu befähigen, eigene Anstrengungen zu mobilisieren, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, befürworten wir. Das möchte ich hier definitiv erklären.

In Ihrem Antrag fordern Sie ab dem Jahre 2002 eine Überprüfung der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Effekte des Programms. Dem können wir durchaus zustimmen. Das geschieht vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Kritik des Landesrechnungshofes. Darauf verwies bereits Herr Kuhnert. Diese Kritik müssen wir in die weiteren Punkte Ihres Antrages einbeziehen, in dem Sie weitreichende Forderungen hinsichtlich finanzieller Aufwendungen stellen. Diese sind in der Tat sehr weitreichend. Sie vergaßen wahrscheinlich nur, uns zu sagen, wo die Quelle ist, die hier so fröhlich sprudeln soll, um das zu bezahlen.

Auch wir würden in der Tat mehr Geld für diesen Bereich ausgeben wollen, wenn wir genau wüssten, wie die Effekte am Ende sind. Ich bin durchaus dafür, das zu überprüfen. Wir sollten uns im Ausschuss darüber unterhalten. Sie sollten dabei aber nicht die finanzielle Lage dieses Landes vergessen. Wir müssen uns dazu verständigen, um effektvolle Programme für die Arbeitslosen aufzulegen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete Schulz. - Ich gebe das Wort an die Landesregierung, Herr Minister Ziel, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich entnehme dem Tenor des Antrages der PDS-Fraktion, dass unser Kurssystem auch bei den Damen und Herren der PDS-Fraktion eine hohe Akzeptanz findet. Sie beantragen seine unveränderte Fortführung. Sie fordern ausdrücklich die Erstattung der Kinderbetreuungskosten und wollen nach einer Überprüfung im Jahre 2002 Veränderungen vornehmen. Ich muss deutlich sagen: Diesen Weg können wir so nicht gehen.

Die schwierige Haushaltssituation macht es unvermeidlich, in einigen Bereichen unseres Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit“ Mittel zu reduzieren, so auch beim Kurssystem. Auf dem neu angepassten Niveau soll es dann während der ESF-Förderperiode bis zum Jahre 2006 fortgeführt werden. Wie das im Einzelnen aussieht, habe ich in der Landtagssitzung im Oktober umfassend dargelegt. Sie hatten bereits darauf hingewiesen, Frau Kaiser-Nicht.

Da wir möglichst viele Standorte gerade auch in ländlichen Gebieten mit ausreichendem und qualifiziertem Personal erhalten wollen, mussten wir andere Sparmöglichkeiten finden. Deshalb führte kein Weg daran vorbei, die Aufwandsentschädigung von 100 DM durch einen Fahrgeldzuschuss von durchschnittlich 55 DM pro Teilnehmer im Monat zu ersetzen. Die Aufwandsentschädigung hatte auch der Landesrechnungshof kriti-

siert. Ich verweise ausdrücklich auf die Möglichkeit für die Kursträger hin, den Fahrgeldzuschuss flexibel, in Abhängigkeit von der Wohnortnähe, auszureichen.

Was die Kinderbetreuungskosten anbelangt, will ich anmerken, dass die Träger diese Aufwendungen im Rahmen der Förderung schon immer abzugelten hatten. Auch dafür trifft das Kurssystem Vorsorge. Es ist nicht möglich, meine Damen und Herren von der PDS, die Kostenstruktur des Kurssystems mit Trainingsmaßnahmen nach SGB III zu vergleichen; denn die Trainingsmaßnahmen überprüfen vor allem die Arbeitsbereitschaft. Wer dazu aufgefordert wird und nicht an ihnen teilnimmt, muss mit der Kürzung seines Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe rechnen. Dagegen lebt das Kurssystem von der aktiven, freiwilligen Teilnahme. Es lebt von dem eigenen Wunsch der Teilnehmer, sich für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes neue Kenntnisse und Qualitäten anzueignen. Bislang haben fast 41 000 Personen, mit 77 % ganz überwiegend Frauen, am Kurssystem teilgenommen.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres schlossen über 3 700 die Kurse ab. Mehr als 16 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen anschließend eine reguläre Arbeit auf. Das sind angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt durchaus Ergebnisse, die auch auf die Qualität der Kurse zurückzuführen sind.

Wir wollen das Qualitätsniveau halten und weiter ausbauen, um die Chancen von Langzeitarbeitslosen zu erhöhen. Dazu müssen

wir erst sehen, wie sich das entwickelt, und nach einer Evaluierung dann die weiteren Förderungsmodalitäten betrachten.

Wir sind also mit den notwendigen Maßnahmen auf dem Weg, meine Damen und Herren. Wir werden im Ausschuss natürlich gern Bericht erstatten. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Habermann:

Ich danke Herrn Minister Ziel. - Ich kann damit die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt schließen und wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der PDS beantragte, die Drucksache 3/1975 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zu überweisen. Wer diesem Überweisungsantrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Mit einer Gegenstimme ist somit der Antrag in den Ausschuss überwiesen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 12 und gleichzeitig die 26. Sitzung des Landtages Brandenburg. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Ende der Sitzung: 17.02 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 4:****Bericht über die Wirksamkeit des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 26. Sitzung am 16. November 2000 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird beauftragt, dem Landtag bis zum 31. Dezember 2001 einen Bericht über die Wirksamkeit des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes nach dessen Änderung vom 28. Juni 1999 vorzulegen. Sie wird darüber hinaus beauftragt, dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in dieser Sache bis zum 30. April 2001 einen Zwischenbericht vorzulegen.

Die Landesregierung soll hierbei insbesondere darlegen,

1. ob und inwieweit die vom Landesgesetzgeber vorgegebene Verpflichtung, eine Kosten- und Leistungsrechnung zwischen dem Träger des Rettungsdienstes und den Krankenkassen zu vereinbaren, von diesen umgesetzt wurde,
2. ob die Absicht besteht, das in mehrjähriger Arbeit unter Mitwirkung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, des Ministeriums des Innern, der kommunalen Spitzenverbände, der Kassenverbände und von Vertretern der Hilfsorganisationen sowie von zwei externen Beratungsunternehmen entwickelte und mit allen Beteiligten abgestimmte Modell einer Kosten- und Leistungsrechnung landesweit umzusetzen,
3. ob und wann die Landesregierung von ihrer gesetzlichen Ermächtigung Gebrauch machen wird, eine Kosten- und Leistungsrechnung für den Rettungsdienst landeseinheitlich per Rechtsverordnung vorzugeben,
4. welche Standards eine Kosten- und Leistungsrechnung für den Rettungsdienst erfüllen müsste,
5. wie sich die Kosten für den bodengebundenen Rettungsdienst im Berichtszeitraum entwickelt haben,
6. welchen weiteren Änderungsbedarf sie sieht und mit welchen Maßnahmen und in welchen Zeiträumen diesem Rechnung getragen werden soll.“

Zum TOP 7:**Flughafenentwicklungsgesellschaft**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 26. Sitzung am 16. November 2000 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag in seiner Sitzung im März 2001 einen Bericht über die zu gründende Flughafenentwicklungsgesellschaft vorzulegen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- 1.1 In welchen Schritten und in welchem Zeitraum soll die Gründung der Flughafenentwicklungsgesellschaft erfolgen?
- 1.2 Welche Aufgaben wird die zu gründende Gesellschaft wahrnehmen?
- 1.3 Wer soll Gesellschafter der Flughafenentwicklungsgesellschaft sein?
- 1.4 Welche personelle und finanzielle Ausstattung ist für die Flughafenentwicklungsgesellschaft vorgesehen?
- 1.5 Beabsichtigt die Landesregierung, internationale Partner mit Erfahrungen im Bereich der Flughafenentwicklung hinzuzuziehen?
- 1.6 Welche Funktionen und Aufgaben soll die Gesellschaft im Hinblick auf einen Interessenausgleich zwischen Anwohnern und Flughafenentwicklungsgesellschaft wahrnehmen?
- 1.7 Welche Effekte erwartet die Landesregierung von der Arbeit der Flughafenentwicklungsgesellschaft hinsichtlich kurzfristiger Effekte auf die Attraktivität des Flughafens Schönefeld?
- 1.8 Wie beurteilt die Landesregierung die wirtschaftlichen Effekte und Wechselwirkungen zwischen dem Flughafenprojekt und dem Flughafenentwicklungsgesellschaft?
2. den Ausschuss für Wirtschaft in regelmäßigen Abständen über geplante und eingeleitete Schritte zur Gründung der Flughafenentwicklungsgesellschaft zu unterrichten.“

Zum TOP 11:

Vorschlag einer öffentlichen Rahmensetzung für die Förderung innovativer Maßnahmen in der Region Brandenburg-Berlin auf der Grundlage der „Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21.06.1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds“ - Kapitel 4, Artikel 22 (Innovative Maßnahmen)

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 26. Sitzung am 16. November 2000 folgende Entschließung angenommen:

„Förderung von innovativen Maßnahmen zur regionalen Entwicklung im Zeitraum 2000 bis 2006

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bei der Erarbeitung von Programmen zur Förderung von innovativen Maßnahmen zur regionalen Entwick-

lung gemäß Artikel 22 und 23 der Verordnung über die Strukturfonds für den Zeitraum 2000 bis 2006 die drei von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Hauptthemen zu berücksichtigen. Diese sind:

- a) eine auf Wissen und technologischer Innovation basierende regionale Wirtschaft,
 - b) die Informationsgesellschaft im Dienste der regionalen Entwicklung,
 - c) regionale Identität und nachhaltige Entwicklung;
2. in den Programmen die Förderung von für das Bundesprogramm InnoRegio entwickelten Projektideen zu ermöglichen;
 3. den Ausschüssen für Wirtschaft sowie Haushalt und Finanzen im Juni 2001 über die bei der Europäischen Kommission eingereichten Programme zu informieren.“

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6 - Einsetzung einer Enquetekommission des Landtages Brandenburg „Nachhaltige Entwicklung in der Region Berlin-Brandenburg und Reform des Föderalismus“ - Antrag der Fraktion der PDS - Drucksache 3/1962

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Bednarsky (PDS)
 Frau Birkholz (PDS)
 Christoffers (PDS)
 Domres (PDS)
 Frau Dr. Enkelmann (PDS)
 Hammer (PDS)
 Frau Kaiser-Nicht (PDS)
 Ludwig (PDS)
 Frau Osten (PDS)
 Sarrach (PDS)
 Prof. Dr. Schumann (PDS)
 Frau Stobrawa (PDS)
 Frau Taack (PDS)
 Thiel (PDS)
 Dr. Trunschke (PDS)
 Vietze (PDS)
 Frau Wehlan (PDS)
 Frau Wolff (PDS)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

von Arnim (CDU)
 Bartsch (CDU)
 Bischoff (SPD)

Frau Blechinger (CDU)
 Bochow (SPD)
 Claus (DVU)
 Dellmann (SPD)
 Frau Dettmann (SPD)
 Dombrowski (CDU)
 Dr. Ehler (CDU)
 Frau Fechner (DVU)
 Firneburg (DVU)
 Freese (SPD)
 Fritsch (SPD)
 Gemmel (SPD)
 Frau Gregor (SPD)
 Habermann (CDU)
 Frau Hartfelder (CDU)
 Helm (CDU)
 Frau Hesselbarth (DVU)
 Homeyer (CDU)
 Dr. Kallenbach (SPD)
 Karney (CDU)
 Klein (SPD)
 Dr. Knoblich (SPD)
 Kolbe (SPD)
 Frau Konzack (SPD)
 Kuhnert (SPD)
 Lunacek (CDU)
 Frau Marquardt (CDU)
 Meyer (SPD)
 Müller (SPD)
 Frau Müller (SPD)
 Muschalla (SPD)
 Neumann (CDU)
 Dr. Nickisch (CDU)
 Nieschke (CDU)
 Rademacher (SPD)
 Frau Richstein (CDU)
 Schippel (SPD)
 Schönbohm (CDU)
 Schöps (CDU)
 Schrey (CDU)
 Schuldt (DVU)
 Frau Schulz (CDU)
 Schulze (SPD)
 Senfleben (CDU)
 Frau Siebke (SPD)
 Dr. Sternagel (SPD)
 Dr. Stölpe (SPD)
 Vogelsänger (SPD)
 Dr. Wagner (CDU)
 Werner (CDU)
 Dr. Wiebke (SPD)
 Dr. Woidke (SPD)
 Ziel (SPD)
 Zimmermann (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Reiche (SPD)
 Warnick (PDS)

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf Mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 16. November 2000

Frage 484

Fraktion der CDU

Abgeordneter Wilfried Schrey

- Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ -

Presseberichten war zu entnehmen, dass die Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ empfohlen hat, die Eigenheimzulage in den neuen Bundesländern zu kürzen und die Zuschüsse beim Kauf von Altbauwohnungen zu erhöhen.

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich zu diesem Vorschlag der Expertenkommission?

Antwort der Landesregierung

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Meyer

Die Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ hat am 10.11.2000 ihren Bericht dem Bundesbauminister, Herrn Klimmt, übergeben. Ausgehend von einer gründlichen Analyse der derzeitigen Situation und der zu erwartenden zukünftigen Entwicklung auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt empfiehlt die Kommission verschiedene Maßnahmen, um den notwendigen Umbau der ostdeutschen Städte zu bewältigen.

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass eine weitere Schwächung der Städte durch den zunehmenden Leerstand von Wohnungen unbedingt verhindert werden muss. Mit welchen Instrumenten dies geleistet werden kann, sollte zwischen dem Bund und den Ländern möglichst kurzfristig abgestimmt werden.

Dabei muss auf jeden Fall vermieden werden, dass es für die Instrumente insbesondere der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus zwischen den neuen und alten Ländern zu einer unterschiedlichen Ausgestaltung kommt. Eine Benachteiligung der neuen Länder, z. B. bei der Eigenheimzulage, wäre nicht akzeptabel.

Frage 457

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke

- Finanzierung der Technologietransferstellen an den brandenburgischen Hochschulen -

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag der Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft eine besondere Bedeutung beigemessen. Tatsächlich hat sie diese Verbindung bisher eher geschwächt, zum Beispiel durch Kürzung der Existenzgründerprogramme und der Mittel für die Verbundforschung. Diese Vernachlässigung wird auch bei der Finanzierung der Technologietransferstellen an den brandenburgischen Hoch-

schulen deutlich. Bis jetzt - Anfang November - fehlt der vereinbarte Anteil seitens des Wirtschaftsministeriums, obwohl dieser mehrfach zugesagt wurde. Das hat nicht nur die Arbeit dieser Stellen merkbar behindert, sondern auch deren Mitarbeiter zum Teil erheblich demotiviert.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie soll die Arbeit der Technologietransferstellen an den brandenburgischen Hochschulen künftig finanziell abgesichert werden?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Färniß

Die Technologietransfer- und Innovations-Beratungsstellen an acht Hochschulen des Landes (mit Ausnahme der Viadrina in Frankfurt [Oder] werden seit 1993/1994 durch das Wirtschaftsministerium jährlich in Höhe von 1,6 Millionen DM mit Landesmitteln gefördert.

Ab dem Jahr 2000 war die Finanzierung im Mix von Landes- und EFRE-Mitteln vorgesehen. Die Mittelbereitstellung für das laufende Jahr verzögerte sich, da bis zum heutigen Tage die Bestätigung des Operationellen Programms EFRE aussteht. Durch Gespräche direkt in Brüssel können wir seit Anfang letzter Woche davon ausgehen, dass Personalkosten grundsätzlich aus EFRE-Mitteln förderfähig sind.

Damit ist eine Förderung für die Jahre 2000/2001 durch das Wirtschaftsministerium möglich.

Die Arbeit der Technologie- und Innovationsberatungsstellen wird regelmäßig evaluiert, eine erneute Evaluierung ist für das nächste Jahr vorgesehen.

Frage 486

Fraktion der CDU

Abgeordnete Barbara Richstein

- Landgericht Neuruppin als „Pilotbehörde“ -

Das Landgericht Neuruppin ist als „Pilotbehörde“ Teil der bundesweiten Untersuchung zur Neuordnung der Personalbedarfsberechnung für den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand der Neuordnung dieser Personalbedarfsberechnung?

Antwort der Landesregierung

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten

Prof. Dr. Scheller

Die Phase 1) der Erstellung des von den 16 Landesjustizverwaltungen im Auftrag gegebenen arbeitsanalytischen „Gutachtens zur Neubemessung der Grundlagen der Personalbedarfsberechnung für richterlichen, staats-(amts)anwaltlichen und Rechtspflegerdienst“ ist bereits abgeschlossen. Für die Untersuchung sind sieben Bundesländer ausgewählt worden; zu ihnen zählt auch Brandenburg. Die Pilotierung ist im August dieses Jahres durchgeführt worden; bei dem Landgericht Neuruppin erfolgte sie in der Zeit vom 16. - 31. August 2000.

Mit der Hauptuntersuchung - Phase 2) der Gutachtenerstellung - wird im Januar 2001 begonnen werden; das Gutachten wird etwa ein Jahr später vorliegen. Voraussichtliche Standorte für die Hauptuntersuchung in Brandenburg sind neben dem Landgericht Neuruppin die Amtsgerichte Nauen und Königs Wusterhausen sowie die Staatsanwaltschaft Neuruppin.

Frage 487

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke
- Freie Träger im Kulturbereich -

Freie Träger im Kulturbereich haben mich, wie Abgeordnete aller Fraktionen, mehrfach auf eine akute Gefährdung ihrer Arbeit aufmerksam gemacht. Ursache sind sowohl eine deutlich geringere Förderung durch das Arbeitsamt und die LASA als auch durch das zuständige Ministerium. Eine besondere Problematik besteht darin, dass vielfach Personen, die solche Kulturinstitutionen entscheidend geprägt haben und ohne die diese Einrichtungen kaum noch arbeitsfähig wären, keine Chance auf eine weitere Förderung auf dem zweiten Arbeitsmarkt haben. Das betrifft allein in Potsdam die künstlerische Leiterin des Theaters Havarie, die Projektleiterin des Festivals UNIDRAM, den künstlerischen Leiter von DeGater, den Projektkoordinator Theaterpädagogik und andere.

Ich frage daher die Landesregierung: Was wird sie unternehmen - außer auf die Verantwortung der Kommunen zu verweisen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka

Die Arbeitsämter haben die Zuschüsse zu Struktur Anpassungsmaßnahmen in 2000 um circa 150 DM je Monat reduziert. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen verweist darauf, dass trotz der Verminderung der Zuschuss Höhe nach den Statistiken des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg im September 2000 im Bereich der freien Kulturarbeit 1 052 Beschäftigte in Struktur Anpassungsmaßnahmen von den Arbeitsämtern gefördert wurden. Im Vorjahr waren es 1 055. Dies sind jeweils die höchsten Förderfallzahlen unter allen Bundesländern. Die Verminderung der Förderung hat also nicht zur Verminderung der Inanspruchnahme geführt. Da vorgesehen ist, im kommenden Jahr den Förderhöchstsatz für die Förderung von Struktur Anpassungsmaßnahmen durch die Arbeitsämter deutlich anzuheben, erwarte ich auch in Zukunft keinen Rückgang der Zahl der Struktur Anpassungsmaßnahme-Beschäftigten im Bereich der freien Kulturarbeit.

Arbeitsförderung ist bei temporären Projekten und zusätzlichen Aufgaben sinnvoll, sie soll und darf dagegen nicht für dauerhaft zu erfüllende Aufgaben eingesetzt werden.

Viele kulturelle Einrichtungen begannen ihre Existenz als Projekt und es ist in dieser Anfangsphase wegen des Erprobungscharakters auch gerechtfertigt, Arbeitsförderung intensiver zu nutzen. Die Aufbauphase haben diese Einrichtungen jedoch heute weit hinter sich gelassen. Oft hat sich am Umfang der Nutzung der Arbeitsförderung jedoch nicht viel verändert.

Im Rahmen der knappen Haushaltsmittel hat die Landesregierung daher die Förderung für eine Reihe der Geschäftsstellen von kulturellen und künstlerischen Landesverbänden in 2000 verstärkt. Darüber hinaus hat sie die Absicht, Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung gemeinsam mit den betroffenen Kommunen auch bei der Sicherung der Personalkosten zu unterstützen.

Keinesfalls jedoch kann und darf die Landesregierung die Finanzierung von Personalkosten dort übernehmen, wo die jeweiligen Kommunen kein Interesse an der Fortsetzung der Arbeit der Einrichtung haben. Dies würde die finanziellen Möglichkeiten der Kulturförderung des Landes genauso weit übersteigen, wie es der kommunalen Verantwortung für Kultur widerspricht. Daher kann die Landesregierung nur in Einzelfällen zur Lösung der in der Anfrage beschriebenen Probleme beitragen.

In den vergangenen Monaten fanden Gespräche zur zukünftigen Kulturförderung mit allen Kulturdezernenten der Landkreise und kreisfreien Städte statt, in denen auch die Finanzierung von Personalkosten beraten wurde. Hierbei ist es in einigen Fällen gelungen, die Bereitschaft zur Verstärkung der Förderung durch die Kommunen zu erreichen und teilweise im Gegenzug die Unterstützung des Landes an Stellen zu verstärken, die die Kommunen überfordern.

Dieser Weg soll in Zukunft fortgesetzt werden, da in vielen Fällen nur im Zusammenwirken von Land und Kommunen die Probleme gelöst werden können.

Frage 488

Fraktion der DVU

Abgeordnete Liane Hesselbarth
- Gewährung von Entschädigungszahlungen -

Nach 13 Tagen intensiver Fahndung wurde der mehrfach entflohene schwerkriminelle Sexualstraftäter Frank Schmökel bei seiner 6. Flucht in einem kleinen Ort in der Nähe von Bautzen wieder festgenommen. Bei einem Freigang zu seiner Mutter in Strausberg hatte er einen Pfleger und seine Mutter niedergestochen und den Pfleger dabei schwer verletzt. Auf der Flucht erschlug er später einen Rentner aus Berlin, um an dessen Fahrzeug zu kommen.

Ich frage die Landesregierung: Will sie den Opfern des in der Vorbemerkung genannten Sexualstraftäters bei seiner 6. Flucht Entschädigungszahlungen aus Landesmitteln - ähnlich wie im Fall des Opfers des als „Piato“ bekannten kriminellen V-Mannes des Brandenburger Verfassungsschutzes - gewähren?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Die schrecklichen Ereignisse um die Flucht des brutalen Gewalttäters Schmökel haben uns alle tief getroffen. Was geschah, ist entsetzlich und darf nicht wieder geschehen. Ich habe tiefes Mitgefühl für die Opfer und deren Angehörige.

Schon genug mit diesem großen menschlichen Leid belastet, brauchen sie jetzt unsere Unterstützung und unsere Solidarität.

Das ist gar keine Frage des Wollens, sondern eine des menschlichen Anstands und der staatlichen Pflicht - und schon gar nicht ist diese Situation mit dem V-Mann „Plato“ vergleichbar.

Für alle in Frage kommenden Entschädigungen gibt es eindeutige gesetzliche Regelungen: Opfer, die infolge eines vorsätzlichen rechtswidrigen Angriffs gesundheitlichen Schaden nehmen, werden nach dem „Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten“ entschädigt. Das gilt für die Witwe des durch Schmökels brutale Gewalttat zu Tode gekommenen Rentners ebenso wie für die von ihm verletzte Mutter und für die verletzte Pfleger.

Ich habe dafür gesorgt, dass die zuständigen Leistungsträger - wie die Ämter für Soziales und Versorgung in Frankfurt (Oder) und Cottbus sowie die Unfallkasse Brandenburg - umgehend Kontakt mit den Opfern bzw. mit deren Angehörigen aufgenommen haben, damit diese schnellstmöglich und umfassend entschädigt werden können.

Frage 489

Fraktion der PDS

Abgeordneter Wolfgang Thiel

- Zur geplanten Schließung des Finanzamtes in Calau -

Vor circa 18 Monaten wurde in Calau (OSL) - nach Realisierung einer Investition von fast 15 Millionen DM - ein neues Dienstgebäude an das dortige Finanzamt übergeben. Calau hatte mit der Landkreisfusion den Kreisstadtstatus an Senftenberg verloren und sollte mit dieser Investition an der Zukunftsgestaltung im Landkreis OSL beteiligt werden. Die zentrale Lage der Stadt Calau bot für Privatpersonen sowie Unternehmer und regionale Gewerbetreibende günstige Bedingungen, um steuerliche Angelegenheiten auf kürzestem Wege klären zu können.

Ich frage die Landesregierung: Welche Überlegungen des Finanzministeriums sind Basis für die Pläne zur Schließung des Finanzamtes in Calau?

Antwort der Landesregierung

Ministerin der Finanzen Ziegler - in Vertretung Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Ziel

Am 07.12.1999 hatte die Landesregierung grundlegende Beschlüsse zur strukturellen Entlastung des Landeshaushaltes gefasst. Bestandteil des Maßnahmenpakets ist, die Verringerung der Zahl der brandenburgischen Finanzämter von 18 auf 14 zu prüfen. Zwischenzeitlich hat die mit der Prüfung beauftragte Oberfinanzdirektion (OFD) einen Bericht mit ersten Vorschlägen zur Straffung der Finanzamtsstruktur vorgelegt. Einer der Vorschläge beinhaltet die Zusammenführung der Finanzämter Finsterwalde und Calau am Standort Finsterwalde. Konkrete Pläne zur Schließung des Finanzamtes Calau existieren damit aber noch nicht.

Mit dem Bericht der OFD existiert aber eine Grundlage für eine umfangreiche Untersuchung und Diskussion zu den ausstehenden Optimierungsvorhaben, die alle Finanzämter des Landes umfassen. Sicher müssten für die noch im Einzelnen vorzunehmenden

Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen Zahlenmaterialien ergänzt und entwicklungspolitische Kriterien eingebracht werden.

Das Gutachten der OFD enthält lediglich eine Untersuchung über Möglichkeiten der Zusammenlegung von Finanzämtern aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen. Folgende Prüfungskriterien liegen ihm zugrunde:

- tatsächliche Personaleinsparung - bezogen auf die jeweilige Zusammenlegungskonstellation
- Finanzamtsgröße, mögliche Änderung von Sonderzuständigkeiten als Ausgleich
- Bürgernähe, Umfang der Publikumsfrequentierung
- Mitarbeitermotivation, Personalumschichtungen
- Fallzahlentwicklung
- Kosten des Umzugs
- Kosten anderer Ausgleichsmaßnahmen (z. B. ausgelagerte Servicestellen)
- Unterbringung der Dienststelle (Sind Bauten auf landeseigenen Liegenschaften erweiterbar? Sind Anmietungen erweiterbar?)
- bisherige Investitionen, laufende Betriebskosten
- voraussichtliche Baukosten bei Zusammenlegung.

Das Gutachten wurde durch mein Haus noch nicht umfassend gewertet. Die künftige Struktur der Finanzämter bedarf einer sorgfältigen Prüfung, insbesondere im Zusammenhang mit den übrigen anstehenden Optimierungsvorhaben der Landesregierung. Sie muss daher im Kontext aller Standortentscheidungen der Landesregierung - bei Einbindung der Landesplanungsabteilung beim MLUR - gesehen werden.

Natürlich werden Kriterien, wie die Größe des Finanzamtsbezirks, bisherige Baukosten in Höhe von 15,5 Millionen DM und der im Rahmen der Kreisgebietsreform bereits eingetretene Verlust des Kreissitzes zugunsten von Senftenberg, berücksichtigt werden.

Aber es sind auch Erkenntnisse einzubeziehen, wonach größere Ämter effizienter arbeiten, da die notwendigen Spezialkenntnisse auf den verschiedenen Gebieten des Steuerrechts auf mehr Beschäftigte verteilt werden können. Fachliche Vertretungen, z. B. im Krankheitsfalle, sind einfacher zu gewährleisten. Diesem Umstand wurde im Gutachten der OFD große Bedeutung beigemessen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, erst im Ergebnis der umfassenden Prüfung und Diskussion, die mit der Verteilung des Gutachtens der OFD eingeleitet worden ist, lässt sich Ihre Frage beantworten.

Frage 490

Fraktion der PDS

Abgeordneter Thomas Domres

- „Industriepark Holz“ Wittenberge -

Seit Monaten wird in der Öffentlichkeit über die Ansiedlung eines „Industrieparkes Holz“ in Wittenberge gesprochen. Dieses Thema war auch schon häufig Bestandteil parlamentarischer Anfragen.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Diskussionsstand bezüglich dieser Ansiedlung?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Dr. Fürniß

Die Landesregierung wird auch weiterhin alles Machbare und rechtlich Vertretbare unternehmen, dass die geplanten Investitionen zustande kommen. Eine Förderung im Rahmen der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist für den Infrastrukturtel sowie den gewerblichen Teil des Vorhabens vorgesehen.

Eine Arbeitsgruppe unter Federführung der ILB und unter Einbeziehung der Investoren, der Stadtverwaltung, der WFB, der LEG und des Wirtschaftsministeriums klärt den erforderlichen Umfang der infrastrukturellen Erschließung und die anderen in Zusammenhang mit der Ansiedlung bestehenden Fragen.

Es besteht Einvernehmen über die baulichen Investitionen und die damit verbundenen Kosten der Infrastrukturerschließung. Erste allgemeine Baumaßnahmen werden bereits vorbereitet. Die Gesamtbauzeit soll zwei bis drei Jahre betragen.

Frage 491

Fraktion der PDS

Abgeordneter Dr. Andreas Trunschke - Einrichtungen in Cottbus -

In der Stadt Cottbus sind zahlreiche zentrale Einrichtungen (des Bundes oder des Landes) bereits weggefallen, drohen wegzufallen, haben ihren Sitz oder ihre Leitung verlegt bzw. wurden entgegen den Planungen gar nicht erst errichtet: das Polizeipräsidium, das Kalibrierlabor der Luftwaffenwerft 51, das Finanzgericht, das Hauptzollamt, das Verteidigungsbezirkskommando, das Landesamt für Bauen, Bautechnik, Wohnen, das Landesveterinäramt, das Amt für Agrarordnung, das Studentenwerk, die Kunstsammlung des Landes. Damit ist bzw. wäre nicht nur ein Bedeutungsverlust für die Stadt, sondern auch ein Verlust an Arbeitskräften und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbunden.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie will sie künftig die Bedeutung der Stadt Cottbus stärken?

Antwort der Landesregierung

Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung BIRTHLER

Trotz jüngerer für Cottbus schwerwiegender Entscheidungen betrachtet die Landesregierung diese Stadt weiter als wichtiges Regionales Entwicklungszentrum des Städtekranses. Cottbus bleibt mit 6 900 Landesbediensteten auch nach dem Wegfall von Landesbehörden hinter Potsdam an zweiter Stelle mit weitem Abstand vor Frankfurt (Oder) mit 4 600 Landesbediensteten. Im Verhältnis arbeiten in Cottbus 62 Landesbedienstete je 1 000 Einwohner, während der Durchschnitt aller Regionalen Entwicklungszentren bei 54 Landesbediensteten je 1 000 Einwohner liegt.

In der Vergangenheit hat die Landesregierung erhebliche An-

strengungen zur Stärkung dieser Stadt unternommen. Dieser erfolgreiche Weg wird konsequent weiterverfolgt werden.

Ich gehe beispielhaft auf die Investitionsförderung ein.

In Cottbus wurden von 1991 bis Oktober 2000 allein mit Fördermitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ insgesamt über 200 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsumfang von circa 680 Millionen DM gefördert. Dafür wurden durch die Landesregierung insgesamt circa 275 Millionen DM bereitgestellt. 187 Bewilligungen entfielen auf die gewerbliche Wirtschaft, davon 83 Errichtungs- und 73 Erweiterungsinvestitionen. 18 Vorhaben zur Entwicklung der gewerbenahen Infrastruktur in der Stadt Cottbus wurden gefördert. Mit der Bewilligung dieser Förderanträge konnten nach Angaben der Investoren seit 1991 insgesamt 2 263 Arbeitsplätze neu geschaffen und 7 418 Arbeitsplätze gesichert werden.

In die Sanierung der Bergbaufolgelandschaften in der Lausitz fließen Milliardensummen, die auch der Regionalen Wirtschaft, wie zum Beispiel der Bauwirtschaft und dem Tourismus, zugute kommen. Dies alles hat auch positive Auswirkungen auf Cottbus als unbestrittenes Zentrum der Region.

Ich bin ganz zuversichtlich, dass auch künftig für Cottbus eine günstige Weiterentwicklung möglich sein wird und die Landesregierung diesen Prozess unterstützt.

Frage 483

Fraktion der PDS

Abgeordnete Gerlinde Stobrawa

- Erfolgreicher Abschluss der Regierungskonferenz 2000 -

Auf der Grundlage des Antrages von SPD und CDU „Herausforderung Europa“ (DS 3/1438-B) erhielt die Landesregierung den Auftrag, „die Regierungskonferenz 2000 rechtzeitig zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen und Festlegungen zu treffen, die sicherstellen, dass im Anschluss daran den Interessen der Länder an einer Präzisierung der Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten in geeigneter Weise Rechnung getragen wird“.

Schon in der Diskussion zu diesem Antrag wies ich darauf hin, dass ich bei aller Hochachtung gegenüber dem europapolitischen Engagement des Brandenburger Justizministers und des Bundeskanzlers erhebliche Zweifel habe, ob die Macht der beiden Herren ausreicht, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Wenige Tage vor dem EU-Gipfel in Nizza frage ich nunmehr die Landesregierung: Was hat sie getan, um diesen schwierigen Auftrag der Regierungsfractionen erfolgreich umzusetzen?

Antwort der Landesregierung

Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten Prof. Dr. Schelter

In der Tat ist der Auftrag, den der Landtag der Landesregierung mit Beschluss vom 12. Juli 2000 erteilt hat, schwierig und anspruchsvoll. Ich denke aber, dass die brandenburgische Landesregierung diesem Auftrag in bestmöglichem Umfang entspro-

chen hat. Dies möchte ich im Folgenden kurz skizzieren. Die von Ihnen geäußerten Zweifel an der Macht des deutschen Bundeskanzlers zu kommentieren steht mir dagegen nicht zu.

Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Monaten wiederholt dafür ausgesprochen, dass die Regierungskonferenz zu einem erfolgreichen Abschluss kommen müsse. Im Hinblick auf die Erweiterung der EU, die ohne einen Abschluss der institutionellen Reformen gefährdet würde, hat sie stets darauf hingewiesen, dass eine Lösung der im Rahmen der Regierungskonferenz diskutierten Themen ohne jede Bedingung vorangetrieben werden müsse. Dabei betone ich an dieser Stelle noch einmal, dass von einem Erfolg nur dann gesprochen werden kann, wenn wir bei den diskutierten Fragen beim Europäischen Rat in Nizza zu wirklichen Fortschritten gelangen. Halbherzige Lösungen bergen die Gefahr, dass die Europäische Union bei 20, 25 oder mehr Mitgliedsstaaten ihre Handlungsfähigkeit verliert. Dies zu verhindern liegt nicht nur im Hinblick auf die bevorstehenden Erweiterungen im ureigensten Interesse Brandenburgs.

Für den Erhalt der Handlungsfähigkeit der EU ist allerdings neben dem erfolgreichen Abschluss der Regierungskonferenz eine präzisere Aufteilung der Kompetenzen in Europa von allergrößter Wichtigkeit. Wenige Wochen vor dem Europäischen Rat von Nizza müssen wir erkennen, dass eine so grundlegende Reform des EU-Vertragswerks ein Projekt ist, das im Rahmen dieser Regierungskonferenz nicht mehr realisiert werden kann. Dennoch ist es richtig, auch hier von Fortschritten zu reden. Nicht zuletzt auf den Druck der deutschen Länder hin ist die Notwendigkeit einer klareren Kompetenzabgrenzung in Europa heute fast allgemein anerkannt. Sie wird nicht mehr nur von den deutschen Ländern verfochten, sondern gleichermaßen von der Bundesregierung, der Europäischen Kommission, der französischen Ratspräsidentschaft sowie darüber hinaus von vielen anderen Akteuren in Europa. Ziel dieser Kompetenzabgrenzung muss es sein, dass die Europäische Union auch im Interesse ihrer zukünftigen Handlungsfähigkeit ihre Aufgaben auf die Bereiche konzentriert, die am besten auf europäischer Ebene gelöst werden können. Dabei gilt es, die Verantwortlichkeiten abzugrenzen und die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten sowie der Regionen zu erhalten und gegebenenfalls zu stärken. Diese Aufgabe erfordert eine gründliche Überarbeitung der europäischen Verträge im Hinblick auf alle Politikbereiche.

Es steht zu erwarten, dass sich bereits auf dem Europäischen Rat von Nizza die Staats- und Regierungschefs der EU darauf verständigen werden, diese große Aufgabe im Rahmen einer neuen Regierungskonferenz anzugehen. Ich bin der Auffassung, dass die Vorarbeiten für diese neue Regierungskonferenz, die im Jahre 2004 abgeschlossen werden könnte, bereits im nächsten Jahr beginnen müssen, vielleicht durch eine Art Konvent - eine Idee, die sich bei der Erarbeitung der EU-Grundrechte-Charta hervorragend bewährt hat.

In der Diskussion um eine präzisere Kompetenzabgrenzung in Europa hat die brandenburgische Landesregierung einen wichtigen Beitrag geleistet. Sie hat einerseits an den Beschlüssen der Ministerpräsidenten vom März, vom Juni und zuletzt vom Oktober dieses Jahres mitgewirkt, in denen immer wieder die Notwendigkeit einer präziseren Kompetenzabgrenzung in Europa hervorgehoben wird. Darüber hinaus haben wir auf Initiative der belgischen Region Flandern gemeinsam mit anderen europäischen Regionen mit eigenen Gesetzgebungsbefugnissen ein Positionspapier zu grundlegenden Reformen in Europa erarbeitet, das Ende September dieses Jahres beschlossen worden ist. In diesem Papier wird die Frage der präziseren Kompetenzverteilung in Europa als ein wesentliches Anliegen einer künftigen Regierungskonferenz dargestellt.

Außerdem habe ich mich als Mitglied der Kommission für Institutionelle Fragen des Ausschusses der Regionen mehrfach für dieses Anliegen eingesetzt. Wir haben auch auf dieser Ebene einen Beschluss zur Regierungskonferenz erarbeitet, der erst vor wenigen Tagen, am 9. November 2000, unter Teilnahme von Regionen aus ganz Europa in Lille beschlossen worden ist. Brandenburg war auf dieser Tagung durch Herrn Staatssekretär Stange vertreten.

Die Landesregierung hat ihre naturgemäß begrenzten Möglichkeiten, auf einen erfolgreichen Abschluss der Regierungskonferenz sowie auf eine präzisere Kompetenzverteilung hinzuwirken, wie soeben dargestellt, voll ausgeschöpft. Der Erfolg kann sich schon heute sehen lassen, wenngleich wir eine abschließende Bewertung erst nach den „langen Nächten von Nizza“ vornehmen können. Die Landesregierung wird auch weiterhin alles daran setzen, dass in diesen für Europa und für unser Land wichtigen Fragen Fortschritte erzielt werden.